BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 2 Köln, 25. Februar 1959 **Preis DM 1,50**

Vierter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Dr. Hermann Rauschning, „Schritt für Schritt"* S. 93
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Kissingers kleiner Krieg um Berlin"* S. 107
- *Dr. Achim von Borries, „Die unheilige Allianz"* S. 112
- *Dr. Hans Magnus Enzensberger, „Europa gegen die Bombe"* S. 119
- *Dr. Hermann Etzel, „Die Revision der US-Politik, ihre Anzeichen und ihre Gründe"* S. 121
- *Dr. Helmut Dörr, „Der Widersinn begrenzter Kriege"* S. 132
- *Wilhelm von Kleist, „Friedensvertrag oder endgültige Spaltung"* S. 137
- *Matthias Joseph Mehs, „Kriegsgefahr"* S. 139
- *Dr. Ruth Tangemann, „Die Sowjetunion — mit den Augen einer Frau gesehen"* S. 141
- *Tian Olff, „Nordische Nato-Partner denken anders"* S. 148
- *Pastor Herbert Mochalski, „Ausbildung zum Verbrecher?"* S. 150
- *Prof. Dr. Emil Fuchs, „Christentum und Sozialismus"* S. 153
- *Götz Gruber, stud. phil., „Für Algerier keine Hilfe"* S. 159
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 161

Dr. Hermann Rauschning

Schritt für Schritt

I.

Eine der Hauptschwierigkeiten der künftigen Verhandlungen, mit denen nun wohl ziemlich sicher zu rechnen sein wird, liegt in der unlösbaren Verknüpfung der einzelnen Probleme miteinander, die keine befriedigende Lösung eines einzelnen Problems zulassen, ehe nicht der gesamte Fragenkomplex, der mit einem deutschen Friedensvertrag und einem europäischen Sicherheitssystem gestellt ist, zu einer Gesamtlösung gereift ist. Zugleich aber bleibt, wenn überhaupt konkrete Schritte in der Richtung auf eine Entspannung und die Beilegung des Kalten Krieges getan werden sollen, gar nichts anderes übrig, als mit Einzelproblemen

zu beginnen, nicht aber mit einem integralen Friedensschluß oder einer bloßen gesinnungsmäßigen Verständigung, einem im Äther schwebenden „Genfer Geist" oder ähnlichen luftigen Veranstaltungen. Dieser unlösbaren Verbundenheit der Probleme trug die zweite Aktion der Sowjetunion Rechnung, indem sie dem Vorstoß in der Berliner Frage die Aufforderung zu Verhandlungen über das deutsche Gesamtproblem im Zusammenhang mit einem europäischen Sicherheitssystem samt einem kompletten Friedensvertragsentwurf folgen ließ. Gerade diesem Umstand, daß dem ersten ein zweiter Schritt folgte, kann die Ernsthaftigkeit der russischen Entspannungs- und Friedenswünsche entnommen werden, die alle, zum Teil recht törichten Spekulationen über die taktischen Motive der russischen Aktion als müßiges Geschwätz entlarven.

Die beste Absicht, zu einer Gesamtlösung zu kommen, beseitigt jedoch nicht die immanente Schwierigkeit der Lage, daß eine solche von befriedigenden Lösungen der Einzelprobleme abhängig ist; diese aber wiederum erst möglich sind, wenn und insofern bereits eine allgemeine Einigung über die Grundlage der Gesamtlösung erzielt ist. Dieser eklatante Widerspruch kann nur im Handeln überwunden werden, nicht in vorsorglicher Überlegung, die alles im voraus bedacht haben will. Er kann nur im pragmatischen Versuch und in der Korrektur des Irrtums praktisch gelöst werden. Dies hat indessen auch zur Folge, daß von der Vorstellung Abstand genommen werden muß, als ob in der Bewältigung der Einzelprobleme zunächst etwas anderes als provisorische Lösungen erreicht werden könnten, und daß es in jedem Falle eines zweiten Schrittes in der Anpassung an und in der Integration zu einer Gesamtlösung wird bedürfen. Man wird sich deshalb vor der Versuchung hüten müssen, den zweiten Schritt vor dem ersten tun zu wollen, eine Versuchung, die besonders dem Deutschen naheliegt, weil er dazu neigt, vom Grundsätzlichen auszugehen und nach grundsätzlichen Lösungen zu streben, statt vom Faktischen zu Lösungen zu kommen, die eine ausreichende Toleranz besitzen, um in eine integrale Lösung eingepaßt werden zu können.

Wenn in diesen „Blättern" auf die primären grundsätzlichen Tendenzen der sowjetischen Politik hingewiesen und zugleich betont wurde, daß ihnen gegenüber Unnachgiebigkeit die Lage hoffnungslos machen würde, so sollte dies doch nicht so verstanden werden, daß russische Forderungen, auch wo sie primären Charakter zeigen, bedingungslos zu akzeptieren sind. Das würde schließlich darauf hinauslaufen, von den Westmächten eine Kapitulation zu fordern, wie sie bisher in der Rückdrängungskonzeption des Westens Rußland zugemutet wurde. Statt daher die unvermeidlichen Gegensätze in den „primären Grundtendenzen" und damit das Trennende zu betonen, scheint es zweckmäßig, von vornherein nach einer mittleren Linie zu suchen.

Schließlich wäre noch eines Paketes von Schwierigkeiten zu gedenken, denen mit dem stillschweigenden Eingeständnis zu begegnen wäre, die Verhandlungen nicht mit Bezugnahme auf frühere Regelungen oder Absprachen zu beginnen, sondern schlechthin von der derzeitigen realen Lage auszugehen und weder von einer erst künftig zu erreichenden Position der Stärke noch einer in der Rückkehr zu einer früheren Regelung vorgesehenen Lage Verhandlungen zu beginnen. Für den Westen bedeutet das den Verzicht auf jede Rückgewinnungsbestrebungen, die im Falle Deutschlands die Einbeziehung des wiedervereinten Deutschlands in die Einflußzone des Westens bedingt. Für den Osten bedeutet es den in seinem Friedensvertragsentwurf bereits ausgesprochenen Verzicht auf eine Revolutionierung der sozialen Struktur der Bundesrepublik, die ein Programmpunkt der früheren gemeinsamen Deutschlandpolitik der Siegermächte gewesen ist. Es ist fraglich, ob diese beiderseitigen Verzichtleistungen als gleichwertig aufgefaßt werden können. Hier indessen handelt es sich offenbar um eine conditio sine

qua non für den Beginn und den Erfolg von Verhandlungen. Dabei ist jedoch zu betonen, daß dies nicht geschieht, um den derzeitigen Zustand eines prekären Machtgleichgewichtes, eine im Westen vielfach verbreitete Ansicht, zu erhalten, sondern um aus ihm heraus zu einer tragfähigen Grundlage für eine generelle Entspannung und die definitive Beendigung des Kalten Krieges zu gelangen.

Man wird sich also darüber klar sein müssen, daß der Friede, der den zweiten Weltkrieg mitsamt dem bereits als Kalten Krieg glimmenden dritten wirklich beenden soll, ganz anderer Verfahren und Methoden bedarf als jeder andere Friedensschluß in der Geschichte. Das trifft für den deutschen Frieden zu, vielmehr noch für die Begründung eines universalen Friedenszustandes. Am allerwenigsten wird er dem Friedensschluß von Versailles ähnlich sein; am ehesten wird er noch dem Westfälischen Frieden von Münster und Osnabrück 1648 entsprechen, der jahrelange Bemühungen um machtpolitische Regelungen erfolgreich abschloß und der den weiteren gewaltsamen Austrag von Religionsstreitigkeiten ausschaltete, ohne dabei den geistigen Anspruch der gegnerischen Konfessionen, die ausschließliche Wahrheit allein zu besitzen, und damit die Aussicht auf den Endsieg zu beschränken. Es gelang mit Hilfe des Grundsatzes: was der einen Partei recht ist, hat auch für die andere zu gelten.

II.

Ehe wir uns im Gestrüpp der einander den Rang ablaufenden Wiedervereinigungs-, „Disengagement" und Friedensvertragsentwürfe und Lösungen der Berliner Frage verlieren, erscheint es praktisch, sich die Filiation der Probleme näher anzusehen. Andernfalls streiten wir uns um des Kaisers Bart und verstricken uns in den Widersprüchen der Problematik. Wir werden der Lage entnehmen, daß es in einer Reihe von Problemen gewisser Vorentscheidungen bedürfen wird, sozusagen sanierender Art, um das Klima zu verbessern. Aber man wird auch Unterschiede zu machen haben nach der Kompetenz und der Initiative, die für bestimmte Problemkreise bestehen. Was unterliegt zum Beispiel vornehmlich der Initiative und Kompetenz Deutschlands; was ausschließlich oder doch überwiegend derjenigen der Siegermächte; was gehört in den Entscheidungsbereich aller europäischen Nationen oder der Gesamtheit der in der UN zusammengeschlossenen Nationen? Nur eine klare Gliederung der Probleme in ihrer Beziehung zu den zentralen Problemen der dauerhaften Befriedung, nur in der Richtung auf eine „Mitte" kann dem improvisierenden Hin und Her, das man gegenwärtig mit den Einzelproblemen mehr oder weniger geistreich spielt, statt sich um ihre Lösung im Zusammenhang ernsthaft zu bemühen, ein Ende machen.

Beginnen wir mit Problemen, die einer Art Stillhaltungsaktion bedürfen, so werden das solche akuten Konflikte sein, bei denen die Gefahr besteht, daß sie sich ausbreiten, andere latente Konfliktstoffe an sich ziehen und zu einer größeren allgemeinen politischen Katastrophe führen. Solche Stillhaltungsaktionen sind, wie ihr Name besagt, keine Lösungen, sondern vorläufige Regelungen. Sie frieren Konflikte ein; sie bessern nicht die Lage; sie verhüten ihre weitere Verschlimmerung. Solcher Art sind die Regelungen in Korea, in der Formosa-Frage, jüngst auch im Nahen Osten, und es wird sich die Frage erheben, ob nicht auch das Problem der Zukunft Westberlins im Sinne einer vorläufigen Stillhaltungsaktion geregelt werden soll oder kann. Solche Aktionen können in verschiedener Absicht unternommen werden. Sie können dem Ziel dienen, den Weg für weitere Verhandlungen und dauerhafte Lösungen frei zu machen, die Atmosphäre zu klären. Sie können aber auch dem Zweck dienen, gerade nichts weiteres zu veranlassen, sondern lediglich den Konflikt einfrieren zu lassen, einen stationären Zustand herbeizuführen. Je mehr akut werdende Konflikte im letzteren Sinne

nur vorläufig zum Einfrieren gebracht werden, desto weiter entfernt sich die politische Entwicklung von einer wirklichen Entspannung und Friedensregelung. Sie gerät in eine gefährliche Lage der scheinbaren Ruhe, die aus einem geringfügigen äußeren Anlaß plötzlich zu einer allgemeinen, nicht mehr aufzuhaltenden Kettenaktion führen könnte.

Versuchen wir die große Zahl akuter Probleme sachlich zu gruppieren, die durch die Liquidation des zweiten Weltkrieges entstanden und die Konfliktstoffe des Kalten Krieges sind, so gehören in einen äußeren Ring alle diejenigen, die gewissermaßen die Mittel und Maßnahmen sind, mit denen der eigentliche Konflikt der zwei Weltmachtgruppen ausgetragen wird. Es handelt sich dabei um Sachgebiete, die zwar noch nicht diesen Konflikt selbst beheben können, aber durch die Begrenzung der Mittel ihres Austragens dazu beitragen, daß er in weiteren Zügen beigelegt werden kann. Es sind Sonderfragen, deren Beantwortung instrumentale Bedeutung bei der Lösung der Kernprobleme hat. Als solche Probleme wären etwa zu nennen: die Rüstungsbeschränkung, die Beseitigung und Kontrolle der Herstellung von Kernwaffen, die Sicherung gegen überfallartige Aktionen, die Rückverlegung von Truppen, die Aufgabe vorgeschobener Sicherungspositionen und militärischer Glacis. Dazu gehören alle die Behelfe, die man neuerdings als Maßnahmen gegenseitigen Absetzens der Weltmachtgruppen voneinander, als Disengagement bezeichnet. Es gehören dazu politische Regelungen, wie Nichtangriffspakte, wirtschaftliche Maßnahmen der bisher gegnerischen Mächte, die zwar allgemeinen entspannenden Charakter haben und somit befriedend wirken, aber noch nicht das eigentliche Hauptproblem, die Beilegung des machtpolitischen Konfliktes selbst, sondern nur die Mittel im Austrag desselben berühren. Erst in einer zweiten Gruppe, in einem mittleren Kreis von Problemen, begegnen wir Themen, in denen der Grundkonflikt selbst regional oder in einem besonderen Sachgebiet zu lösen versucht wird. Dazu gehören Fragen wie deutscher Friedensvertrag, europäisches Sicherheitssystem, Beilegung des arabischen und israelitischen Konfliktes in einem kooperativen System des Nahen Ostens. Es gehört dazu die definitive Lösung des Chinaproblems sowie die Liquidation des koreanischen Konfliktes durch die Wiederherstellung der Einheit und Unabhängigkeit Koreas. Es zeigt sich, daß für die Lösung dieser Fragen Lösungen anderer Probleme des äußeren Kreises zum Teil vorausgehen oder sie begleiten müssen, daß es sich jedoch um Probleme anderer Art handelt, um Probleme, die zu ihrer Lösung bereits einer gewissen gegenseitigen Annäherung, eines wechselseitigen Vertrauens, eines gemeinsamen Willens zur Verständigung bedürfen, weil sie ohne einen Verzicht der Gegner auf bisher geltend gemachte ausschließliche eigene Interessen oder Rechte nicht möglich sind. Sie verweisen damit auf den innersten Problemkreis, die unmittelbare Verständigung der gegnerischen Mächte im Versuch, zu gemeinsamen Richtlinien der Koordination ihrer Interessen und der Schlichtung der bisherigen und neu auftauchenden Streitfälle zu kommen. Es bedarf des ständigen und unmittelbaren Friedensgespräches der Hauptmächte in einer zentralen Koordinationsstelle, in der die Einzelfragen und ihre Sonderlösungen zu einer Gesamtkonzeption integriert werden können.

Diese schematische Aufzählung weist auf die Prozedur der Friedensbemühungen hin; sie zeigt, was im einzelnen und von welchen politischen Instanzen zu lösen sein wird. Sie zeigt die Notwendigkeit, die Friedensprobleme dezentralisiert von den verschiedensten Punkten aus in besonderen Bemühungen, Körperschaften und Verhandlungsgremien in Angriff zu nehmen. Sie zeigt die Fülle und Vielschichtigkeit der Probleme, vor allem aber ihre Verflechtung und die Notwendigkeit, sie auf eine Mitte hin und aus einer zentralen Position heraus konzentrisch und gleichzeitig zu lösen. Sie macht verständlich, daß es im Grunde

keine Teillösungen, sondern nur eine Gesamtlösung geben kann, und daß somit von den einzelnen Ausgangspunkten nur schrittweise Annäherungslösungen möglich sind, bis die Lage für eine Gesamtlösung gereift ist. Wir können deshalb auch in dem mittleren Kreis bestenfalls nur hoffen, dauerhaftere Zwischenlösungen erreichen zu können. Wir werden uns darüber klar sein, daß der Friede ein dynamischer sein wird, nicht ein ein für allemal gültiges Rechtsinstrument, daß er ein wachsender, ein sich evolutionär entfaltender und verwirklichender Ordnungszustand sein wird. Wir stehen ungeheuren Aufgaben gegenüber, die langer Zeit und unermüdlicher Bemühungen bedürfen. Wir wissen indessen auch, daß es müßig ist, wie es vielfach geschieht, den Kalten Krieg aus einem Punkt zum Frieden kurieren zu wollen. Weder die Abschaffung der Kernwaffen, noch ein „disengagement" oder „disentanglement" sind der Stein der Weisen. Aber es erweist sich auch, daß es verhängnisvoll und für eine dauerhafte Entspannung völlig fruchtlos sein würde, akute Probleme, wie die Frage der Regelung des zukünftigen Status von Westberlin, in einer isolierten Stillhalteaktion vorübergehend einfrieren zu lassen, um danach Politik wie bisher zu treiben und im status quo zu überwintern.

III.

Nach solchen allgemeinen Überlegungen läßt es sich leichter klar machen, welche Möglichkeiten die gegenwärtige politische Lage für eine Entspannung bietet und was dem deutschen Volk dabei als eigener Entspannungsbeitrag in eigener Verantwortung und Initiative zufallen könnte. Werfen wir dabei zunächst einen Blick auf den russischen Friedensvertragsentwurf, weil in ihm der bisher erste Versuch unternommen wurde, nicht nur einzelne Probleme wie das der Wiedervereinigung zu erörtern, sondern ein regionales Problem des Interessenkonfliktes der Weltmachtgruppen im organischen Zusammenhang seiner Teilprobleme und in Verbindung mit den zentralen Problemen einer allgemeinen Entspannung und Friedenssicherung zu lösen. Eine eingehende Analyse verbietet sich dabei; es soll nur auf ein paar wesentliche Punkte hingewiesen werden.

Zunächst ist es notwendig, hervorzuheben, daß es sich dabei um eine Verhandlungsgrundlage, nicht um ein Paket unabänderlicher Bedingungen handelt. Immerhin sind feste Bahnen für Lösungen abgesteckt, die richtungsweisend sind. Dabei wäre es für das deutsche Volk, das schließlich den diesmal allein heraufbeschworenen Krieg verloren hat und ein Super-Versailles zu erwarten gehabt hätte, auch trotz seiner inzwischen wieder erlangten wirtschaftlichen Teilblüte das Richtige gewesen, die positiven Seiten des Entwurfs hervorzuheben, statt von vornherein ein „unannehmbar" auszusprechen und wesentliche Bestimmungen falsch zu interpretieren oder gar nicht zu erwähnen, wie vor allem die Tatsache, daß es sich nicht, wie bei dem Versailler Vertrag, um ein Diktat handelt. Keiner der Hauptpunkte des Vertragsentwurfes ist von den Diskussionen mit dem Westen ausgeschlossen und verbietet einen Diskussionsbeitrag des Besiegten. Nichts berechtigt daher zu der ablehnenden und psychologisch höchst unglücklichen überheblichen Haltung: „Kein Artikel des Entwurfes verdient es, auch nur diskutiert zu werden".

Für die zentralen Fragen eines deutschen Friedens, für den außenpolitischen und militärischen Status eines vereinten Deutschlands, werden Lösungen formuliert, die dem eigensten Interesse und der geopolitischen Lage Deutschlands besser entsprechen als die bisherige Regelung in einem westeuropäischen Allianzsystem. Der für die Wiedervereinigung der deutschen Teilgebiete bestimmte Weg über eine Konföderation der Teilstaatsgebilde entspricht zwar nicht den bisherigen Wünschen und Vorstellungen der Bundesrepublik und der Westmächte.

Aber die westliche Forderung nach freien Wahlen, die eine kurzfristige rigorose Beseitigung der inzwischen in der bisherigen sowjetischen Besatzungszone verwirklichten sozialen Ordnung zur Folge gehabt hätte, und die Forderung nach Entscheidungsfreiheit des vereinten Deutschlands über seine künftige Zugehörigkeit zu einem einseitigen politischen und militärischen Paktsystem hat bisher die Wiedervereinigung verhindert und muß sie weiterhin erst recht ausschließen, was schlechterdings nicht länger zu verheimlichen ist. Der von Rußland vorgezeichnete Weg über eine Konföderation ist gewiß nicht leichter, aber ein durch die reale Lage bedingter, immerhin gangbarer zu einer wirklichen deutschen Einheit und zu einem gemeinsamen Staat. Die Konföderation ist nicht die Verewigung der Teilung, wie vielfach behauptet wird. So wird in Artikel 22 nicht nur das Recht des deutschen Volkes auf Wiederherstellung der Einheit anerkannt, sondern jede Unterstützung dabei „auf der Grundlage der Annäherung und der Verständigung" zugesagt. Es ist somit klar, daß der Zustand eines bloßen Nebeneinanders der zwei verschiedenen Staatswesen nur der Ausgangspunkt einer Evolution sein soll, die sich ohne Einwirkung von außen autonom als Aufgabe des deutschen Volkes vollziehen wird. Artikel 24 spricht daher ausdrücklich von einem Zeitpunkt „nach der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands" und von einem „einheitlichen deutschen Staat", den auch Artikel 8 mit Bezug auf den Zustand „bis zur Vereinigung Deutschlands zu einem einheitlichen Staat" als das selbstverständliche Endziel voraussetzt, ohne sich allerdings des Näheren über seine Art zu äußern, weil die Wiederherstellung eines solchen der Kompetenz des deutschen Volkes als innere eigene Angelegenheit untersteht. Es sind keine Bedingungen für eine losere oder innigere Art der Verbindung, außer der Bedingung für den Ausgangspunkt gestellt. Die weitere Entwicklung ist durch die Bestimmung des Artikels 4 geschützt, demgemäß die Verbündeten und Vereinten Nationen ihre Beziehungen zu Deutschland auf Grund der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität Deutschlands und der „Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten" regeln.

Eine Interpretation des Entwurfes, die von vornherein ablehnt, einen Artikel für diskussionswert zu halten, unterschlägt somit die Tatsache, daß in diesem Vertragsentwurf ein Zustand garantiert werden soll, der dem augenblicklichen Zustand begrenzter und der Absicht nach dauernd begrenzt zu haltender Souveränität der Bundesrepublik wesentlich überlegen sein dürfte, wenn man sich nicht auf den Standpunkt der Phantasten der „Abendländischen Aktion" oder eines autoritären westeuropäischen Gemeinwesens stellt, von dem aus nationale Staaten als überholt und durch andere übernationale Verbindungen ersetzt beurteilt werden, die der Zusammengehörigkeit auf Grund nationalen Ursprungs vorrangieren. Man vergleiche damit jüngste Äußerungen des ehemaligen Moskauer Botschafters und Chefplaners im State Departement der USA, George F. Kennan, aus denen selbst bei diesem weitblickenden und einer neuen Politik zugewandten Politiker die zentrale Bedeutung eines „Abbaues der Souveränität" Deutschlands ersichtlich wird. Ob die Lösung des deutschen Problems nach rückwärts in der Richtung auf eine ständige Teilung oder nach vorwärts „zu irgendeiner Art von europäischer Föderation" gesucht wird, gemeinsam ist beiden Lösungen der Wunsch, Deutschland die Souveränität vorzuenthalten, die anderen Staaten zukommt. In einer europäischen Föderation wäre die Vereinigung Deutschlands „erträglich, weil es in Wahrheit nicht souverän sein würde". Eine Beschränkung der Souveränität in Gestalt einer von allen Gliedern einer Gemeinschaft gleicherweise zu leistenden Delegierung von Hoheitsrechten an eine gemeinsame Bundesstelle ist gewiß erträglich und zur Sicherung eines übernationalen Gemeinwesens notwendig. Ein einseitiger „Abbau der Souveränität" aber oder die

unsichtbare Beschränkung durch die organisierte Majorisierung eines Mitgliedes innerhalb eines föderativen Systems ist eine Diskriminierung.

Gewiß stellt auch die in dem sowjetischen Vertragsentwurf genannte Verpflichtung, keinerlei Militärbündnisse mit einseitiger Parteinahme gegen einen der Friedensvertragspartner einzugehen, eine Beschränkung der souveränen politischen Willensbildung dar. Aber eine solche Bindung ist die Grundvoraussetzung eines europäischen Sicherheitssystems überhaupt und zielt auf ein solches als ergänzendes Stück zu dem deutschen Friedensvertrag hin. Es ist nicht eine Ausnahmebestimmung gegen Deutschland, sondern nimmt eine generelle Bestimmung aller Teilnehmer eines europäischen Vertragssystems vorweg. Dem deutschen Volk wird hiermit lediglich als erstem im Rahmen des Friedensschlusses zur Bedingung gestellt, was allgemeine Geltung im europäischen Raum erlangen muß: statt der bisherigen einseitigen und gegeneinander gerichteten Militärbündnisse ein gemeinsames, sich wechselseitig abstützendes Vertragssystem zu bilden, das besondere Gruppenbildungen ausschließt.

Die „Bündnisfreiheit" — es ist ausdrücklich nicht von Neutralität gesprochen — stellt somit nicht eine dauernde Isolierung Deutschlands dar, wie sie die Verfechter der bisherigen Politik verurteilten, sondern die Verzahnung des deutschen Friedensschlusses mit einem allgemeinen europäischen Sicherheitssystem, das Deutschland, sobald ein solches erreicht sein würde, mit denselben Verpflichtungen dieselben Rechte auf Sicherheit wie den übrigen Teilnehmern gewähren würde. Es ist irreführend, hierin eine demütigende Ausnahmebestimmung sehen zu wollen. Sie liegt vielmehr — worauf wir seit Jahren hingewiesen haben — im eigensten Interesse des deutschen Volkes, weil sie eine allseitige Verknüpfung statt einer einseitigen erlaubt, die, nach welcher Seite hin immer, niemals die „richtige" sein kann, weil Lage und Bestimmung als Volk der Mitte ihm nur eine allseitige, als die allein gemäße, zuweist. Daß diese militärische Bündnisfreiheit weiterreichende Folgen als nur im Bereich militärischer Koalition haben wird — daß sie in der Tat eine Art neutralen Status bedingt, das zeigen wirtschaftliche Bestimmungen, in denen das Prinzip der Meistbegünstigung für alle Friedensvertragspartner (Artikel 39) gefordert wird. Aber auch in diesem Punkt wird man erkennen, daß nur Regelungen vorweggenommen werden, die zu einem konstituierenden Prinzip eines zwischeneuropäischen Völkerverbandes werden müssen, dem in einer eigenständigen Zone zwischen den Großmachtblöcken die Funktion der Pufferung, des Ausgleiches und der Vermittlung zukäme. Eine solche Zone wird auch als eine kernwaffenfreie die Funktion erfüllen, die der so viel erörterte, und, isoliert betrachtet, gewiß nur beschränkt wirksame Rapacki-Plan beabsichtigt, eine pazifierende Funktion.

Es muß den Kommentatoren, die bestrebt sind, das sowjetische Vertragswerk in Bausch und Bogen zu verurteilen, überlassen bleiben, an den Bestimmungen minderer Bedeutung ihr Ziel zu erreichen und Artikel hervorzuheben, die so, wie sie formuliert sind, auch uns nicht diskutabel erscheinen und mit anderen im Widerspruch stehen. Wie etwa das Verbot und die Strafverfolgung „revanchistischer Parteien und Organisationen, die eine Überprüfung der Grenzen Deutschlands fordern".

Der Verzicht auf tausendjähriges Siedlungsgebiet in einem solchen Umfange, wie er dem deutschen Volke zugemutet wird, ist ein so schwerer und dauernd wirkender Eingriff in die Existenz einer Nation, daß, selbst der beste Willen von Volk und Regierung vorausgesetzt, der Wunsch und die Hoffnung auf Wiederherstellung und Rückgewinnung nicht mundtot gemacht werden können. Es kann sich demnach nur um die Verhinderung organisatorisch gestützter realer Umsturzabsichten handeln, nicht aber um die Unterdrückung natürlicher Wünsche

und Empfindungen, wie sie etwa in den zahlreichen Landsmannschaften und Heimatverbänden zu Worte kommen. Eine völlige Unterdrückung könnte gerade das Gegenteil herbeiführen, eine gewaltsame Gefühlsaktion, die in kritischer Lage unabsehbare Verwicklungen zur Folge haben könnte. Hier hilft nur ein wirklich neuer Geist gemeinsamer Arbeit an einer dauerhaft verbindenden Ordnung, die neue Ziele und Aufgaben stellt und das Verlorene in den Hintergrund drängt; aber auch taktische Erleichterungen, die die schmerzlichen Einbußen ersparen. Statt bei solchen negativen Seiten des Vertragsentwurfes zu verweilen, sei noch auf Bestimmungen wie Artikel 14,1 und 16 verwiesen, in denen trotz den sie beschränkenden Bestimmungen anderer Artikel die Grundfreiheit „einschließlich der persönlichen Freiheit, der Freiheit des Wortes, der Presse und Veröffentlichungen, des religiösen Kultes, der politischen Anschauungen, des Zusammenschlusses und öffentlicher Versammlung" so wie die „freie Betätigung der politischen Parteien und anderer Organisationen" gewährleistet wird. Denn mit diesen Bestimmungen ist der inneren Entwicklung der Konföderation zu einem einheitlichen Staat und einer gemeinsamen sozialen Ordnung ein Weg gewiesen, der logisch auch zu freien Wahlen führen muß, mit denen zwar nicht begonnen werden kann, die aber am Ende des Prozesses stehen werden.

Die schwerste Bestimmung des Vertragsentwurfes ist zweifellos die Anerkennung der Oder/Neisse-Linie als endgültige Ostgrenze Deutschlands. Es ist notwendig, das Grenzproblem besonders zu betrachten, weil es das größte Hindernis für einen Friedensschluß werden könnte.

IV.

Konnte das deutsche Volk etwas anderes erwarten als die Forderung der Anerkennung dieser von den Siegermächten, wenn auch vorläufig, gezogenen Linie? Wurde es nicht bisher in Illusionen über die wahren Absichten der Siegermächte gehalten, und darüber, daß weder von Rußland noch von den Westmächten eine Unterstützung der Revisionswünsche zu erwarten sei? Man kann die europäischen Staaten nacheinander durchlaufen, um festzustellen, ob in einem einzigen eine Geneigtheit bestünde, Deutschland Erleichterungen zuteil werden zu lassen, die für das unglückliche Polen neue Lasten und Erschütterungen bedeuten müßten. Ist man sich im deutschen Volke darüber klar, welche weitgehenden Sympathien das polnische Volk als das nächst den Juden am härtesten von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft betroffene in der Welt genießt? Was immer man deutscherseits vorbringen mag, die Härte der Vertreibungen, die Tatsache, daß Härte und Gewalttat nicht durch neue Gewalt, begangenes Unrecht nicht durch neues wiedergutgemacht werden können, ist von keinem Gewicht. Wir befinden uns nicht mehr im Bereich der Argumente, die dem Versailler Vertrag zu Grunde lagen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit dem ethnographischen Leitmotiv des unzweifelbaren nationalen Charakters eines Gebietes ist ebenso in den Hintergrund getreten wie die sogenannte Atlantik Charta, auf die sich zu berufen müßig ist. Heute gilt der einfache, wenn auch brutale Gedanke: Deutschland hat das Unheil des zweiten Weltkrieges verschuldet, die Aberkennung weiter Landteile ist als Sühne und Vergeltung dafür gerechtfertigt. Diese Einstellung hat um so größeres Gewicht, als es wenigstens dem westlichen Teil Deutschlands gut geht wie nie zuvor, während Polen nach wie vor Not leidet. Wenn schon den Anliegernationen eine Machtkonzentration im Zentrum Europas und darum eine Wiedervereinigung unerwünscht ist, wer könnte dann ernstlich bereit sein, ein vereintes Deutschland auch noch durch Rückgabe seiner Ostgebiete stärken zu wollen? Was immer der Deutsche vorbringen mag, die Enge des Raumes — sie ist kein Mythos des Nationalismus, kein Schlagwort des Nationalsozialismus,

sondern eine harte Realität —, der Bevölkerungsdruck, das Fehlen des agrarischen Hinterlandes — kein Argument hat hier Gewicht. Gewiß, man erntet mit der offenen Darlegung dieser Lage kaum etwas anderes, als zum Feinde Deutschlands abgestempelt zu werden, der den Vernichtungswillen der Siegermächte rechtfertigt. Welcher Deutsche wünschte nicht, daß es anders sei, namentlich wenn seine eigene Heimat zu den abzutretenden Gebieten gehört! Welcher Deutsche wünschte nicht eine objektivere Einsicht bei den künftigen Signatarmächten eines deutschen Friedensvertrages in die unausbleiblichen Folgen einer so umfangreichen Abtrennung alter historischer Territorien des deutschen Volkes, denen man nur mit Sorge entgegensehen kann. Aber es gilt der erschütternden Erkenntnis standzuhalten, daß das deutsche Volk heute wie vor 14 Jahren trotz allem Werben nicht „auf der richtigen Seite", sondern allein steht, ohne Freunde. Auch die Vereinigten Staaten, die der Bundesrepublik zu ihrer schnellen Blüte verholfen haben, werden sich nicht für die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 einsetzen.

Nur zwei Chancen ließen sich für eine solche Revision denken. Die eine in Verbindung mit dem von Konrad A d e n a u e r als unvermeidlich angesehenen Weltkrieg Nr. 3 zwischen USA und UdSSR, bei dem Deutschland auf der „richtigen Seite" stehen würde, ein Krieg, der mit dem Sturz des Sowjetsystems, einer Abgliederung neuer „Randstaaten" aus dem Gebiet Rußlands, wie die Ukraine, Georgien u. a. und mit einer Wiederherstellung der alten polnischen Grenze und somit auch der deutschen enden würde. Ein Traum, der, wenn auch nicht von dem Kanzler selbst, so von einer Reihe anderer Leute der maßgeblichen und unmaßgeblichen politischen Kreise Bonns kultiviert wurde. Die andere Chance wäre vielleicht eine rechtzeitige Option der Bundesrepublik für den Osten gewesen, wenn und insofern sie sich auch innerpolitisch den östlichen Ordnungsideen angepaßt hätte. Aber selbst das ist fraglich. Denn selbst ein bolschewistisches Deutschland kann in den Augen Rußlands kaum als ein absolut verläßlicher machtpolitischer Bundesgenosse gelten.

Beides sind Phantasien. Beides sind Chancen, die niemals bestanden. Es bleibt demnach dem deutschen Volk nur übrig, sich auf den harten, aber allein verläßlichen „Boden der Tatsachen" zu stellen, um sich zu fragen, ob die vage Hoffnung auf Rückgewinnung der Ostgebiete gewichtig genug ist, um dafür die Möglichkeit einer Wiedervereinigung, eines Friedensschlusses und einer selbständigen Existenz als souveräne Nation in den Wind zu schlagen.

Aber auch in dem Punkt der Grenzfestsetzung erscheint dem Leser des Vertragsentwurfs nicht das letzte Wort gesprochen zu sein, wenn man auch hier daran festhält, daß es sich um kein Diktat, sondern um ein Programm, ein Maximalprogramm handelt. Es erscheint daher nicht ausgeschlossen, daß größere Revisionen der jetzigen Linie ausgehandelt werden könnten, wenn und insofern die Westmächte sich zum Wortführer und Vertreter solcher Revisionsforderungen machen. Werden sie es? Jedenfalls könnten sie es unbeschadet ihrer freundlichen Gesinnung gegenüber Polen, weil sie die Endgültigkeit dieser Linie nicht anerkannt und zum Teil Irrtümer und Verwechslungen wie zwischen der westlichen und östlichen Neisse zugegeben haben. Aber man wird sich darüber klar sein müssen, daß solche Revisionsforderungen nicht als „Recht" erpocht werden können, sondern daß um ihre Erfüllung mit Argumenten gerungen werden müßte, die die Dauerhaftigkeit des Friedens und die Normalisierung zwischenstaatlicher Beziehungen betonen. Solche Konzessionen können jedoch nur auf Grund des freiwilligen deutschen Zugeständnisses von Gebietsabtretungen als Folge des unprovozierten Angriffskrieges, als Erleichterung, nicht als Recht erwartet werden. Vielleicht läßt sich dann eine Grenzkorrektur erreichen, die nicht nur das

schlesische Gebiet an die östliche statt der westlichen Neisse vorrückt, sondern auch pommersche Kreise umfaßt. Die Abtretung der altpreußischen Gebiete einschließlich Königsbergs und Danzigs wird dem deutschen Volk nicht erspart bleiben können. Stattdessen bietet sich dafür die Möglichkeit, das moralische Heimatrecht zu einem positiven Recht zu entwickeln und zusammen mit dem Recht auf Rückkehr als Privatperson mit dem freien Niederlassungsrecht eine positive Rechtsentwicklung anzubahnen, die etwa in Analogie zu den in den Pariser Vorortverträgen seiner Zeit bestimmten Minderheitenschutzverträgen stünden. In der nach Versailles stecken gebliebenen Weiterentwicklung des Minderheitenschutzes zu einem positiven Volksgruppenrecht liegt möglicherweise der Keim eines konstituierenden Prinzips eines künftigen freien europäischen Gemeinwesens verschiedener sozialer Ordnungssysteme, dem mindestens die gleiche Bedeutung zukäme wie Währungsfreundschaften, Zollgemeinschaften, gemeinsamen Märkten und militärischen Verteidigungsgemeinschaften.

V.

Auch für den zukünftigen Status Westberlins enthält der Friedensvertragsentwurf eine Regelung, die gleichlautend mit dem Vorschlag ist, der im Zusammenhang mit der russischen Initiative schon vor der Übersendung des Entwurfes den Westmächten gemacht wurde. Artikel 25 bestimmt jedoch ausdrücklich den provisorischen Charakter dieser Regelung dahin, daß Westberlin den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt „bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und zur Bildung eines einheitlichen deutschen Staates erhält". Es ist somit nicht recht erfindlich, warum einer solchen Übergangslösung mit derartiger Heftigkeit widersprochen wurde, wie dies in der Diskussion geschah. Hier handelt es sich weder, wie eingewandt wurde, um eine Dreiteilung Deutschlands, noch um eine völkerrechtliche Regelung, wie sie mit der Bildung der Freien Stadt Danzig durch den Versailler Friedensvertrag getroffen wurde, sondern um eine vorläufige staatsrechtliche Sonderstellung innerhalb einer deutschen Konföderation, die mit der Entwicklung zu einem gemeinsamen Staat ihr Ende findet.

Man wird sich indessen fragen, ob nicht, bis dieser Endzustand erreicht wird, eine andere vorläufige Regelung möglich sei, etwa eine solche, die den bisherigen Zustand weiter bestehen läßt, dessen Sicherung, sofern eine solche hier für notwendig gehalten wird, nach Abzug der alliierten Besatzung etwa durch ein Kontingent neutraler Truppen im Auftrag der Vereinten Nationen (Uno) wahrgenommen werden könnte. Man wird indessen eine solche Regelung kaum als dem russischen Vorschlag überlegen ansehen können. Es würde dadurch ein Element eingeführt, das die Lage nur kompliziert, indem es aus einer innerdeutschen Angelegenheit, die sie ihrem Wesen nach ist, eine internationale macht. Insofern eine Wiedervereinigung der deutschen Gebiete praktisch bereits vor einem Friedensabschluß in Angriff genommen sein muß, ist vorauszusetzen, daß zwischen den beiden Regierungen ein Verhältnis besteht, das eine spezielle Sicherung des Status Westberlins nicht notwendig macht.

Das eigentliche Problem ist vielmehr, ob es bis zu einer Einigung der vier Hauptmächte über einen deutschen Frieden und der Aufnahme deutscher Wiedervereinigungsverhandlungen zwischen den beiden Regierungen zu einer Stillhalteaktion kommen soll und kann, und ob dies im wesentlichen in der Durchhaltung des gegenwärtigen Zustandes mit Rücksicht auf bereits stattfindende Verhandlungen über eine Gesamtlösung bestehen könnte. Eine Regelung, die zweifellos zu einer Besserung des politischen Klimas und zu einer Erleichterung der Gesprächsaufnahme führen würde. Man wird sich jedoch dabei klar sein müssen, daß eine solche Stillhaltung voraussichtlich ein ähnliches Zugeständnis auf west-

licher Seite bedingen wird. Man wird dabei von der Annahme ausgehen müssen, daß der sowjetische Vorstoß in der Berliner Frage mit durch den Beschluß der Nato-Mächte veranlaßt wurde, die Bundeswehr mit Kernwaffen auszurüsten. Es ist logisch, daß eine vorläufige Regelung der Berliner Frage im Sinne der Wahrung des bisherigen Zustandes möglich sein müsse, wenn westlicherseits auch die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen ausgesetzt würde. Ein solches Zugeständnis wäre keine einseitige Vorleistung des Westens. Es entwertet auch nicht im voraus das endgültige Zugeständnis der Rüstungsbeschränkung Deutschlands. Es ist aber fraglich, ob eine Beschränkung der Wehrmacht eines künftig geeinten Deutschland nach Zahl und Waffen eine Konzession des Westens sein kann, die von sowjetischer Seite durch anderweitige Konzessionen honoriert werden müßte. Die Sachlage ist vielmehr eine solche, daß, wenn erst einmal die Bündnisfreiheit eines zu vereinigenden Deutschlands von den Mächten als integrierender Bestandteil eines deutschen Friedens angenommen ist, es dann gleicherweise im wohlverstandenen Interesse der Westmächte wie des Ostens liegt, die militärische Macht zu begrenzen, wozu mit Sicherheit der Ausschluß von Kernwaffen gehören würde. Eine Stillhaltung in der Ausrüstung mit Kernwaffen kann nur solange eine sowjetische Gegenleistung beanspruchen, als die Grundlinien eines künftigen Friedensschlusses noch nicht festgelegt sind.

Die bisherige Reaktion im Westen auf die beabsichtigte Änderung der Position Westberlins bewegt sich fast ausschließlich in Gedankengängen, den bisherigen Zustand, wenn nicht anders so mit Gewalt zu erzwingen. Es ist tief bedauerlich, daß die öffentliche Meinung dabei in einem Sinne unterrichtet wird, als ob der Westen seine Position in Berlin gegebenenfalls mit dem Risiko eines Atomkrieges verteidigen werde, wobei es nicht an der Begründung fehlt, russischerseits sei man nicht bereit, für Berlin einen Atomkrieg zu riskieren. Mit dieser Erkenntnis kehrte Staatssekretär Dulles von seinem Besuch der westlichen Hauptstädte der Nato zurück. Es wird dadurch auf eine unbegreifliche Weise ein Konflikt emotionell hochgespielt, der bei einiger Mäßigung eine Beilegung durch diplomatische Mittel im beiderseitigen Interesse erlauben würde. Es soll hier nicht nochmals auf die Frage eingegangen werden, ob die Vereinigten Staaten, ob vor allem England und Frankreich bereit sein werden, für Berlin wirklich einen Atomkrieg zu riskieren; allein schon das Hin und Her von Drohungen mit militärischen Mitteln, der öffentlichen Erörterung von Maßnahmen, die nur im schlimmsten Falle in Anwendung kommen könnten, das Aufputschen der öffentlichen Meinung im Sinne der Verschärfung der Krise, statt im Sinne einer Beruhigung, ist charakteristisch.

VI.

Der Ausgangspunkt für eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Gebietsteile ist der Schnittpunkt zweier Linien, der machtpolitischen und der ordnungspolitischen. Der Gedanke, dies mittels einer Konföderation beider, unter Schonung ihrer verschiedenen Ordnungssysteme zu versuchen, ist deshalb aufgetaucht, weil es der einzige Lösungsversuch ist, der von der faktischen Lage ausgeht, vom status quo, und den Interessen beider Großmachtgruppen Rechnung trägt. Der Vorschlag der Konförderation ist für das deutsche Volk unter der Voraussetzung annehmbar, daß die Freiheit der Evolution zu einem gemeinsamen Staat gesichert wird. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß neben der Freiheit der Entwicklung auch der Schutz einer zur Minderheit werdenden besonderen sozialen Ordnung vor ihrer Majorisierung gewährleistet werden muß.

Sprechen wir zunächst von der Sicherstellung der Evolution innerhalb einer Konföderation, so wird man kaum einen Termin im voraus festlegen dürfen, bis

zu dem eine Einigung zu erzielen wäre. Der Entschluß zu einer Konföderation schließt Freie Wahlen für eine gemeinsame Körperschaft und oberste Landesstelle im Anfangsstadium und als Vorbedingung aus. Vielmehr wird eine solche Körperschaft am Ende der zweiten Phase der Re-unification stehen; wobei die erste Phase vorbereitende Gespräche, die zweite die Bildung provisorischer Vertretungen und Körperschaften zur Vorbereitung des realen Zusammenschlusses zur Aufgabe haben wird und erst die dritte mit der Bildung einer gesetzgebenden Körperschaft die eigentliche Vereinigung vollziehen kann.

Bei dieser Prozedur ist die Grundvoraussetzung der Konföderation zu berücksichtigen, nämlich zu verhindern, daß eine Minderheit durch eine mehr oder minder große Majorität unterdrückt wird; was unvermeidbar eintreten würde, wenn mit freien Wahlen begonnen würde. Es ist gar keine Frage, daß die besondere Entwicklung, die das deutsche Volk in der DDR genommen hat, einfach von der Bildfläche wegvotiert werden würde. Es gilt somit für die Evolution in der zweiten und dritten Phase Rechte und Schutzmaßnahmen festzulegen, die eine Majorisierung der Minderheit auch innerhalb eines gemeinsamen Staates verhindert. Das ist gewiß eine Erschwerung der Vereinigung, aber eine durch die Lage bedingte. Es ist indessen keine ungewöhnliche. Man wird an die Reservatrechte einiger Bundesstaaten bei der Gründung des deutschen Reiches denken. Man wird aber eher noch an den erwähnten Minoritätenschutz für die nationalen und religiösen Minderheiten in den Nachfolgestaaten durch die Pariser Friedensverträge 1919 denken. Wir werden demnach statt eines Termines für den Vollzug der vollen Wiedervereinigung Entwicklungsstufen festlegen, in der Annahme, daß der Druck der Bevölkerung auf ihre Regierungen stark genug sein wird, um den Gang so sehr als möglich zu beschleunigen, so daß es sich viel eher darum handeln könnte, ihn ordnungsmäßig in der Hand zu behalten, als Entscheidungen übers Knie zu brechen.

Damit kämen wir zu einer Reihe besonderer vorsorglicher Maßnahmen während der ersten Stufe, die den weiteren Vorgang überhaupt erst ermöglichen, nämlich zur Frage der Atomrüstung, der Militärallianzen und der eigenen Verteidigungskräfte. Die großen allgemeinen Fragen der Rüstungskontrolle und -beschränkung, des Atomwaffenverbotes und der kernwaffenfreien Zone werden sonst zu internen Fragen eines innerdeutschen Gespräches und zu bestimmenden Schritten in der Verwirklichung der Wiedervereinigung. Es ergibt sich damit ein organisch richtiges „Junktim" zwischen den Entspannungsproblemen, das dem ehedem von Bonn mit so viel Hoffnungen umhegten Junktim zwischen der deutschen Wiedervereinigung und Abrüstungsgesprächen wie realistisches einem rabulistischen Denken gegenübersteht. Gewiß kann das innere deutsche Gespräch nicht den Austritt aus den bisherigen Sicherungssystemen vollziehen, so wenig es atomfreie Zonen und den Rückzug der Besatzungstruppen dekretieren kann. Aber innerdeutsche Verhandlungen könnten durch das Bekenntnis und den Beschluß der Ablehnung von Kernwaffen, des Willens, ihrer militärischen Bündnispflichten enthoben zu werden, wesentlich dazu beitragen, daß zögernde Beratungen über diese allgemeinen Entspannungsmaßnahmen in flüssigeren Gang kämen.

Man wird indessen nicht übersehen dürfen, daß auch die Formel einer Konföderation aufgegriffen und von Gegnern einer wirklichen Vereinigung Deutschlands zum Anlaß genommen werden könnte, gerade die Doppelstaatlichkeit und die Gegensätzlichkeit der beiden deutschen Ordnungsbereiche zu verwenden, um die Deutschen durch sich selbst zu paralysieren, oder, um das treffende Beispiel von den zwei Skorpionen zu verwenden, die Konföderation als den Behälter zu verwenden, in den die beiden eingesperrt sich gegenseitig töten, oder wenn das nicht, doch so viel miteinander zu tun haben werden, um die übrige Welt in Ruhe zu

lassen. Deshalb ist es wichtig, daß die Bundesrepublik den Gedanken der Konföderation vorurteilslos aufgreift und mit einem klaren Inhalt erfüllt, der eindeutig den Gegnern der Vereinigung klar macht, daß der Einigungswille des deutschen Volkes nicht mit einer bloßen Formel abzuspeisen ist.

Es steht außer Frage, daß der Weg zur Einheit ein dorniger ist, auf dem ein Fortkommen nicht leicht sein wird. Es mag dahingestellt sein, ob früher und durch eine andere Politik leichtere Bedingungen zu erreichen gewesen wären. Es wird zu einer zähen Behauptung der eigenen Gesichtspunkte kommen, es wird Krisen geben, die zeitweise dem völligen Bruch nahekommen mögen. Dennoch wird man den grundsätzlichen Gegnern einer Konföderation entgegenhalten dürfen, daß ein Weiterbestehen des gegenwärtigen Zustandes zu gar nichts anderem führen kann als zu der endgültigen Doppelstaatlichkeit und zur vollen Souveränität der DDR. Die letzten Jahre haben eine merkliche Befestigung der internationalen Position der DDR gebracht.

Es muß hier darauf verzichtet werden, einen näheren Fahrplan für die einzelnen Phasen der Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen und die jeweigen Aufgaben im voraus festzulegen. Es wird bei diesen Besprechungen sehr bald zur Bildung einer gesamtdeutschen Körperschaft und einer Art Exekutive im Vollzug der einzelnen Vereinigungsmaßnahmen samt besonderen Gremien und Körperschaften der Sachbearbeitung kommen müssen, noch bevor es zu einer Verfassunggebenden Versammlung auf Grund von Wahlen kommen kann. Es ist dies um so notwendiger, als es einer gemeinsamen, für die Friedensverhandlungen und als Zeichnungspartner legitimierten Vertreterschaft der beiden Staatswesen bedürfen wird. In einer fortgeschrittenen Phase der Annäherung wird es sich auch darum handeln müssen, Arbeitsbereiche abzustecken und Institutionen mit ihrer Wahrnehmung zu betrauen, die bereits gemeinsam verwaltet werden können. Es ist unmöglich, diese Entwicklung im voraus gängeln zu wollen. Sie wird im pragmatischen Prozeß entscheidend von dem Geschick und dem Verständigungswillen der Gesprächspartner abhängen.

VII.

Ein deutscher Friede bedeutet mehr als nur die Beseitigung eines regionalen Konfliktstoffes zwischen den beiden Weltmachtgruppen, mehr auch als die Beendigung des Kriegszustandes des zweiten Weltkrieges. Ein deutscher Friede ist d e r test case, der Probefall für die Möglichkeit einer Verständigung, eines Friedens überhaupt. Der deutsche Friede ist in bedeutendem Maße bereits die Vorwegnahme eines universalen. Das gibt ihm seine besondere Bedeutung; zugleich zeigt er aber auch die Schwierigkeiten einer dauerhaften Lösung; denn es bedarf zu einer solchen bereits all der Mäßigung und Verständigungsbereitschaft, die auch weiterhin befriedigende Lösungen der vielen Teilprobleme eines integralen Friedens — wie wir sie in ihren verschiedenen Ringen anzudeuten versuchten — allein ermöglichen werden. Er kann nicht als eine bloße taktische Maßnahme, als politischer Behelf, als Auskunftsmittel geschlossen werden. Die Frage, ob ein deutscher Friede möglich ist, ist weitgehend identisch mit der Frage, ob Friede überhaupt noch möglich ist, oder ob das Adenauer'sche Wort zurecht besteht, daß „ein Krieg zwischen USA und UdSSR unvermeidlich" sei. Er wird es werden, sofern nicht der beiderseitige Wille zur Verständigung und Annäherung vorhanden ist.

In dem Friedensvertragsentwurf der Sowjets steht ein Satz, der allgemeinere Bedeutung hat als nur in dem Zusammenhang, in dem er gesagt wurde. Den Wiedervereinigungsbestrebungen des deutschen Volkes werden die guten Dienste der Signatarmächte angeboten „auf der Grundlage der Annäherung und der Ver-

ständigung". Es ist die einzige verläßliche Grundlage für einen deutschen Frieden wie für eine allgemeine Beendigung des Kalten Kriegszustandes. Besteht im deutschen Volk, besteht in der übrigen Welt die Bereitschaft, es damit überhaupt zu versuchen? Für die meisten Zeitgenossen, insbesondere die deutschen Bundesbürger genügt es schon, daß dieser Satz im sowjetischen Vertragsentwurf steht, um ihn abzulehnen, um die dahinter stehende Absicht als List, als Propaganda, als politische Verführung zu bezeichnen, und jeden, der sich diesen Satz zueigen macht, als „osthörig", als Verräter oder als weltfremden Schwärmer abzufertigen. Dennoch ist der Friede nur möglich auf der „Grundlage der Annäherung und der Verständigung". Etwas anderes gibt es nicht mehr, eine Verständigung nicht nur in den machtpolitischen Interessengegensätzen, sondern auch eine Annäherung in den sozialen Ordnungsideen und Prinzipien. Wenn ein akademischer Lehrer vom Range Karl J a s p e r s' im Jargon von Boulevardblättern dies als „Selbstbetrug eines Teiles der freien, im Neutralismus verantwortungslos verkommenden Literatenwelt" abtun zu sollen glaubt, so ändert dies nichts an der Tatsache, daß ein „vernünftiger Kompromiß" nur auf den Grundlagen einer Verständigung und Annäherung geschlossen werden kann, zumal wenn, wie George F. Kennan ausführt, die „grundlegenden Elemente" für einen solchen bereits „in den Realitäten der europäischen Situation" vorhanden sind. Sie nur gewahr zu werden, sie als grundlegend anzuerkennen, bedarf es bereits eines Verständigungs- und Annäherungswillens. Es versteht sich von selbst, daß dies einseitige Konzessionen oder die bedingungslose Annahme von Grundvoraussetzungen ausschließt. Es bedarf der Reziprozität der Konzessionen und der Flexibilität der eigenen Auskunftsmittel.

Wie groß oder gering die Verständigungsbereitschaft und der Annäherungswille sein mögen, für das deutsche Volk ist es die einzige Grundlage seiner Existenz. Sie sind nicht nur die Voraussetzung für die Rückgewinnung eines gemeinsamen Staates; sie sind die Grundlagen seiner Zukunft. Es wird darin eine tiefe Folgerichtigkeit seines Schicksals sichtbar. Erst mit dieser zugleich moralischen und geistigen Überwindung, nicht nur durch politisches Zweckhandeln wird das deutsche Volk das vergangene Unheil überwinden und eine neue Zukunft gewinnen.

Niemand wird sich darüber Illusionen machen, daß wir noch weit von einer solchen Beurteilung entfernt sind. Wir müssen damit rechnen, daß gewichtige politische Kräfte auch in der Bundesrepublik zu denjenigen gehören, die mit Kennan's Wort „jede Diskussion des Disengagement mißbilligen", weil sie überzeugt sind, „daß das Festhalten an der gegenwärtigen Politik sowohl Stabilität als auch Hoffnung auf Besserung verspricht". Diesen Kreisen gegenüber verfängt nicht die offenbare Tatsache, daß die Änderung der machtpolitischen Bedingungen der Politik eine endgültige ist. Alle Lösungsversuche der Konflikte stehen unter dem Druck der ungeheuren Revolution, die sich in der Veränderung der zwischenstaatlichen Beziehungen durch die fast völlige Unanwendbarkeit der Mittel der Gewalt vollzogen hat und die auch nicht durch solche fadenscheinigen Konzeptionen wie die der „begrenzten Kriege" gemildert wird. Es gibt daher nur e i n e Möglichkeit der Besserung der Situation, die Möglichkeit der Verständigung und Annäherung. Es gibt nur die eine in der gemeinschaftlichen Anpassung an die neue politische Realität.

Prof. Dr. Walter Hagemann

Kissingers kleiner Krieg um Berlin

Nun ist es so weit: das gigantische Kartenhaus der Bonner Illusionen ist zusammengestürzt. Herr Adenauer sendet SOS-Signale nach allen Seiten, er spart nicht mit Treueversprechungen, aber das Echo ist matt. Nur Herr De Gaulle, der schon 1945 dafür sorgte, daß Deutschland verkleinert und geteilt wurde, bleibt dem Verhinderer der deutschen Einheit treu. Rund um das Palais Schaumburg sind inzwischen alle die Fragen ins Gespräch gekommen, um derentwillen man bis vorgestern deutsche Friedensfreunde diffamiert, verketzert und verleumdet hat: Disengagement, Rapackiplan, Konföderation, Gesamtdeutsche Gespräche. Aber die kalten Krieger sind nur geschlagen, nicht bekehrt. Wenn wir sie weiter gewähren lassen, dann wird eine Periode des Scheinhandelns beginnen, die noch schlimmer ist als alle Untätigkeit: man wird intrigieren, finassieren und im zweiten Atemzug widerrufen, was man im ersten zugesagt hat. In dieser Kunst haben sich jahrelang die Sowjets als Meister erwiesen. Sie würden wohl auch die Bonner Anfänger überspielen. Aber die Sowjets spielen nicht mehr, sondern sie treiben auf Entscheidungen zu mit dem Blick auf den Uhrzeiger. Der Zeitzünder Berlin lag schon lange griffbereit, nur unsere Illusionisten wußten es nicht. Nun ist das Uhrwerk eingeschaltet, und anstatt die Zündschnur zu durchschneiden, lauscht der Westen wie gebannt dem Ticktack der Uhr.

In die zweite Runde, die jetzt beginnt, geht Adenauer ohne den großen Freund in Washington und ohne die Fiktion der innerpolitischen Einheitsfront. Da gibt es freilich die Treueerklärung für Berlin, mit der die Nato-Chefs versichert haben, daß sie die „deutsche Hauptstadt" bis zum letzten verteidigen werden. Und da ist noch der Atomtrumpf, den Herr Dulles reichlich vorschnell vor 10 Monaten den Bonner kalten Kriegern zuspielte. Aber dieser Trumpf ist schon entwertet, noch ehe er einsatzfähig ist. Inzwischen hat in den USA die Furcht vor einer drohenden atomaren Anarchie und der Überlegenheit der sowjetischen Fernraketen zu neuen Überlegungen geführt, die in dem Eventualverzicht auf die Atomausrüstung der Bundesrepublik gipfeln; inzwischen hat uns der vorschnelle Atombeschluß viele Sympathieverluste im Westen und den lange erwarteten Gegenschlag aus dem Osten eingebracht. Der Atomtrumpf sticht nur noch, wenn das Pentagon mitspielt und die Sprengköpfe ausliefert, die noch unter amerikanischem „Verschluß" liegen.

In diesen Zeitpunkt fällt die Rundreise, die auf Einladung des deutschen Verteidigungsministers der amerikanische Professor für politische Wissenschaften, Henry A. Kissinger, durch die Bundesrepublik unternahm, um vor höheren Truppenführern und Generalstäblern über die atomare Strategie im Zeitalter des „Gleichgewichts des Schreckens" zu sprechen. Herr Kissinger gilt als der Prophet und Propagateur des „lokalen" Atomkrieges mit taktischen Atombomben. Nachdem sich auch bei den kältesten Kriegern allmählich die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß die „massive Vergeltung" die Ausrottung der Menschheit bedeuten würde, hat sich dieser 35jährige Professor für Politik an der Harvard-Universität den Kopf darüber zerbrochen, wie sich zum Wohle der Menschheit die atomare Abschreckung und der Atomkrieg begrenzen lassen, damit der Krieg als Mittel der Politik möglich bliebe. Denn was wäre die Welt ohne Krieg! Was unternähme man gegen aufsässige Satellitenstaaten und farbige Völker? Wie sollte man Grenzen revidieren und unerwünschte Regime stürzen? Wo bliebe das Stahlbad der Stahlgewitter und der Ehrgeiz der Diktatoren? Krieg muß sein, sagt Kissinger, aber er muß begrenzbar sein. Ein „lokaler" Krieg mit konventionellen Waf-

fen plus kleine Atombomben, ein „Buschkrieg" sozusagen, wie er im Zeichen des kalten Krieges als sozusagen natürlicher Zustand betrachtet wird. Die kleinen Atombomben besitzen höchstens die Sprengkraft der Bombe von Hiroshima, und die hat nicht mehr als einer Viertel-Million Menschen das Leben gekostet. Diese neue Spielart der Artillerie — um mit Adenauer zu reden — kann in ganzen Serien gefertigt und geliefert, sie kann geschossen und geworfen werden, und sie kostet nur eine Kleinigkeit, verglichen mit den teuren Luftgeschwadern und Panzerschiffen, mit denen sich unsere Väter quälten.

Sicherlich hält sich Herr Kissinger für einen Wohltäter der Menschheit. Er macht in seinem „Spiegel"-Interview durchaus glaubhaft, daß es in Amerika und England Militärs gibt, die heute noch einen blindwütigen Druckknopfkrieg der großen Bomben zu führen bereit sind. Die Warner und Friedensfreunde haben an dieser herostratischen Entschlossenheit uniformierter Nihilisten niemals gezweifelt. Aber das Nato-Konzept des totalen Vergeltungsschlages ist eben kein Spielzeug für alle Tage, weil es, wie Kissinger sagt, durch die Größe des Risikos den Willen lähmt. Diese Lähmung, so schließt der Professor messerscharf, vermindert sich aber analog der Größenskala der Atombomben, die man in „lokalen" Konflikten einsetzen wird. „Abschreckung wird nur erreicht, indem man die größtmögliche Stärke mit der größtmöglichen Bereitschaft, sie einzusetzen, verbindet." Welch beglückende Perspektive: die „Honest Johns" und die „Corporale" als die Handfeuerwaffen für alle Tage, dahinter in Bereitschaft die großen, menschheitsvernichtenden Riesenbomben. Damit ist die Nato gerüstet für alle kleinen und großen Zwischenfälle.

Natürlich weiß Herr Kissinger, daß auch die Sowjets — und nur an sie denkt er als potentielle Gegner — Atombomben aller Größen haben, und da er den Bolschewisten — und nur ihnen! — jeden Vertragsbruch und jeden Gewaltakt zutraut, so muß er damit rechnen, daß sie sich nicht an die von ihm erfundenen Spielregeln halten und nach Bedarf vom kleinen zum großen Atomkrieg übergehen. Seine Antwort: Beide Seiten haben das gemeinsame Interesse, die Katastrophe eines unbegrenzten Krieges zu verhindern, wofern sie nur begrenzte Ziele erreichen wollen. Schlimm ist seine Mißachtung der geschichtlichen Erfahrung, daß Kriegführende sich im Ernstfalle in der Regel nicht über die Grenzen ihrer Kriegsziele und Kriegsmittel einig sind. Es gibt ja nicht mehr den strengen Komment ritterlicher Zeiten, in denen der Kampf abgebrochen wurde, wenn die eine Partei im Zweikampf oder auf der Walstatt unterlag. Angesichts der wachsenden Barbarisierung des Krieges sind die atomaren Massenvernichtungsmittel die bisher letzte Steigerung in der Mißachtung von Menschenwürde und Menschenrecht. Und da sollte auf einmal ein Komment für den Atomkrieg möglich sein? Begrenzte Kriege mit begrenzten Kriegszielen sind heute nur noch an der Peripherie der Weltinteressen möglich und nur dann, wenn keine atomaren Mittel eingesetzt werden, wie in Korea, Quemoy, Suez. Der erste nukleare Blitz, gleichgültig, wie groß er ist, würde eine Kettenreaktion auslösen, für die es keine Grenzen zwischen taktischen und strategischen Bomben, zwischen zivilen und militärischen Angriffszielen gäbe. Dieser Blitz würde die Theorien des Herrn Kissinger in tausend Stücke fetzen. Denn der moderne Krieg ist mehr als ein berechenbares Spiel auf dem Schachbrett der Politik, er ist ein Ausbruch entfesselter Instinkte und Leidenschaften, die alle Hemmungen und Konventionen hinwegräumen.

Die frohe Botschaft, die Herr Kissinger verkündet, wirkt auch sonst abgestanden und unglaubwürdig. Sollte es noch nicht zu Kissingers Ohren gedrungen sein, daß bereits im Sommer 1958 auf der dritten „Pugwash"-Konferenz in Kitz-

bühel eine einstimmige Ablehnung der Theorie von der „begrenzten Abschrekkung" erfolgt ist? Wörtlich heißt es in der von 70 führenden Gelehrten aus Ost und West einstimmig verabschiedeten Resolution:

„Wir glauben daher, daß selbst ein beschränkter Krieg trotz Einschränkung der Bombardierungsziele eine totale Verwüstung des Landes, in dem er geführt wird, und eine weitgehende Vernichtung seiner Bevölkerung zur Folge hätte. Außerdem würde ein Abkommen, Städte nicht für militärische Zwecke zu verwenden, um sie aus den Kriegshandlungen herauszuhalten, im weiteren Verlauf eines Krieges — besonders von der verlierenden Seite — nicht eingehalten werden. Der Verlierer würde außerdem sehr der Versuchung unterliegen, Atombomben gegen Bevölkerungszentren des Gegners einzusetzen, um im letzten Moment dessen Willen zur Fortsetzung des Krieges zu brechen."

Uns will scheinen, als ob diese gelehrten Männer mehr Sinn für die seelischen Untiefen der Kriegspsychose bewiesen haben als der amerikanische Politik-Professor aus Fürth in Bayern. Glauben findet er mit dieser museumsreifen Theorie nur noch bei kalten Kriegern vom Schlage seines bayerischen Landsmannes Strauß, der seine nukleare Bewaffnung um jeden Preis aus dem politischen Debakel der neuen internationalen Situation retten möchte. Es wäre ein billiges Vergnügen, Herrn Strauß mit seinem eigenen Generalstabschef, dem Luftwaffen-Brigadegeneral Werner Panitzki, zu konfrontieren, der vor einigen Monaten mit der Feststellung Aufsehen erregt hat: „Wenn mit taktischen Atomwaffen auf einen feindlichen Angriff geantwortet wird, dann ist die Ausweitung des Konflikts in einen großen Krieg unausweichlich". Das Dementi, das Herr Strauß diesem zwangsläufigen Junktim der Anwendung kleiner und großer Atomwaffen entgegengesetzt hat, vermag niemanden zu überzeugen.

Der Testfall Berlin verspricht ein klassisches Beispiel gegen Kissingers Theorie der begrenzten Abschreckung zu werden. Seit Wochen zerbrechen sich die kalten Krieger, Politiker, Journalisten, Generalstäbler darüber den Kopf, wie man wohl am wirksamsten der sowjetischen „Drohung" begegnen könnte, ohne irgendein Zugeständnis zu machen. Das einzige, was den Herren bisher eingefallen ist, sind nicht etwa realistische Gegenvorschläge, sondern Drohungen mit militärischer Gewaltanwendung. Dabei wird geflissentlich übersehen,

1. daß die für den 27. 5. angekündigte sowjetische „Aggression" nicht in einem Angriff, sondern in einem militärischen Rückzug der sowjetischen Truppen bestehen soll. Will man die Sowjets durch Panzersperren am Abzug aus Berlin hindern? Diesen Fall hat es in der Kriegsgeschichte noch nicht gegeben.

2. Die sowjetischen Kontrollfunktionen sollen an die Grenz- und Zollorgane der DDR übergehen, die schon seit Jahren diese Funktionen gegenüber dem deutschen Verkehr zu Lande und Wasser durchführen. Wollen die Besatzer den Deutschen 14 Jahre nach Kriegsende zum Bewußtsein bringen, daß sie nur Menschen zweiter Klasse sind?

Aber man fürchtet Behinderungen, Zwischenfälle — oder wünscht man sie?! Es gibt Leute mit hohen Titeln und Rängen, die sich den Kopf darüber zerbrechen, wie man Provokationen nach Halbstarkenmanier aufzieht. Daraus würde dann ein frischfröhlicher Panzerdurchbruch, und als Antwort auf die ersten Stoppschüsse würden die ersten Atomgranaten zischen, die kleinsten und die kleinen, und wenn das nicht hilft, die mittelschweren. So werden in der 1. Runde erst einmal die Städte zwischen Hannover und Berlin ausgelöscht. Ein neues Quemoy, Herr Kissinger? Es dürfte schwerlich nur zu Artillerieduellen kommen, — sauber terminiert: von 6 — 18 Uhr, an drei Tagen in der Woche! — Nein, es wird nur Stunden dauern bis zur großen Atomkatastrophe, denn für Berlin lohnt es angeblich zu sterben, und vielleicht wird Berlin, das man angeblich ret-

ten will, das erste Opfer der ersten großen Bombe sein. Denn Recht muß Recht bleiben — auch über das atomare Massengrab hinaus!

Übertreiben wir? Mitnichten. Laut und dröhnend versichern Tag für Tag Nato-Generale, daß man Berlin nötigenfalls mit militärischer Gewalt freikämpfen wird. So klang auch die letzte Versicherung, die der erkrankte Außenminister Dulles vor seiner Unterleibsoperation verbreiten ließ, unter dem freudigen Applaus westdeutscher Atomstrategen und Atomskribenten. Kaum eine Zeitung in der Bundesrepublik ist diesem Kriegsgedröhn mit Kritik und Abscheu entgegengetreten. Für Berlin sterben? Die Babbits in Springfield und die Mariannen an der Seine denken nicht daran. Aber die Ingenieure des Weltuntergangs versichern ihnen, Berlin sei keine gewöhnliche Stadt wie New York oder Paris, es handele sich um das Symbol der Freiheit. Ohne fremde Truppen in Berlin werde „die Freiheit" verloren sein. Selbst ein englisches Blatt, die „Daily Mail", rief aus: „Als Stadt ist Berlin nicht die Knochen eines einzigen Soldaten wert, aber Berlin repräsentiert ein Prinzip." Also für ein Prinzip wird man sterben! Es hat Zeiten gegeben, wo sich Offiziere oder Studenten wegen einer Bagatelle im Duell umbrachten; Zeiten, in denen Kriege ausgebrochen sind, weil dem Botschafter einer Großmacht der Vortritt verweigert wurde; wir schütteln darüber den Kopf. Aber heute spielen Herostraten mit der kollektiven Vernichtung, weil man sich weigert, an einer Staatsgrenze Papiere und Güter prüfen zu lassen! Und was sagt Kissinger dazu, der den großen Atomkrieg als kollektiven Selbstmord ablehnt und eben darum seine Theorie vom kleinen Atomkrieg entwickelt hat? Der Interviewer des „Spiegel" fragte ihn: „Totaler Krieg für Berlin, für Deutschland?" Kissinger: „Ja — als letztes Mittel, wenn die Freiheit Berlins nicht anders zu verteidigen ist." Bis zu welcher Logik des Wahnsinns versteigen sich jene Zeitgenossen, die lieber mit dem verhaßten Todfeind zusammen ins atomare Massengrab sinken, als mit ihm gemeinsam am Verhandlungstisch einen politischen Ausweg suchen.

Viele Zeitgenossen, die solche Erklärungen kopfschüttelnd lesen, beruhigen sich bei der Vorstellung, daß das alles doch nur Theaterdonner sei. Sie halten es für unglaubwürdig, daß sich Nationen um fernliegender Interessen willen freiwillig in den Abgrund stürzen. Sie glauben, daß Abschreckung zu den legitimen Mitteln der Politik gehört, um dem Gegner etwas abzutrotzen. Herr Dulles hat ja diese Methode des „Balancierens hart am Rande des Abgrunds" als höchste Weisheit der Staatsmänner gefeiert. Wie aber, wenn auch der Gegenspieler nur an Theaterdonner glaubt? Wie, wenn er noch kühner am Rande des Abgrundes entlang balancierte, weil er sich mit gewissem Recht derzeit als der Stärkere fühlt, und wenn dann die Katastrophe die Streitenden beide in den Abgrund reißt? Abschreckung hat noch nie in der Geschichte Kriege verhindert, sie hat vielmehr stets zum Rüstungswettlauf und meist zum Kriege geführt. Kriegsmaschinen haben eine eigene Dynamik; der Beruf des Soldaten wird zum Selbstzweck, wenn nicht dahinter eine echte Not oder ein echtes Ideal steht. Generale sind schneller als Politiker, denn für sie gibt es keine Alternativen. Die Ingenieure der Massenvernichtung werden schon dafür sorgen, daß die Völker keine Zeit mehr haben, zur Besinnung zu kommen. Zweimal sind die Älteren unter uns dessen Zeuge geworden. Vor 1914 wie vor 1939 hat man den Millionen einzureden verstanden, daß kein Krieg am Horizont sei. Beide Male wurde das Volk mitten aus höchstem Wohlstand und tiefem Frieden in den Abgrund des Krieges gerissen — und sie sind bereitwillig hineingestürzt. „Die Deutschen sind in den Tod verliebt", hat einst Clemenceau gesagt, der ein guter Völkerpsychologe war. „Die Lust am Untergang" hat Sieburg jenen makabren Chiliasmus genannt, der heute die abendländische Welt beherrscht. Niemand

stirbt gern, so lange er seiner Vernunft mächtig ist. Aber allzuschnell ergreift eine Wahnidee, ein „höchster Wert" von den Menschen Besitz und beraubt sie des vernunftgemäßen Handelns. Das eine Mal waren es Ehre und Ruhm, das andere Mal der Rausch der Rasse und der Macht, heute sind es Angst und Haß gegen den „Osten", das nichtverstandene Symbol der „Freiheit", welche die Gejagten in den Untergang treiben.

Kissingers kleiner Krieg findet nicht statt. Entweder man findet einen Weg der Verständigung, oder Kissingers schön lackierte Theorie von der begrenzten Abschreckung wird sich als das erweisen, was sie ist: ein verführerischer Fehlschluß, ebenso unreal wie seine Vorgänger. Berlin droht zum P e a r l H a r b o u r zu werden und damit den dritten Weltkrieg, den letzten, auszulösen. Nicht dem amerikanischen Volk, aber den Drathziehern kam jenes Pearl Harbour von 1941 sehr gelegen; es gibt genug Anhaltspunkte dafür, daß sie Vorsehung gespielt haben. Auch bei Berlin liegt der Verdacht sehr nahe, daß irgendwo einer der „potentiellen Kriegsverbrecher" den berühmten Zwischenfall schafft, den die Nihilisten im Pentagon und in Bonn für ihre Ziele brauchen. Man möchte darauf wetten, daß schon ein rundes Dutzend solcher schönen Pläne in Geheimtresors liegen, Pläne, mit denen der Konflikt garantiert ausgelöst werden kann, aller Vorsicht zum Trotz, mit der wahrscheinlich die Funktionäre des Kremls und der DDR die neuen Modalitäten nach dem 27. 5. praktizieren werden. Alles weitere wäre dann Sache der Druckknopfstrategen, die irgendwo in ihrem unterirdischen Bunker — um die Wette mit ihren sowjetischen Kollegen — die Zerstörung der halben Menschheit exakt nach Planquadraten durchführen würden.

Die Lage ist voll schwerer Gefahren. Es ist höchste Zeit, daß die Atomstrategen und Provokateure energisch in ihre Schranken gewiesen werden. In den USA und Großbritannien hat eine wache öffentliche Meinung längst aufbegehrt, sind die Oppositionsparteien damit beschäftigt, ihrer Regierung einen friedlichen Kurs aufzuzwingen. Auch bei uns beginnt das Volk wach zu werden, verfolgt der kleine Mann kopfschüttelnd oder mit wachsendem Mißtrauen die Reden und Taten der Säbelrassler. Aber eine weithin gleichgeschaltete Presse registriert auch die verwegensten Drohungen der kalten Krieger widerspruchslos, und die oppositionellen Gruppen sind entweder nicht stark oder noch nicht entschlossen genug, um den Vabanque-Spielern Halt zu gebieten. Die ganze Schwere der Verantwortung fällt daher auf jene Persönlichkeiten innerhalb der Regierungspartei, deren privates Gewissen seit langem gegen die Weisungen der Parteiführung rebelliert. Diese Dissidenten von heute haben widerspruchslos mitgemacht, als eine außenpolitische Chance nach der anderen verspielt und eine Rüstungshypothek nach der anderen auf das Konto der Bundesrepublik gehäuft wurde. Sie haben auch geschwiegen, als gegen ihr eigenes besseres Wissen die öffentliche Meinung gegen die Atomrüstung rebellierte und zum Schweigen gebracht wurde, als mit Millionenmitteln der kalte Krieg neu angekurbelt, als den sowjetischen Vorschlägen und Entwürfen ein widersinniges schroffes Nein entgegengesetzt wurde. Nicht einmal jetzt begehren sie öffentlich auf, da Strauß und seine Mitläufer mit provokatorischen Reden und kriegerischen Posaunentönen die sich anbahnende Entspannung zwischen Ost und West zu stören versuchen. Wanderprediger vom Schlage eines Kissinger sollen den Gegnern und Zweiflern den Nutzen des Buschkrieges um Berlin mit kleinen Atombomben und die Möglichkeit des militärischen Eingreifens der Amerikaner einhämmern, damit das Volk stahlhart geschmiedet ist, wenn die Stunde X über uns hereinbricht.

Die CDU hat viel wieder gut zu machen, was in ihrem Namen und mit ihren Stimmen in den letzten Jahren an der Demokratie, an der nationalen Einheit

und der deutschen Zukunft gesündigt worden ist. Dazu gehören auch die Kaptivierung der öffentlichen Meinung durch eine hämmernde Propaganda des Entweder-Oder, der Einsatz von Polizei und Justiz gegen die legalen Opponenten des kalten Krieges, der Mißbrauch der kirchlichen Autorität zur Stützung politischer Machtstellungen und die bedingungslose Unterstützung eines Einmannregimes ohne den ernstlichen Versuch der Korrekturen. Am schlimmsten aber ist, daß die Partei vor dem deutschen Volk die Hauptverantwortung trägt für ein Regime der nationalen Verfremdung und eine Politik der militärischen Stärke, welche hüben und drüben alle bösen Geister wecken mußte. Sollte eine Katastrophe eintreten, sei es nun ein politisches Stalingrad oder ein militärisches Pearl Harbour, dann wird der CDU das Kainszeichen der Mitschuld unverlöschlich auf die Stirn geprägt sein. Dann wird man vergebens ausrufen: „Das haben wir nicht gewollt!" Gewiß, für die große Mehrheit der Funktionäre und Mitläufer ist das die Wahrheit. Aber die Geschichte fragt nicht nach dem subjektiven Wollen, sondern nach den objektiven Folgen einer verfehlten Politik. Das Jahr 1933 sollte uns eine Warnung sein. Es gibt nur noch eines: schnell und entschieden abzurücken von der Atomstrategie und Durchsetzung ernst gemeinter deutscher Mitwirkung an Verhandlungen zwischen Ost und West. Die Frist ist nur noch kurz, die Alternative klar: Wenn nicht mit uns, dann ohne uns oder über uns alle hinweg.

Dr. Achim von Borries

Die unheilige Allianz

Die jüngsten sowjetischen Vorstöße in der Deutschland-Frage haben zu einem Zwiespalt innerhalb der westlichen Allianz geführt, den wenigstens provisorisch zu schlichten der Zweck der Europa-Reise des Staatssekretärs Dulles Anfang Februar war. In Washington und London ist das Umdenken im Gange. Mit immer größerer Unbefangenheit werden Alternativen zu der bisherigen westlichen Politik in den miteinander verbundenen Fragen der europäischen Sicherheit und der deutschen Wiedervereinigung gesucht und diskutiert. Die „Pläne" schießen wie Pilze aus dem Boden; und wie gering vorläufig die unmittelbare politische Wirkung all dieser neuen Konzepte sein mag — ihre psychologische Bedeutung ist außerordentlich groß. Denn sie sind ein Symptom. Skepsis, Zweifel und Mißtrauen der westlichen Öffentlichkeit (und — hinter den Kulissen — auch bereits der Regierungen) gegenüber dem als „Festigkeit" deklarierten absoluten Starrsinn Bonns nehmen immer mehr zu. Der bisherige militärpolitische Musterschüler der Nato ist auf dem besten Wege, das politische Sorgenkind des Westens zu werden.

In diesem Augenblick, da nahezu alle Positionen der westdeutschen Nato-Politik sich als fragwürdig erweisen, scheint ein einzelner wichtiger Faktor dieser Politik sich gleichwohl besonders zu „bewähren". Mit unverhohlener Zu-

friedenheit, nicht ohne Selbstlob, betonen die Propagandisten der Regierung Adenauer, daß heute mehr denn je zuvor Frankreich an der Seite der Bundesrepublik stehe und sich gemeinsam mit dieser allen „Aufweichungstendenzen" im westlichen Lager widersetze. Die Apologeten Bonns nehmen diese (unbestreitbare, aber höchst zweideutige) Tatsache zum Anlaß, einmal mehr der „Europa"-Politik des Kanzlers im allgemeinen und seiner Frankreich-Politik im besonderen hohe Anerkennung zu zollen. Die „Versöhnung mit Frankreich", die Beendigung der bitteren Erbfeindschaft zwischen diesen beiden großen europäischen Nationen galt ja schon immer als die außenpolitische „Visitenkarte" der heutigen Bundesregierung, als ihr größter „Erfolg". Mit der bewußten Integration des westdeutschen Teilstaates in die politisch-wirtschaftliche Organisation Westeuropas hat ja angeblich eine „neue Epoche" im Leben Deutschlands und Europas begonnen. Selbst strenge Kritiker der rein negativen Ost-Politik Adenauers waren doch bereit, seiner Frankreich-Politik nicht allein politische „Richtigkeit", sondern auch eine gewisse höhere geschichtliche „Würde" zuzugestehen. Von dieser Seite kommt heute immer wieder der Stoßseufzer: hätte der Kanzler doch nur das „Vertrauen" des Ostens ebenso gesucht wie das des Westens. Man geht dabei von der Vorstellung aus, die eine „Vertrauenspolitik" hätte gewissermaßen nur komplettiert werden müssen durch eine andere — und so hätten sich dann die nationalpolitischen Ziele Bonns erreichen lassen, die nun dank der einseitigen West-Politik unerreichbar geworden sind. Eine solche Auffassung der Dinge ist aber doch gar zu treuherzig. Denn sie vergißt völlig, daß gerade die uneingeschränkte Westpolitik des Kanzlers selbst die Grundlage jener heute als völlig unangemessen erkannten Ost-Politik Dr. Adenauers war. Auf diesen Zusammenhang aber kommt alles an. Die Gesamtkonzeption Bonns allein läßt somit ein Urteil auch über seine Frankreich-Konzeption zu, denn diese hat im Rahmen jener eine ganz bestimmte und — wie sich nun zeigt — höchst fatale Funktion. Gerade wer als Deutscher nicht nur die deutsche Wiedervereinigung und die Sicherheit Europas, sondern auch eine aufrichtige Verständigung mit Frankreich für unbedingt wünschbar hält, wird sich solchen Erwägungen heute nicht mehr verschließen können. Auch dieses, das letzte Tabu der Bonner Politik muß heute gestürzt werden. Denn gerade der scheinbar am wenigsten bestreitbare „Erfolg" des Kanzlers, die Freundschaft mit Frankreich, erweist sich in diesem Augenblick als ein wahres Danaergeschenk.

Nach wie vor tritt Dr. Adenauer als geschworener Feind jedes Kompromisses, ja auch schon jeder Konzilianz bei der weltpolitischen Erörterung der deutschen Frage auf. Seine Berlin-Politik ist nichts anderes als ein (vielleicht lebensgefährliches) Nachhutgefecht des Kalten Krieges in einem Augenblick, da Moskau, Washington und London dabei sind, nach Mitteln und Wegen zur Beendigung dieses Kalten Krieges zu suchen. Bei dem in rein taktischen Fragen vorübergehend (teilweise) noch einmal erfolgreichen, im Prinzip aber doch schon zur Erfolglosigkeit verurteilten Versuch, diesen „harten Kurs" den Verbündeten weiterhin zu oktroyieren, hat er einen Verbündeten im westlichen Lager selbst gefunden: das Frankreich Charles de Gaulles. Die konsequente Teilstaat-Politik des Bundeskanzlers wird heute von Paris lebhaft applaudiert und aktiv unterstützt. Adenauer und de Gaulle sind sich einig in der grundsätzlichen Ablehnung sowohl jeder Disengagement-Politik wie auch des sowjetischen Friedens-Vertrags-Vorschlages und des Projektes einer deutschen Konföderation (als erstem Akt der deutschen Wiedervereinigung und als Alternative zu einer absoluten Spaltung Deutschlands). Diese inner-westliche deutsch-französische Allianz, die der Ver-

längerung des Kalten Krieges dient, weil Bonn und Paris (das heißt nicht: Deutschland und Frankreich) von einer solchen profitieren zu können glauben, ist das Ergebnis, der „Erfolg", die „Bewährung" der „deutsch-französischen Freundschaft" Konrad Adenauers. Über die von Anfang an einkalkulierte Funktion dieses westeuropäischen Bündnisses im Rahmen der Bonner Gesamtkonzeption kann es keine Zweifel mehr geben. Und auch darüber nicht, daß Deutschland, Frankreich und Europa die Zeche für ein Jahrzehnt Pseudo-„Europa"-Politik zu zahlen haben. Die Tatsachen sprechen heute.

Die Zusammenarbeit zwischen Adenauer und de Gaulle beruht auf einer zwiefachen Interessengemeinschaft. Die heutige Bonner und die heutige Pariser Regierung sind politisch, militärpolitisch und wirtschaftlich innerhalb der Nato und der europäischen Organisationen in einem spezifischen Sinne Partner. Für beide ist diese interne Partnerschaft nichts anderes als das Mittel zur Erreichung jeweils nationaler Zwecke. Vorläufig aber sind beide gerade dabei auf einander angewiesen. Und diese enge Gemeinschaft wiederum setzt voraus, daß der Kalte Krieg weitergeht, daß weder über Abrüstung und Disengagement, noch über die deutsche Wiedervereinigung irgendwelche konkreten Vereinbarungen zwischen Ost und West zustandekommen. Es ist der (von Washington und London als lebensgefährlich erkannte) weltpolitische Status quo, an dessen Aufrechterhaltung Bonn und Paris interessiert sind und den aufrechtzuerhalten ihr gemeinsames Bemühen innerhalb der westlichen Allianz ist. Überall da, wo man auf Bonner Tabus keine Rücksichten zu nehmen braucht und politisch die Dinge beim Namen zu nennen pflegt, anstatt sie zu verbrämen, ist heute von dieser Wirklichkeit des deutsch-französischen Bündnisses die Rede. Vor allem in Großbritannien, wo man aus seinem Mißtrauen gegen diese politische und wirtschaftliche Partnerschaft weniger denn je ein Hehl macht[1]).

Unter den westlichen Großmächten hat das Frankreich de Gaulles einerseits das größte Interesse an einer vielseitigen engen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik (und das heißt, an deren Westeuropa-Bindung) und andererseits das größte Interesse an einer Verzögerung oder Verhinderung jedes Zusammenschlusses der Bundesrepublik (der eine Relativierung dieser Westbindung bedeuten würde) mit dem anderen deutschen Teilstaat zu einem (wenn auch vorerst nur provisorischen) Gesamtdeutschland. Denn Frankreichs neo-nationalistischen Großmacht-Träume bedürfen zu ihrer Verwirklichung der westdeutsch-französischen Partnerschaft. Umgekehrt ist der Bundeskanzler heute mehr denn je gerade auf diesen Verbündeten angewiesen, von dem er keinerlei konstruktive Alternativen in der deutschen Frage zu erwarten, also — zu befürchten hat, der vielmehr die Hinhalte-Politik Adenauers unbedingt unterstützt. Frankreich also weiß, daß Dr. Adenauer die deutsche Wiedervereinigung so lange wie möglich blockieren, daß er stets ein Garant der deutschen Spaltung sein wird — darum ist er der ideale Verbündete, der außerdem noch Frankreich wirtschaftlich unterstützt. Und Adenauer selbst weiß, daß de Gaulle alles für die Fortsetzung des Kalten Krieges tun, jede Wiedervereinigung hin-

---

1) Der Daily Telegraph schrieb am 2. Februar sehr offenherzig: „Für Paris scheint die gegenwärtige Teilung Europas durchaus nicht unerträglich zu sein. Die Reduktion Deutschlands auf etwas mehr als zwei Drittel seiner normalen Stärke kräftigt die relative Macht und Stellung Frankreichs erheblich. Sie erleichtert so eine französisch-deutsche Zusammenarbeit auf einem Fuße der Gleichberechtigung. Weshalb sollte sich Präsident de Gaulle bemühen, eine Änderung des Gleichgewichts zu fordern, das die wirtschaftliche und militärische Rolle Frankreichs in Europa nur vermindern könnte? Für Bonn hat die gegenwärtige Lage ebenfalls ihren Reiz. Eine Föderation oder Konföderation der beiden deutschen Staaten würde die politische Aufgabe Dr. Adenauers beträchtlich erschweren . . ." Der New Statesman brachte am 7. Februar einen sehr kritischen Artikel aus Bonn über „Die Paris-Bonn-Achse" und äußerte sich in demselben Sinne.

tertreiben wird — darum ist de Gaulle heute schon für Bonn ganz unersetzlich[2]). Beide wollen Zeit gewinnen, Zeit für die Schaffung neuer schwerwiegender politischer und militärpolitischer faites accomplies.

Man erinnere sich kurz der Wochen, als General de Gaulle in Frankreich die Macht übernahm. So sympathisch, im stillen Kämmerlein, gewissen Bonner Kreisen die damit zur Herrschaft gelangten antikommunistisch-autoritären Tendenzen in Frankreich (dieser Semi-Faschismus am Grabe der parlamentarischen Demokratie) sein mußten, so große Bedenken hegten diese Kreise doch zunächst hinsichtlich der außenpolitischen Konzeption des „neuen" Frankreich. Man befürchtete eine relative Annäherung des französischen Neo-Nationalismus an den traditionellen Partner der französischen Deutschland-Politik, an Rußland. Und man befürchtete zugleich, Frankreich werde in einem gewissen Maße aus der Nato „ausscheren", diese und die westeuropäische Union entwerten — und damit auf seine Weise den Kalten Krieg beenden. Eine solche Politik hätte auch Bonn mittelbar zu einer Revision seiner Nato-Konzeption, das heißt auf den Weg der Entspannung gezwungen.

Die beiden Begegnungen des Bundeskanzlers mit de Gaulle Ende 1958 — in Colombey und in Bad Kreuznach — machten dann derartigen Angstträumen Bonns ein Ende und begründeten, auf der Basis der bisherigen westdeutschen Bindung an Frankreich, die seither in Erscheinung getretene Achse Bonn—Paris. Dr. Adenauer machte dem französischen Nationalismus überaus günstige wirtschaftliche und politische Angebote, um ihn damit strikt auf die Linie des Kalten Krieges zu verpflichten. Entgegen ihren eigenen wirtschaftspolitischen Grundsatzerklärungen lieh die Bundesrepublik Frankreich ihre Unterstützung bei der Verhinderung der projektierten Freihandelszone. Diese Entscheidung war rein politisch motiviert, und sie war ausgesprochen anti-englisch[3]). Frankreich selbst fürchtet eine Freihandelszone seines eigenen wirtschaftlichen „Untergewichts" wegen. Die in den Besprechungen zwischen Adenauer und de Gaulle beschlossene Verstärkung der deutsch-französischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist für Paris von größtem Interesse. Denn das deutsche Kapital hilft heute in einem ganz wesentlichen Maße zur Sanierung der französischen Wirtschaft. Dafür unterstützt de Gaulle die Intransigenz Adenauers in der deutschen Frage — ein wahrhaft vorteilhaftes Geschäft für Frankreich.

Von besonderer Bedeutung sind die gemeinsamen französisch-deutschen Pläne zur Ausbeutung der Erdöl-Vorkommen in der Sahara. In ihr sieht man in Paris die entscheidende Voraussetzung für die wirtschaftlich-politische „Erneuerung" Frankreichs. So ist heute bereits die Bundesrepublik wirtschaftlich,

---

[2]) Die Züricher Tat meldete am 2. Februar aus Bonn: „Paris scheint auf Experimente solcher Art schon darum ganz und gar nicht erpicht, weil das gaullistische Regierungsteam noch weniger als die Regierungen der Vierten Republik ein besonderes Bedürfnis empfindet, am deutschen Status quo zu rütteln, ganz abgesehen davon, daß es Wert darauf legt, Adenauer zu unterstützen, um durch solchermaßen betonte Solidarität mit der Bundesrepublik deren Wirtschafts- und Finanzkraft für den französischen Wiederaufbau besser mobilisieren zu können ..." Dr. Adenauer selbst wird nicht müde, den Franzosen zu versichern, daß sie von ihm keine deutsche Wiedervereinigungs-Politik zu befürchten haben. Er erklärte am 6. Februar in einem Interview mit dem französischen Fernsehen (das von der französischen Regierung kontrolliert wird): „Es wird auf keinen Fall zu einer Zusammenkunft zwischen beiden Deutschland kommen. So groß unser Wunsch nach der Wiedervereinigung auch sein mag, so halten wir doch zuerst an der westlichen Einheit fest. Wir wünschen ein allgemeines Abkommen unter Beteiligung des Westens." Die gegenwärtige Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich sei „dauerhaft und endgültig".

[3]) Der dem Kanzler nahestehende „Rheinische Merkur" bereitete diese Entscheidung für de Gaulle und gegen England durch eine systematische anti-englische und pro-französische Kampagne vor. Es wurde vor allem versucht, den Deutschen die „Unzuverlässigkeit" Englands zu suggerieren, der die „Treue" Frankreichs gegenübergestellt wurde. Das erinnerte gelegentlich beinahe an die früheren deutsch-nationalen Slogans vom „perfiden Albion" ...

indirekt auch politisch in Nordafrika engagiert. Das aber heißt: sie deckt noch mehr als bisher schon die französische Algerien-Politik. Denn die unbedingte Ablehnung jeder Unabhängigkeit Algeriens auch durch de Gaulle geht in erster Linie auf das erwähnte Erdöl-Interesse zurück. Indirekt hatte Bonn schon bisher den französischen Kampf gegen die algerische Freiheitsbewegung unterstützt. Der größte Teil der französischen Nato-Truppen aus der Bundesrepublik wurde nach Nordafrika verlegt und in diesem mörderischen Krieg ohne Ende eingesetzt. An die Stelle der französischen Nato-Truppen traten deutsche. Durch das wirtschaftliche Engagement aber wird die Bundesrepublik nun auch direkt in den furchtbaren circulus vitiosus der französischen Algerien-Politik hineingezogen.

Aber noch ganz unabhängig von diesen Hypotheken: in Europa selbst wird die enge deutsch-französische Wirtschaftsgemeinschaft bereits beargwöhnt. Nicht nur in England. Die dem linken Flügel der Democrazia Christiana nahestehende große Mailänder Tageszeitung Il Giorno schrieb Anfang Februar, die „mehr oder minder stillschweigende Übereinkunft zwischen Frankreich und Deutschland" steuere darauf hin, „das wirtschaftliche Leben Europas zu monopolisieren und Italien davon auszuschließen". Solche Befürchtungen sind symptomatisch: am Horizont Europas taucht bereits das Gespenst einer deutsch-französischen Wirtschafts-Hegemonie auf, die unzweifelhaft auch eine politische und militärische Hegemonie bedeuten würde.

Schon heute ist die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit ergänzt durch eine rüstungspolitische Partnerschaft, die wie jene auf beiden Seiten nicht ohne Hintergedanken ist. Der General de Gaulle hat aus seiner Absicht nie ein Hehl gemacht, das politische und wirtschaftliche Manko seines Landes zu „kompensieren" durch eine nationale Atomwaffenpolitik. In demselben Augenblick, da die anderen Großmächte sich in offiziellen und inoffiziellen Gesprächen über eine Beschränkung des Atomwaffen-Wettlaufes der Völker befinden, strebt das „neue" Frankreich offen den Bau eigener Atomwaffen an. Damit wird zwar keines der wirklichen politischen und wirtschaftlichen Strukturprobleme dieses Landes gelöst — aber es wird von diesen Strukturproblemen, an denen Frankreich schwer trägt, abgelenkt. Diese sowohl im national-französischen wie im europäischen und im weltpolitischen Sinne verhängnisvolle „Flucht in die Rüstung" wird nun aber in Bonn durchaus nicht ungern gesehen. Denn der Atomwaffen-besessene General de Gaulle gilt dort als der Pate auch der deutschen Atomrüstung. Sollte eines Tages Frankreich, mit deutscher wirtschaftlicher und technischer Hilfe, „seine" Atom-Bombe entwickelt haben, so kann Bonn erklären, nun brauche selbstverständlich die Bundesrepublik auch eine solche Vernichtungswaffe, damit innerhalb der Nato das Gleichgewicht der Kräfte sich nicht verändere . . . Auf rüstungstechnischem Gebiet ist die deutsch-französische Zusammenarbeit sowohl auf dem Gebiet der konventionellen wie der atomaren Waffen bereits sehr eng[4]). Die Experimente in dem von beiden Staaten gemeinsam unterhaltenen Institut in St. Louis im Oberelsaß, nahe Basel, werden sorgfältigst geheim gehal-

---

4) Bundesverteidigungsminister Strauß erklärte am 6. Februar: Die Rüstungsaufträge der deutschen Bundeswehr für Frankreich erreichen die Summe von 1 Milliarde DM. Für 650 Millionen DM sind bereits Aufträge erteilt, für weitere Aufträge in Höhe von 350 Millionen DM wird zur Zeit verhandelt. Gemeinsame deutsch-französische Projekte sind: ein Hubschrauber, ein Transportflugzeug und der sogenannte „europäische Panzer" (Anmerkung: wahrhaftig ein Sinnbild dessen, was Herr de Gaulle und Herr Adenauer unter „Europa" verstehen . . .), dessen Prototyp in der ersten Hälfte des Jahres 1960 fertig sein soll. Dieser etwa 30 Tonnen schwere Panzer soll in zwei Typen gebaut werden, einmal als Kanonenpanzer und zum anderen als Sturmgeschütz.

ten und haben schon ein vollauf berechtigtes Mißtrauen in verschiedenen europäischen Ländern hervorgerufen[5]).

Wir sprachen davon, daß Bonn und Paris Zeit gewinnen wollen. Weil beide ein nationalpolitisches fait accompli anstreben. Paris wünscht die wirtschaftliche Sanierung Frankreichs durch die Ausbeutung der Sahara sichergestellt (was wiederum eine vorerst in weiter Ferne liegende Befriedung Algeriens voraussetzt) zu sehen und es möchte erst die eigene Atombombe in der Hand haben, ehe es bereit ist, über eine Veränderung des Status quo in der Weltpolitik wirklich zu diskutieren. Darum fürchtet de Gaulle vor allem eine Disengagement-Konzeption, die, im Interesse der allgemeinen Entspannung und des Friedens in Europa, auch Frankreich einbeziehen und ihm einen vernunftbegründeten Verzicht auf seine ehrgeizig-blinden Pläne nahelegen würde. Für Bonn wiederum ist die französische Rüstungs-Politik das Alibi für die eigene ... So ist die heutige westeuropäische Allianz nicht der Anfang einer konstruktiven europäischen Friedenspolitik, sondern ein Zweckbündnis zwischen dem französischen Neo-Nationalismus und der Bonner Teilstaat-Interessenten.

Für die angebliche „deutsch-französische Verständigung" war seit 1949 dem Bundeskanzler kein Opfer zu gering. (Wir erinnern nur daran, wie freigebig er in der Saar-Frage war . . .). Jahr für Jahr hat er dem dahinsiechenden Frankreich der 4. Republik Konzession um Konzession gemacht, nur um die Bundesrepublik ganz fest, unauflöslich an dieses Frankreich zu binden — so fest nämlich, daß eines Tages eine deutsche Wiedervereinigung überhaupt unmöglich sein sollte. Die 4. Republik ist ruhmlos zusammengebrochen. Als ihr Konkursverwalter fungiert heute der Präsident der 5., der bereits wieder mitten im Widerstreit der partikularen Interessen steht, die seine nationalistischen Beschwörungs-Formeln nicht schlichten, höchstens vorübergehend verdecken können. Der graue Alltag des mit soviel mythischer Erwartung begrüßten Regimes de Gaulle hat begonnen. Daß es ein bloßes Interim sein wird, weiß jedermann. Den Ausgang des Interims kennt niemand. Das Algerien-Problem ist heute von einer Lösung genau so weit entfernt wie vor der Machtübernahme de Gaulles. Was aber wird, wenn selbst dem General eine Befriedung nicht gelingt? Die neue Wirtschafts- und Sozialpolitik — seit 1. Januar 1959, mit der Einführung der Konvertibilität des Franc — fordert vor allem von den Lohnempfängern große Opfer. Diese Politik auf Kosten des „kleinen Mannes" bestätigt nur, daß der General de Gaulle das Gesetz erfüllt, nach dem er angetreten: der Großsiegelbewahrer der Interessen der französischen Großbourgeoisie zu sein. Die Arbeiterschaft ist von der Regierung, ja nahezu von der Mitsprache im Parlament ausgeschlossen[6]). Die sozialistische Partei zerfällt, nachdem Herr Mollet sie Mal um Mal an die Rechte verraten hat. Die Gefahr faschistischer Umtriebe scheint zwar im Augenblick gebannt, aber die Herde dieser Gefahr existieren weiter, und je mehr sich das Prestige des „Retters" de Gaulle abnutzt, je weniger er es vermag, wirklich strukturell entscheidende Reformen gegen das Heer

---

5) Vor allem in England haben warnende Stimmen darauf hingewiesen, daß nach dem Buchstaben des Deutschland-Vertrages eine eigene Atomwaffen-Produktion der Bundesrepublik nur insoweit verboten sei, als diese auf „deutschem Boden" stattfindet. Eine gemeinsame französisch-deutsche Atomwaffen-Produktion in St. Louis also würde „formell" nicht einmal gegen jenen Vertrag verstoßen . . . In der Labour-Partei wurde mehrfach die Meinung geäußert, diese Produktion sei bereits im Gange.

6) Durch das neue Wahlgesetz wurden vor allem die Kommunisten um einen Sitz-Anteil geprellt, der ihrem Stimmen-Anteil in etwa entspräche. Hatten sie 1956 mit 25 Prozent der Stimmen 143 Sitze im Palais Bourbon erhalten, so gewannen sie 1958 mit 20 Prozent der Stimmen nur noch — 10 Sitze. Sogar die ausgesprochen frankophilen rechtsliberalen Basler Nachrichten meinten am 1. Dezember 1958: „Man muß aber als unbefangener Beobachter vor allem mit großen Bedenken feststellen, daß die Arbeiterschaft im Palais Bourbon jetzt untervertreten ist, was uns kein gutes Omen zu sein scheint."

von Interessenten durchzusetzen, desto näher rückt die Alternative: Faschismus oder Kommunismus. Zu Hoffnung ist kein Anlaß, denn auch das Regime de Gaulle ist bisher nichts als ein System von Aushilfen, von Improvisationen, und es ist darum nur noch problematischer als das frühere der 4. Republik, weil es den Mythos der „Erneuerung", einen romantischen Nationalismus züchtet, ohne eine nüchterne, substantielle Erneuerung gemäß den Notwendigkeiten des 20. Jahrhunderts in Aussicht stellen zu können. Heute regiert de Gaulle mit der gemäßigten Rechten gegen die extreme Rechte. Wer weiß, ob nicht übermorgen die extreme Rechte gegen de Gaulle regieren wird. In der Hand eines solchen französischen Faschismus wäre dann die Atombombe, die das Regime de Gaulle heute seinem Volk als ein Surrogat für die Lösung aller französischen Lebensprobleme verheißt. Was ein atomwaffen-bestückter französischer Faschismus für Europa und für den Weltfrieden bedeuten würde, braucht hier kaum noch betont zu werden.

Die Bundesregierung erklärt heute stolz, es sei ein Beweis der unverbrüchlichen deutsch-französischen Freundschaft, daß Frankreich die „harte" Berlin-Politik Adenauers unterstütze. Nun, wir haben darauf hingewiesen, werden Vorteil aus diesem Bündnis zieht. Nicht das deutsche Volk und nicht das französische Volk, sondern das Regime Adenauer und das Regime de Gaulle. Daß aber das letztere keineswegs gesonnen ist, die entscheidende wirtschaftliche und politische Unterstützung wirklich zu honorieren, die Bonn ihm bietet, zeigt schon der noch immer aufrechterhaltene französische Vorschlag, innerhalb der Nato ein Dreier-Direktorium zu errichten, dem die USA, Großbritannien und Frankreich, nicht aber die Bundesrepublik angehören sollen. So bedient sich die Regierung des Generals westdeutscher Hilfe, um den französischen Nationalismus zu fördern, und läßt gleichzeitig schon ihre Absicht erkennen, Westdeutschland innerhalb des westlichen Bündnisses auf alle Fälle zu majorisieren . . .

Das ist die Wirklichkeit der Adenauerschen Frankreich- und Europa-Politik im Jahre 1959. Wie überall hat auch hier die Demaskierung begonnen. Kaum jemals dürften politische Konzeptionen so pervertiert worden sein wie in diesem Falle. „Europa" und „deutsch-französische Verständigung" waren für den Bundeskanzler nur die Tarnformel für seine von Anfang an konsequente Teilstaatpolitik. Und die „deutsch-französische Freundschaft" ist für das Frankreich General de Gaulles nur das Mittel zum Zwecke der Befriedigung eines irrealen, aber darum besonders gefährlichen, blind-nationalen Ehrgeizes.

So wird man als Europäer und als Deutscher dieses deutsch-französischen Bündnisses nicht nur nicht froh sein können, sondern man wird es um des Friedens und der Freiheit willen von dem „schönen Schein" befreien müssen, den eine lügnerische Propaganda geschaffen hat. Erst in einem von den Hypotheken des Kalten Krieges freien Europa sind eine wirkliche französische „Erneuerung" und eine wirkliche deutsche „Wiedervereinigung" möglich. Beides braucht sich nicht auszuschließen, sondern kann einander ergänzen zu einer Erneuerung Europas. Das Interesse der Regierung Adenauer ist nicht das Interesse des deutschen Volkes, und das Interesse des Regimes de Gaulle nicht das Interesse des französischen Volkes. Die Freundschaft der Völker ist etwas anderes als die Komplizenschaft der Regierungen. Die „Unterstützung" der „Bundesrepublik" durch „Frankreich" besteht heute darin, daß die französische Regierung ganz bewußt die „deutsche" Politik unterstützt, die die deutsche Wiedervereinigung verhindert und jede militärpolitische Entspannung ausschließt. Und

dafür — bezahlt die Bundesrepublik noch mit Wirtschafts-Hilfen, rüstungspolitischer Arbeitsgemeinschaft etc. . . . So blockiert heute die Achse Bonn—Paris die Verständigung zwischen Ost und West. Das ist keine Nebenerscheinung, kein Zufall — sondern es ist wahrhaftig die „Sinnerfüllung" dessen, was Herr Adenauer unter „Europa"-Politik versteht.

Dr. Hans Magnus Enzensberger

Europa gegen die Bombe

Vom 16. bis 18. Januar 1959 hat in London der erste Europäische Kongreß gegen Atomrüstung stattgefunden. Die englische Campaign for Nuclear Disarmament (unter dem Vorsitz von Lord Russell und Kanonikus Collins) und das deutsche Komitee gegen Atomrüstung hatten zu dieser Veranstaltung gemeinsam eingeladen. Sie verlief in einer Atmosphäre nüchterner Entschlossenheit; von Hysterie und Fanatismus, Eigenschaften, welche die Gegner der Bewegung ihr nachzusagen nicht müde werden, war keine Andeutung zu spüren. Sie brachte keine Sensationen, sondern handfeste Berichte und Diskussionen. Sie lenkte die Aufmerksamkeit der englischen Öffentlichkeit auf ihre Arbeit; die faire und ausführliche Berichterstattung in der englischen Presse, im Rundfunk und im Fernsehen verdient erwähnt zu werden; wie sich ein angesehenes deutsches Blatt aus London berichten lassen konnte, der Kongreß sei unbeachtet geblieben, bleibt unerfindlich, wenn man nicht unterstellen will, daß die Fairneß der deutschen Presse stark zu wünschen übrig läßt. Die Londoner Veranstaltung brachte ein greifbares Resultat: die Gründung eines permanenten Europäischen Komitees gegen Atomrüstung, und eine Fülle von Informationen für alle ihre Teilnehmer.

Die meisten Delegierten stellten zu ihrer freudigen Überraschung fest, daß sie jenseits der Grenzen ihrer Länder starke Bundesgenossen besitzen. Außer Deutschen und Engländern waren auf dem Kongreß Österreicher, Schweden, Norweger, Schweizer, Holländer, Belgier und Franzosen vertreten. Die eindrucksvollste Rede, die auf dem Kongreß zu hören war, ist wohl der völlig sachliche, unpathetische Erfahrungsbericht gewesen, den die Vertreterin der „Aktionsgruppen mot Svensk Atombomb" aus Stockholm vorlegte. Ihm war zu entnehmen, daß es in Schweden einer kleinen Minderheit von klardenkenden Leuten gelungen war, die Öffentlichkeit gegen die Pläne des schwedischen Generalstabs zu mobilisieren, der die Herstellung und Erprobung von Kernwaffen auf schwedischem Territorium wünschte. Eine entsprechende Vorlage zur Bewilligung von Entwicklungskosten kam im vergangenen Jahr vor das Parlament. Der Druck der Öffentlichkeit hat sie zu Fall gebracht. Die Aktionsgruppe wird auch in Zukunft die Interessen der Demokratie gegen die der Militärs verteidigen. Daß es möglich ist, in einer solchen Auseinandersetzung zu siegen, hat das schwedische Beispiel bewiesen. Es ist deshalb von erstrangiger Bedeutung. Auch in der Schweiz sind die Aussichten für die Gegner der Atombewaffnung nicht

ungünstig, da die Schweizer Verfassung den Volksentscheid zuläßt. Einen solchen werden die Atomrüstungsgegner ohne Zweifel erzwingen.

Am ungünstigsten sieht demgegenüber die Lage in Frankreich aus. Die französischen Delegierten konnten kaum mehr als Grundsatzerklärungen vorbringen. Die Aktionsgruppen, darunter besonders die „Ligue contre l' Armement Atomique", befinden sich noch in den ersten Stadien der Organisation. Das Algier-Problem und die innerpolitischen Auseinandersetzungen scheinen die politischen Kräfte der französischen Öffentlichkeit, soweit sie überhaupt noch intakt sind, derart zu absorbieren, daß sie dem bevorstehenden Eintritt der Nation in den Klub der Selbstmörder apathisch zusieht. Frankreich ist heute, mehr noch als selbst die Bundesrepublik, der neuralgische Punkt in der europäischen Kampagne gegen die Atomrüstung geworden. Es ist dringend zu hoffen, daß die europäische Initiative den Gegnern der Bombe in Frankreich ohne Verzug zu Hilfe kommt. Die Folgen eines „Aufstiegs" Frankreichs zur Atommacht wären gerade unter dessen gegenwärtigem Regime unabsehbar.

Eine Zwischenstellung nehmen die englischen und deutschen Bewegungen gegen die Bombe ein, die die größten Gruppierungen ihrer Art auf dem Kontinent sind. Die Überraschung beider Gruppen über ihre Stärke und Schlagkraft war gegenseitig. Ihre Probleme unterscheiden sich insofern voneinander, als es den Engländern um die Abschaffung, den Deutschen um die Verhinderung der Atombewaffnung ihrer Länder geht. Gleichwohl ist eine enge Zusammenarbeit möglich und geboten. Ein Beispiel hierfür ist der Fall Dortmund, der während der Tagung des Kongresses bekannt wurde. Sofort wurde von den englischen Partnern eine Lobby zur Beeinflussung des Unterhauses und das Eingreifen sympathisierender Abgeordneter gegen die Entscheidung der englischen Regierung organisiert. Gerade in solchen Fällen wird das Europäische Komitee in Zukunft wirksam handeln können. Wie sein vorläufiger Präsident in seinem Vorschlag zeigte, wird seine Aufgabe darin bestehen, der gemeinsamen Rüstungspolitik der europäischen Regierungen von oben her eine gesamteuropäische Opposition von unter her entgegen zu setzen. Ein solches Instrument verspricht auch Erfolg im Kampf gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Die Widerstände, die dagegen in der Öffentlichkeit zahlreicher Nato-Länder bestehen, sind ja bekannt. Vor etwa einem Jahr war zum Beispiel die norwegische Regierung in ernsthafte Schwierigkeiten geraten, weil die Mehrheit der Regierungspartei im Storting sich gegen eine solche Bewaffnung und damit gegen den berüchtigten Nato-Plan zur Anlage von Raketenbasen in Europa aussprach. Die unter dem Druck der Wähler zustandegekommenen Resolutionen, die einen Einspruch Norwegens in Paris forderten, konnten nur durch verzweifelte taktische Manöver von der Regierung abgewürgt werden. Geblieben ist der latente Widerstand der öffentlichen Meinung in vielen europäischen Ländern. Ihn wird das Europäische Komitee zu aktivieren haben.

Eine weitere Aufgabe des Komitees wird der Austausch von Informationen sein. Auch hierfür bot der Londoner Kongreß Beispiele, die zeigten, was in dieser Hinsicht zu erreichen ist. Unter den Teilnehmern befand sich beispielsweise Prof. Rotblat, Mitglied der Pugwash-Konferenzen, der über Informationen aus erster Hand verfügt, welche die Wirkungen von Atomwaffen und die technischen Aspekte der Abrüstung betreffen. Unbekannte und wenig bekannte Einzelheiten über die biologischen und genetischen Auswirkungen der Bombentests legte dem Kongreß auch die englische Biologin Antoinette Pirie aus Oxford vor. Sie belegte mit einer Fülle von Einzelheiten ihre These, daß die offizielle Propaganda die erwiesenen Schädigungen systematisch verharmlost oder ver-

schweigt und daß die Pläne der Behörden zum Schutz der Zivilbevölkerung, insbesondere die Projekte zu deren Evakuierung, glatter Humbug sind. Sie wies auch auf die viel zu wenig erörterte Frage der Beweislast hin und vertrat mit guten Gründen die Meinung, daß es die Sache derer sei, die die Versuche befürworteten, zu beweisen, daß keine schwerwiegenden Schäden eintreten. Diese Beweislast lasse sich keineswegs den Gegnern der Tests zuschieben. So lange die Forschung nicht in der Lage sei, Fragen der Strahlenschädigung eindeutig zu klären (und dieser Fall sei im Hinblick auf die genetischen Folgen gegeben), so lange sei eine Fortsetzung der Versuche nicht vertretbar.

Schließlich wurden auch die grundsätzlichen Fragen, welche die Atomrüstung aufwirft, eingehend diskutiert. Bertrand Russell legte seine Pläne zu ihrer Lösung vor; Robert Jungk wies auf die innerpolitischen Folgen hin, die allein der Besitz der Bombe nach sich ziehe, und begründete seine These, derzufolge Kernwaffen mit dem Wesen der Demokratie unvereinbar seien; der Bischof von Llandaff und Kanonikus Collins gaben eine theologische Grundlegung ihrer Gegnerschaft gegen die atomare Rüstung; der Philosoph Günter Anders legte dem Kongreß seine mit äußerster Schärfe formulierten Gedanken über die Bombe als außenpolitische Version des Totalitarismus dar, die dem Leser dieser Zeitschrift bekannt sind. Der englische Schriftsteller J. B. Priestley faßte diese Überlegungen in einem Satz zusammen, der den Vorzug hat, auch dem einfachsten Gemüt einzuleuchten: „Wer diese Waffe in der Hand hat, kann nicht mehr richtig denken; er denkt krumm."

Das krumme Denken verfügt über mächtige internationale Organisationen, die dazu dienen, es in krummes Handeln umzusetzen. Das Europäische Komitee gegen Atomrüstung verfügt über den Beistand sehr vieler Köpfe aus vielen Ländern, die dieser Bedrohung gemeinsam ausgesetzt sind. Es sind Physiker, Biologen und Ärzte, Philosophen, Theologen und Schriftsteller darunter. Besonders wichtig ist die große Zahl von Gewerkschaftlern, die seine Arbeit unterstützen. Viele Leute, denen es offizielle Positionen verbieten, sich zu exponieren, sympathisieren mit seinen Zielen und unterstützen es. Das Komitee wird viel Zähigkeit und Phantasie brauchen, wenn es sein Aufgabe erfüllen soll. Es ist außerdem auf die Hilfe aller angewiesen, die in der Lage sind, es zu stärken und zu fördern.

Dr. Hermann Etzel

Die Revision der US-Politik, ihre Anzeichen und ihre Gründe

Am politischen Wendekreis Scheinwerfer auf Berlin, Deutschland, Europa

Die internationale und die Deutschlandpolitik sind wie der meteorologische Kreislauf im Begriff, in den Wendekreis einzutreten, genauer gesagt, sie haben ihn bereits erreicht. Die Alternative stellt sich in voller Schärfe: entweder Verständigung, Koexistenz und Zusammenarbeit von Ost und West oder Inferno

der Vernichtung durch atomare, nukleare und, wie die neuesten wissenschaftlichen Andeutungen über das Botolinus-Toxin befürchten lassen, bakteriologische Viren und chemische Gifte.

Die Schwerpunkte der östlichen Initiativen sind wieder verlegt. Das grelle Flutlicht ihrer Scheinwerfer liegt unerbittlich auf Berlin, Deutschland, Europa. Der Ferne Osten, wo sich das Verhältnis zwischen Moskau und dem den sowjetischen Ranganspruch im kommunistischen Lager jetzt voll anerkennenden Peking ständig weiter vertieft, und der Nahe Osten, wo sich das Einvernehmen zwischen Moskau, Kairo, Bagdad trotz des einen oder anderen scheinbaren Gegenzeichens und der persönlichen Rivalität zwischen K a s s e m und N a s s e r verstärkt und die bisherigen Ergebnisse der sowjetischen Politik befestigen und weiterentwikkeln, sind abgeblendet auf die Rückseite der internationalen Drehbühne gerückt. Von den Inseln Quemoy und Matsu ziehen beträchtliche Teile der nationalchinesischen Besatzung in aller Stille ab, ein Erfolg der volkschinesischen Kanonaden. Es ist absurd, aus der Abwesenheit M a o s und des führenden chinesischen Parteiideologen bei dem 21. Kongreß der KPdSU auf ernste Spannungen im Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Volkschina schließen zu wollen. Das sind, wie die neuerliche, unmittelbar nach dem Kongreß gewährte wirtschaftliche und technische Hilfe der Sowjetunion für China im Werte von fünf Milliarden Rubel beweist, törichte Wunschträume. Da sich C h r u s c h t s c h o w ganz augenscheinlich die Aufgabe vorbehalten hatte, auf der Parteitagung als Lehrer, Ausleger und Großsiegelbewahrer der kommunistischen Ideologie aufzutreten, wäre die Anwesenheit Maos, der sonst eine ähnliche Rolle spielt, überflüssig, unangebracht, stilwidrig, wahrscheinlich eine Zumutung gewesen. Es war eine Frage des persönlichen und politischen Taktes, nicht da zu sein. Ebensowenig deuten teils angebliche, teils unklare Maßnahmen der Vereinigten Arabischen Republik gegen die Kommunisten auf eine Abkühlung des Verhältnisses zwischen Kairo und dem Osten. Nasser stützt sich in der Innen- und Außenpolitik auf seine Einheits- und Staatspartei. Neben ihr ist für andere Parteien kein Raum. Duldete er die Kommunisten, dann müßte er auch andere Parteien zulassen. Überdies fügten sich die Maßnahmen gut in die berechnete Beschwichtigungspolitik Ägyptens gegenüber dem Westen. Der Festigung des östlichen Einflusses steht eine Verschlechterung der Beziehungen Kairos zu Bonn gegenüber, das sich offensichtlich zurückgesetzt und mißachtet fühlt. Darum wird, bezeichnend genug, auch die große Kriegsmarinewerft in Alexandria gegen den westdeutschen Wettbewerb von der Sowjetunion gebaut, die ebenso bei dem neuen Assuandamm ungeachtet weitgehender Hilfen und verlockender weiterer Angebote Bonns in der Vorhand ist. G r o t e w o h l hatte bei seinem Besuch einen sogenannten Großen Bahnhof in Kairo. Die DDR wurde de facto anerkannt. Die förmliche diplomatische Anerkennung unterblieb vorerst noch aus taktischen Erwägungen mit Seitenblick auf Israel, dessen Anerkennung durch Bonn von den Arabern, auch vom Irak, verhindert werden will. Das von den neuen afrikanischen Konferenzen und Föderationen umdrängte Äthiopien kann keinen Ausgleich für die westdeutschen Fehlschläge in der VAR bieten. Die Nachricht, daß eine sowjetische Delegation unter Führung eines Ersten Stellvertretenden Außenministers auf Einladung des Schahs nach Teheran reiste, rundet das Bild. Die Anwesenheit der Sowjets in der persischen Hauptstadt wird von Washington für so bedeutungsvoll gehalten, daß auch es eine Delegation unter dem ehemaligen Generalstabschef R a d f o r d dahin entsandte.

Der Druck des Ostens auf die starre, schematische Politik des Westens nimmt zu. Zentralfiguren der Bonner Regierung, deren allgemeine Machtabnützung be-

gonnen hat, sehen sich — es darf auf die Ausführungen Mikojans gegen den Bundeskanzler und den Verteidigungsminister vor dem National Press Club in Washington und bei dem Bankett der Dänisch-Sowjetischen Gesellschaft in Kopenhagen hingewiesen werden — aufs Korn genommen. Die Sowjetunion hat nach dem Hornsignal Chruschtschows vom 10. November im Moskauer Sportpalast am 27. November mit ihrer Berlin-Note und am 10. Januar mit ihrem Friedensvertragsvorschlag für Deutschland zwei wuchtige Stöße gegen die westdeutsche Aufrüstung, die Errichtung von Abschußbasen für Mittelstreckenraketen, die Anfänge einer Art westdeutscher Machtpolitik, im ganzen gegen das westeuropäische Zernierungssystem multilateraler militärpolitischer Bündnisse geführt. Der Prospekt ist seit dem 2. Januar, dem Tage der sowjetischen kosmischen Rakete noch heikler geworden.

Der sowjetische Berlin-Blitz hat den Westen aufgescheucht. Zunächst einigte er sich in Paris auf ein grundsätzlich-theoretisches Nein, erklärte aber die Bereitschaft zum Verhandeln über das ganze Deutschlandproblem und die Frage der Sicherheit in Europa, da er sich offensichtlich klar darüber war, wie schwach seine Stellung politisch und strategisch in Berlin ist und wie schwer und gefahrvoll es sein würde, zu seinem Nein nach Ausführung der sowjetischen Ankündigung auch praktisch zu stehen. Zunächst meinte Washington, Westberlin werde „notfalls verteidigt" werden. Mikojan reagierte sofort: Wenn der Westen zur Sicherung seiner Zugangswege nach Berlin Gewalt anwende, so werde „Gewalt mit Gewalt beantwortet" werden. Nach Mikojans Besuch schaltete Washington auf weichere Langwelle um und sagte nur noch: „Ein Aufgeben der Rechte der drei Westmächte in Berlin kommt nicht in Frage." London seinerseits dachte fürs erste an ein neuerliches Luftbrückenprojekt, erklärte sich aber gegen jede Anwendung von Gewalt und zog sich auf das Pariser Communiqué der westlichen Außenminister vom 14. Dezember zurück, das besagte, daß die Westmächte entschlossen seien, ihre Rechte in Berlin einschließlich des Zugangs dorthin zu behaupten. Wer will hier wessen Gesicht wahren?

Revision der US-Außenpolitik
Ihre Anzeichen

Die Berliner Zeitbombe tickt, gleichviel, was von den Andeutungen zu halten ist, Mikojan habe bei seinem Besuch nicht gedroht, sondern den Eindruck hinterlassen, daß die Berlin-Note kein wirkliches Ultimatum ist, und durchblicken lassen, der Kreml könnte vielleicht Uno-Beobachter in einer Freien Stadt Westberlin akzeptieren und einer Verlängerung der Sechsmonatefrist zustimmen, wenn eine echte Verhandlungswilligkeit des Westens sichtbar wird. Amerika weiß das und gibt sich gewiß Rechenschaft darüber, daß der östliche Archimedes am längeren Hebelarm sitzt, sich entschlossen zeigt, am Rande des Krieges zu wandern, und darauf verzichten kann, Initiativen nur der Propaganda und des Bluffs zu unternehmen. Darum hat es seine schon vorher angestellten Überprüfungen der Grundlagen seiner Außenpolitik seit der Sportpalastfanfare Chruschtschows beschleunigt und verstärkt. Es war rasch entschlossen, die konzentrierte Dynamitladung der sowjetischen Berlin-Note entschärfend auf die diplomatische Ebene zu leiten. Die US-Politik will aus den erstarrten Positionen des Kalten Krieges heraus, sie will größere Geschmeidigkeit und Verhandlungen. Vor allem in der deutschen Frage will sie neue Gedanken entwickeln. Die Zeit der Unbeweglichkeit müsse von ernsthaften Überlegungen, offener Diskussion und einem erhöhten Vertrauen abgelöst werden. Sie erwartet insbesondere auch eine Revision der

westdeutschen Haltung gegenüber Rußland. Sie will wissen, wie sich Bonn den Fortgang der diplomatischen Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion vorstelle. Die Ablehnung der russischen Berlin- und Deutschlandpläne müsse durch verhandlungsfähige westliche Argumente ergänzt werden, und zwar müßten diese auch als durch die Bundesregierung veranlaßt erscheinen. Bonn, das sich am liebsten hinter dem breiten Rücken der Amerikaner abschirmen und ihnen den Schwarzen Peter zuschieben möchte, sieht sich also ebensosehr einem wachsenden Druck der Sowjetunion wie einem solchen der amerikanischen Politik gegenüber.

Seit dem 27. November sind im State Department unter Federführung des Unterstaatssekretärs Murphy Arbeitsgruppen mit der Erstellung von Vorschlägen und Plänen beschäftigt, wie einer Verschärfung der Berlinkrise begegnet werden kann. Eisenhower seinerseits zieht den ehemaligen Botschafter in Moskau, Kennan, zu Rate, der weitgehend von der bisherigen offiziellen Linie des Außenministeriums abweicht und eine Politik des Disengagement in Europa vertritt. Murphy bewies in einer öffentlichen Rede Ende Januar weitgehendes Verständnis für die sowjetischen Befürchtungen wegen eines künftigen deutschen Aggressionsversuchs; er erklärte, die Vereinigten Staaten würden Rußlands Sicherheit gegen einen solchen Angriff garantieren. In dieser diplomatischen Formulierung stecken die Gedanken der entspannten Zone, der atomaren Nichtbewaffnung Deutschlands und der Schaffung eines Sicherheitspaktes in Europa. Ganz rückhaltlos hat sich Kennan unter dem Beifall vor allem der jüngeren Senatoren und Abgeordneten auch in öffentlicher Sitzung des Abrüstungsunterausschusses des Senats für eine militärische Entflechtung in Mitteleuropa als Lösung der deutschen Frage eingesetzt. Er forderte die Abkehr von einer Atombewaffnung der Bundeswehr, den Abzug der westlichen und sowjetischen Truppen aus Deutschland, die Herausnahme West- und Ostdeutschlands aus Nato und Warschauer Pakt und die Gewährleistung eines neutralisierten wiedervereinigten Deutschlands durch einen gesamteuropäischen Sicherheitspakt unter Beteiligung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Auch andere prominente Politiker wie Stassen und Warburg stimmen in der Frage der Bildung einer entmilitarisierten oder zumindest militärisch verdünnten Zone in Zentraleuropa überein. Sogar die Londoner Times plädiiert neuerdings für das Disengagement und sieht in einem Abkommen, das die Stärke und Bewaffnung der Streitkräfte auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs verringert und von Überwachungsorganen durchgeführt wird, den besten Weg zur notwendigen Entspannung. Es gebe, einschließlich einer Gipfelkonferenz mit den Sowjets, nichts, was die Vereinigten Staaten nicht tun würden, wenn es vernünftige Aussichten zur Erhaltung des Friedens in sich trüge, erklärte Dulles Ende Januar vor der Presse. Es sei an der Zeit, mit Moskau über die Hauptfragen in Europa zu diskutieren. Tags vorher hatte er bekannt, Amerika wäre entzückt, wenn sich die Eiswinde aus Moskau in warme Strömungen verwandelten. Daß er seiner Lyrik einige dramatische Akzente aufsetzte, nimmt nicht wunder. Er hat verschiedene Farben auf der Palette, auch giftige, er vermag zu variieren. Natürlich kann die Abschmelzung oder Abtragung einer in langen Jahren aufgetürmten politischen Antarktis nicht in einem raschen Einphasenverfahren erfolgen, und die Umbildung der bisherigen Komponenten des gesellschaftlichen und politischen Kräfteparallelogramms in Amerika und ihre Zusammenfassung zu einer neuen Diagonale brauchen Zeit. Auch das Interesse an der Wahrung des Gesichts erheischt Berücksichtigung im Zeitmaß. Aber die Tatsache der Überprüfung der US-Politik ist nicht mehr zu bezweifeln. Washington wird nicht weniges von dem verbren-

nen, was es bisher angebetet hat. Weil es, durch die Weltlage gezwungen, das muß.

Dulles zeigte sich nach der sowjetischen Berlin-Note nicht von vornherein abgeneigt, für den militärischen Zugang nach Westberlin verantwortliche Funktionäre der DDR als Beauftragte der Sowjets zu betrachten. Wenige Stunden nach dem Dezember-Nein der Natomächte in Paris wurde von Washington der bevorstehende Besuch Mikojans bekanntgegeben und begrüßt. Freie Wahlen in Berlin werden von Dulles nicht mehr als der erste Schritt und als der einzige, wennschon natürliche, Weg zur Wiedervereinigung erachtet. Jedenfalls könne man darüber, in welchem Stadium sie stattfinden sollen, durchaus verhandeln. Das war eine bündige und zwar überfällige, aber gleichwohl aufsehenerrengende Erklärung. Der Vorschlag einer von A d e n a u e r als Trojanisches Pferd gefürchteten Konföderation der beiden deutschen Staaten wird nicht mehr von vornherein und bedingungslos abgewiesen, sondern in den Bereich der Erwägungen einbezogen, wobei Amerika im Gegensatz zu England, das für eine nur sehr lose, lockere Verbindung eintritt, allerdings eher an eine Föderation, also einen Bundesstaat mit freien Wahlen und Zentralregierung als an einen Staatenbund zu denken scheint, der allein als erste Phase realistische Bedeutung hat. Auch der Manchester Guardian hat sich am 12. Januar für letztere Lösung ausgesprochen. Er schrieb: „Der Propagandawert einer kompromißlosen Forderung nach Deutschlands Wiedervereinigung einzig und allein durch freie Wahlen mag hoch sein, denn sie bringt Chruschtschow und U l b r i c h t in eine unangenehme Position. Ihr praktischer Wert aber ist gering, da es sich dabei um eine Sackgasse handelt. Ostdeutschland wird vielleicht durch einen allmählichen Übergang viel schneller freie Wahlen erhalten, wenn man das gegenwärtige Regime zunächst bestehen läßt. Wir sollten den indirekten Weg versuchen." Während Bonn zunächst überhaupt gegen jeden westlichen Gegenplan zu dem sowjetischen Friedensvertragsangebot, dann immerhin für „spätere" Vorschläge war, drängte Washington auf die Ausarbeitung eines eigenen westlichen Deutschlandplans. Jetzt hat sich Bonn in grundsätzlicher Verzögerungstaktik nur dazu bequemt, Gegenvorschlägen „in einer angemessenen Situation" zuzustimmen, ohne anzudeuten, was es darunter versteht und wann es den Eintritt einer solchen Situation bejahen würde. Bemerkenswert und vielleicht aufschlußreich sind die in letzter Zeit mehrfach von sowjetischer wie von amerikanischer Seite erfolgten Hinweise und Berufungen auf das Bündnis im Kriege gegen den Faschismus und Hitlerismus. Ebenso spricht die Haltung Amerikas auf den beiden Genfer Atomkonferenzen für seine Verständigungsbereitschaft. Als die Genfer Konferenz über die Einstellung von Atomwaffenversuchen gefährlich festgefahren war, hat es zusammen mit England durch die Erklärung der Bereitschaft, die Beratung der Beendigung der Kernwaffenversuche von der Frage der allgemeinen Abrüstung zu trennen, die Fortführung der Konferenz ermöglicht.

Was im besonderen den Besuch Mikojans in den Vereinigten Staaten anlangt, so dürfte davon auszugehen sein, daß schon seine Tatsache und die dabei geführten Geheimgespräche ein Zeichen des ernsthaften Beginns internationaler Verständigung waren. Natürlich ist keineswegs alles, was gesprochen wurde, in die Öffentlichkeit gelangt. Und wahrscheinlich dürfte Mikojan nicht mit völlig leeren Händen zum 21. Parteikongreß zurückgekehrt sein. Der Londoner Observer nannte den Besuch ein „höfliches und vernünftiges Vorspiel und den Beginn einer längeren Periode grimmiger Verhandlungen, wenn nicht sogar schon mehr". Im Hinblick auf die seitdem sichtbar gewordene Entwicklung ist man zu der Auffassung berechtigt: Sogar schon mehr. Denn im Außenpolitischen Ausschuß

des amerikanischen Senats haben nun die eine größere Elastizität der Politik fordernden Demokraten, unter ihnen die schärfsten Kritiker der bisherigen Dullespolitik, Fulbright und Mansfield, Vorsitz und Führung übernommen. Gegenüber elf Demokraten gehören ihm nur noch sechs Republikaner an. Fulbright ist der Unterstützung der Mehrheit sicher. Dulles muß sich fügen, wenn er bleiben und mit dem Ausschuß zusammenarbeiten will. Weder er noch Eisenhower kann gegen diesen regieren. Das ist die Wende. Sie trat nicht nur in Erklärungen Fulbrights und Mansfields, sondern auch in einer Denkschrift des Beratenden Ausschusses der Demokratischen Partei zutage, in der gegenüber den Vorkehrungen für die Atommacht und Festung Amerika den Verbündeten in Europa nur eine nachgeordnete Aufgabe zugedacht wird. Es heißt darin: „Erst an zweiter Stelle kommt der Aufbau der verbündeten Streitkräfte in Europa, die dazu bestimmt sind, kleinere Angriffe oder Bedrohungen abzuwehren."

Ihre Gründe

Die Revision der amerikanischen Außenpolitik hat in schwerwiegenden Veränderungen und harten Tatsachen der internationalen Lage ihren Grund. Realitäten, die für die Haltung und Entschlüsse der Menschen immer die entscheidenden Antriebe bilden, haben die lange Jahre schematisch erstarrte Politik der Vereinigten Staaten gelöst, zur „qualvollen Überprüfung" geführt und nach den eigenen Worten des Außenministers Dulles zu wichtigen Entscheidungen und dazu gezwungen, mit Bedingungen an den Konferenztisch zu gehen, die „einige der ganz elementaren, einfachen Fakten des Lebens realistisch berücksichtigen." Ihr Druck verstärkt sich unaufhaltsam, die Bewegung beschleunigt sich, die Ereignisse beginnen sich zu überstürzen, wie es immer der Fall ist, wenn Unverstand und Starrsinn sich einer doch unausweichlich gewordenen Entwicklung entgegenzustemmen versuchen. Dann drohen die gestauten Massen und Kräfte über die Ufer zu treten. London und Ottawa waren früher zur Einsicht gelangt. Jetzt wirken sie als Katalysatoren im Prozeß der internationalen Umwälzung. Noch haben die Vorgänge nicht den Charakter einer Torschlußpanik, einer Lage sauve qui peut angenommen, aber sie sind sensationell, für die Betroffenen alarmierend: Dulles auf Blitzreise in Europa, um sich mit den drei Verbündeten abzusprechen, unter denen sich zwei störrische befinden — die sowjetische Sechsmonatsfrist hat den Verbündeten Zeit genug gelassen, sich zu entzweien —, Macmillan mit Selwyn Lloyd zu einem Daueraufenthalt nach Moskau, dazu eine Außenminister- oder sogar Gipfelkonferenz in Sicht. „Nachbarin, Euer Fläschchen!" könnte da Bundeskanzler Adenauer zu Marianne sagen. Aber die Nachbarin hat ihre eigenen Gedanken, Sehnsüchte und Pläne im Kopf.

Und nun zu den ganz einfachen, elementaren Fakten, von denen Dulles gesprochen hat.

Die waffentechnische und bakteriologisch-chemische Entwicklung hat eine strategische Revolution herbeigeführt und Rolle und Bedeutung der Infrastrukturen und vorgeschobenen militärpolitischen Positionen wesentlich vermindert, ja in eine Lebensgefahr für ihre Unterhalter und Dulder verkehrt. Sie macht jeden Versuch, ideologische oder machtpolitische Gegensätze durch einen Krieg auszutragen, zu einem sinnlosen, selbstmörderischen, auch unbeteiligte Länder und Völker mit Vernichtung bedrohenden Verbrechen.

Der Osten ist in den herkömmlichen Waffengattungen klar und erdrückend überlegen; in der Raketentechnik, die bereits bis zur serienmäßigen Fertigung der Interraketen vorgeschritten ist, sowie in der Entwicklung und Vorbereitung der kosmischen Raumfahrt hat er den Westen überrundet. Dieser ist heute

in der Kenntnis dessen, was sich im Weltraum abspielt, und in der Kenntnis des Zweckes und der Aufgaben der Weltraumraketen sowie der von ihnen verschlüsselt gesandten Befunde weitgehend von Moskau abhängig. „Die von der Sowjetunion erzielten Weltraumerfolge, insbesondere der Abschuß der Mond-Sonne-Rakete zwei Tage nach dem Ablauf des Internationalen Geophysikalischen Jahres, lassen einen enormen Fortschritt in der Verwirklichung der sowjetischen Atomraketenprogramme erkennen", gab Daily Telegraph zu. Und News Chronicle gestand anerkennend: „Die sowjetische Weltraumrakete, die den Mond nur um 7400 km verfehlte, ist ein Beweis wissenschaftlicher Überlegenheit der Sowjets. Jetzt steht fest, daß die Russen die Raketenlenkung von der Erde aus meisterhaft beherrschen." Diese Erfolge sind die Früchte harter und schneller Arbeit, des Verzichts auf viele Bequemlichkeiten und Genüsse in der Gegenwart, eines an die sowjetische Berufung glaubenden Eifers und nicht zuletzt eines mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Ingeniums. Die Sowjets arbeiten sich aus eigener Kraft heroisch empor und sind fest davon überzeugt, den wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Wettlauf mit dem Westen zu gewinnen. Wenn nicht Unvorhergesehenes geschieht, mögen sie wohl als erste einmal auf der Venus oder dem Mars landen.

Vor dieser geballten, ganz und gar nicht landläufigen und schwer im voraus zu berechnenden oder auch nur abzuschätzenden Vitalität des Ostens bis zum Gelben Meer hat der Westen eine heimliche, uneingestandene Furcht. Sie ist um so größer, als im bösen Ernstfalle „Gottes eigenes Land" selbst zum ersten Male Schauplatz vernichtender Kriegshandlungen würde. Dynamik und Initiative liegen in der Regel beim Osten; ihm gehört die Aktion, der Westen handelt gewöhnlich nur reaktiv. Der ehemalige und vielleicht wieder künftige Präsidentschaftskandidat Adlai S t e v e n s o n glaubte kürzlich in der Öffentlichkeit vor der sowjetischen Tatkraft warnen zu müssen. Er sagte: „Die amerikanischen Manöver im Kalten Krieg sind in einem niederdrückenden Maße rein defensiv. Während die Sowjetunion entschlossen vorwärtsschreitet, ist der Schritt der Vereinigten Staaten träge und langsam. Die eiserne Disziplin der kommunistischen Welt kann die chaotische, egoistische, uninteressierte kommerzielle Gesellschaft, zu der sich die USA immer mehr entwickeln, leicht schlagen." Kommentar? Kein Kommentar.

Amerika kann nicht mehr an der Tatsache vorübergehen, daß die unentbehrlichen völkerrechtlichen Bestimmungen über die Nutzung des Weltraums ohne die Sowjetunion nicht möglich sind. Das Fehlen einer solchen Ordnung aber ist ein Gefahrenmoment ersten Grades. Der amerikanische Kongreßausschuß für Aeronautik und Weltraumforschung hat besorgt auf die künftige Möglichkeit hingewiesen, daß etwa ein vorbeifliegendes unbekanntes Raumschiff mit einem angreifenden Ferngeschoß verwechselt und so eine unmittelbare Kriegsgefahr heraufbeschworen werden könnte.

Der Osten glaubt die Isolierung und den Niedergang der westlichen Macht nicht zuletzt deswegen voraussehen zu können, weil immer mehr antiwestlich gesinnte neutrale oder neutralistische Länder auf die Weltbühne treten. Diese Erwartung und Zuversicht des Ostens ist die große Sorge und Befürchtung des Westens. Die Londoner Times hat am 8. Januar in einem Aufsatz „Kampf um Asien" die Tatsache und die Ursachen der grundsätzlich antiwestlichen Haltung dieser neuen Staaten, ihres Mißtrauens und ihrer Abneigung gegen den Westen und ihrer Vorliebe für die kommunistischen östlichen Mächte untersucht und ist in der Hauptsache zu folgenden Ergebnissen gelangt:

a. Die Nationalisten Asiens erstreben die Gleichberechtigung. Für sie ist jede westliche Politik gleichbedeutend mit Ungerechtigkeit, Kolonialismus, Kanonen-

bootdiplomatie und Diskriminierung der farbigen Rassen: Apartheid in Südafrika, Notting Hill in England, Little Rock in den Vereinigten Staaten. Von den Sowjets, die sich zu den Prinzipien der Bandungkonferenz bekennen, werden auch kleine Völker nicht als inferiore Rassen oder Nationalitäten behandelt.

b. Gleichberechtigung bedeutet auch Annäherung an etwa den gleichen Lebensstandard. Hiefür ist die Planung das Allheilmittel. Der Plan ist, sagen die Asiaten, gerecht und unvoreingenommen, die Planwirtschaft dem freien Markt menschlich und effektiv überlegen.

c. Die Ära des westlichen, insbesondere amerikanischen Wirtschaftsaufstiegs liegt vor der Ära des asiatischen Nationalismus. Die Sowjetunion aber ist eindrucksvoll gerade in der neuesten Zeit aus eigener Kraft mit Hilfe des kommunistischen Systems emporgestiegen. Die Asiaten sehen darin ein Vorbild.

d. Die wissenschaftlichen und technischen Leistungen der Sowjets (Sputnik, Interrakete, kosmische Rakete, TU 104 usw.) haben bei den Asiaten den Eindruck der Überlegenheit hervorgerufen.

e. Wunsch und Neigung der Amerikaner, überall Volkswirtschaften auf der Grundlage des freien Unternehmertums entstehen zu lassen oder zu begünstigen, und ihr Drang, in erster Linie als Bringer einer trügerischen, schillernden Massenkultur, des amerikanischen way of living, zu gelten, erregen das Mißfallen der Asiaten. In deren Augen ist auch der Kolonialismus Ausdrucksform, Spielart und Folge des freien Unternehmertums.

Der Fehlschlag der Eisenhowerdoktrin in Nahost, die Erfolglosigkeit des Versuchs, von Indonesien aus zunächst wenigstens in Südostasien wieder festen Fuß zu fassen, die Vergeblichkeit der Hoffnung auf eine Zügelung der chinesischen Volksmacht von Formosa, Südvietnam und Südkorea aus und der Mißerfolg des Unternehmens, über Ungarn die sowjetische Stellung im Donauraum und auf dem Balkan zu erschüttern, haben das Selbstbewußtsein und die Zuversicht Amerikas angeschlagen. Seine Öffentlichkeit sieht, wie der Westen seine Ziele seit Jahren Schritt für Schritt zurückstecken und Hoffnungen begraben mußte, und sie ermißt bestürzt den ungeheuren Höhenunterschied, der sich zwischen den hochgemuten, smarten Kreuzzugs- und Roll-back-Parolen der Jahre 1952/53 und der tatsächlichen Entwicklung, der gegenwärtigen Lage und der Perspektiven der Zukunft aufgetan hat. Diese Erkenntnisse und Erfahrungen sind um so bitterer, als sich auch die auf Japan gerichteten Erwartungen nicht erfüllten. Die US-Politik wollte das japanische Volk umerziehen, vor allem entmilitarisieren. Darum befahl M c A r t h u r den Einbau jenes Artikels 9 in die Verfassung, der dem Lande untersagt, jemals wieder irgendwelche Streitkräfte zu unterhalten. Später schwenkten sie wie in Westdeutschland auch hier um und drangen auf die Bereitstellung von Streitkräften. Aber diese sind nicht nur klein und verfassungswidrig, sondern auch unpopulär; sie hängen sozusagen in der Luft. Volk, Öffentlichkeit und Wirtschaft in Japan wollen kein Militär, sie lehnen vor allem eine atomare Aufrüstung leidenschaftlich ab und verwerfen jede Art von Krieg, auch den Verteidigungskrieg. Ministerpräsident K i s h i hat soeben erklärt, Japan werde auf alle Kernwaffen, selbst für Verteidigungszwecke, verzichten und sich jeder Einfuhr und Lagerung von Kernwaffen widersetzen. Die Japaner wissen, daß ein wirklicher Gegensatz zum asiatischen Festland tödlich für sie wäre, zumal sie ernste Zweifel hegen, daß im Falle eines kriegerischen Konfliktes die Amerikaner an ihrer Seite wären. Sie sind alles andere als amerikafreundlich. So sind die Amerikaner, die nach McArthur damit gerechnet hatten, eine japanische Militärmacht für die Abschirmung ihrer Stellungen im westlichen Pazifik und in Südkorea sowie für die Entlastung der VII. Flotte zur Verfügung

zu haben, auch hier um eine große Hoffnung ärmer und eine schwere Enttäuschung reicher.

Die Vereinigten Staaten können nicht mehr die Augen davor verschließen, daß mit einer weiteren wirtschaftlichen und militärischen Erstarkung Westdeutschlands das Natoproblem einer akuten Krise und Zerreißprobe zutreibt. Die britische Handels- und Finanzrivalität hat sich verschärft, die französische Hegemoniapolitik des gaullistischen Regimes versteift, die sich duckenden Beneluxstaaten können ihre geheime Furcht vor einem übermächtigen Westdeutschland nicht verdrängen. Nichts fürchtet Frankreich so sehr wie die nationale Einigung Deutschlands. Es möchte den deutschen Freund mit Handschellen an der separatistischen Symbiosenachse festhalten. Darum war es anfänglich, bis zu dem Besuch des Außenmnisters Dulles, im Gegensatz zu Bonn auch gegen Berlin- und Deutschlandverhandlungen mit den Sowjets vor dem 27. Mai, widerstrebt es auch jetzt noch einem Vorschlag für Ort und Zeit einer ostwestlichen Außenministerkonferenz, ängstigt es sich, für die Nato fürchtend, vor jedem Alleingang Londons und Bonns mit oder nach Moskau und spinnt hartnäckig an dem Netzwerk eines Triumvirats mit den Angelsachsen in der Nato. Seines Kolonialbesitzes und Germaniens wegen möchte es eine Vorkehrung für den Fall treffen, daß es das Schwergewicht seiner Politik eines Tages wieder auf den Verbund mit den Angelsachsen verlagern muß. Anläßlich des Besuchs von Dulles tat die französische Diplomatie einiges, um dem Verdacht einer Achse Bonn—Paris entgegenzuwirken. Die Säule Bonn—Paris ist natürlich noch keineswegs geborsten, so daß sie über Nacht stürzen könnte, aber immerhin weist sie ein paar feine Risse auf. Das Dilemma, Westdeutschland möglichst stark gegen den Osten zu machen, aber doch nicht so stark, daß es für Westeuropa bedrohlich werden und sich eines Tages zu einem den Weltkrieg auslösenden Alleingang gegen ein östliches Land stark genug fühlen könnte, ist einfach nicht aufzulösen, der Versuch, auf solche Weise zwischen Scylla und Charybdis durchzukommen, aussichtslos. Die Times schreibt am 12. Januar: „Ein wiederbewaffnetes und mit Kernwaffen ausgerüstetes Deutschland kann in fünf oder zehn Jahren tatsächlich sehr gefährlich sein. Selbst wenn General de Gaulle ein französisches Wunder vollbringt, wird die Bundesrepublik Deutschland die größte Armee in Westeuropa haben. Wie kann Rußland das verhindern?" Kennan führte vor dem Senatsunterausschuß für Abrüstungsfragen aus, schon in zwei Jahren würden die zwölf deutschen Divisionen doppelt so stark sein wie die jetzigen Nato-Streikräfte in Deutschland. Die Bundesrepublik würde, sobald Kernwaffen an sie geliefert würden, auch die Kontrolle darüber erhalten. Unter diesem Aspekt forderte er, daß einem wiedervereinigten Deutschland nur die zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und zur Abwehr von Grenzübergriffen notwendigen Streitkräfte belassen werden. In der Tat würde das Dilemma noch schwerer, für den Westen auch dann erdrückend, wenn ihm ein wiedervereinigtes, aufgerüstetes Deutschland integriert bleiben oder werden sollte. Hier zeigt sich, wie klein der Bewegungsraum für die westliche Politik ist. Sie selbst hat sich in ein Gefängnis begeben, an dessen Mauern sie sich nun wundstößt. Wenn die Washington Post schrieb, die US-Regierung habe angedeutet, daß ihre Haltung in der europäischen Hauptfrage nicht so hart sei, wie sie gewöhnlich dargestellt werde, und es sei Mikojan mitgeteilt worden, daß Amerika die sowjetischen Befürchtungen wegen einer Wiedergeburt des deutschen Militarismus beseitigen wolle, so ist dazu zu bemerken, daß das behauptete Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion nicht weniger ein Sicherheitsbedürfnis Westeuropas gegen die bewaffnete Bundesrepublik und erst recht gegen ein aufgerüstetes Gesamtdeutschland ist. Unter diesem Aspekt ist die Verlegenheit, Ausweglosigkeit und daher

Unaufrichtigkeit der westlichen Deutschlandpolitik verständlich. So leuchtet ein, warum sie entgegen ihren Lippenbekenntnissen die Wiedervereinigung bisher blockiert hat. Sie ist gefesselt und kann nur auf dem Wege der Schaffung einer breiten entspannten Zone in Mitteleuropa und eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems aus ihrem Widerspruch herauskommen. Das ist die Erkenntnis, Forderung und Hoffnung dieser Zeit. Es liegt auf der Hand, daß eine Konföderation der beiden deutschen Staaten eine militärisch verdünnte Zone jedenfalls und zunächst auf dem deutschen Territorium zur Folge oder Voraussetzung haben müßte und hätte. Die Lösung durch Konföderation ist unausweichlich, mag sie auch von Bonn bis jetzt abgelehnt werden.

Mit Sorge verfolgt Washington die unklare, widerspruchsvolle, lavierende Politik Frankreichs. Während sie das Plakat der Nato vor sich her trägt, verweigert sie dieser entscheidende militärische Hilfen wie die Zulassung des Baus von Abschußrampen für Mittelstreckenraketen, die Einverleibung der französischen Luftflotte in die Abwehrkräfte der Nato und dergleichen mehr. Es ist möglich, daß Paris damit nur taktische Trümpfe in der Hand behalten will, um die Anerkennung seines algerischen Krieges als Natoaufgabe, die Verwirklichung seiner auf ein Natotriumvirat gerichteten Forderung und seine Zulassung als vierte Atommacht durchzusetzen. Jedenfalls ist die Erfüllung der militärpolitischen und strategischen Aufgaben der Atlantikorganisation durch diese Weigerungen des überdies in Nordafrika vollbeschäftigten Frankreich empfindlich gestört und beeinträchtigt. Die amerikanische Politik läßt auch keineswegs die Möglichkeit außer Betracht, daß das Experiment de Gaulles mißlingt und damit die letzte Chance, der letzte Autoritätsfaktor für eine mögliche Konsolidierung Frankreichs entfällt. Daran, was dann würde, denkt Washington nur mit dem größten Unbehagen.

Mag man auch die Begegnungen Mikojans mit den Vertretern der amerikanischen Wirtschaft in San Francisco und mit einem esoterischen Kreis von Wallstreet-Leuten in Newyork nicht überschätzen und die Schwierigkeiten wegen des amerikanischen Embargos und der von Rußland geforderten Meistbegünstigung nicht unterschätzen, so kann man nicht an der Tatsache vorübergehen, daß sich beide Seiten offenbar in dem Wunsche trafen, den gegenwärtig minimalen Handel zwischen ihnen auszuweiten. Der wirtschaftliche Rückschlag Amerikas war stärker, als man ursprünglich zugeben wollte; er ist noch nicht überwunden. Die Kapitalinvestitionen haben sich nur wenig erholt, die Arbeitslosigkeit, besonders in den Mittelpunkten der Automobilindustrie und des Maschinenbaus, ist immer noch beträchtlich. Die Schwierigkeiten spiegeln sich in dem Widerstreit der mehr deflatorischen Tendenz der Bundesnotenbank und der inflatorischen Bewilligungsfreudigkeit eines großen Teiles des Kongresses wider. Die neue Studie des Federal Reserve Board bringt die ernste Sorge verantwortlicher Kreise um die weitere Entwicklung der Beschäftigung in den Vereinigten Staaten zum Ausdruck. In dieser Lage kann die Vorstellung einer neuen Geschäftsverbindung oder gar einer großen Okkasion ihre Wirkungen haben. Politische Grundsätze verlieren angesichts geschäftlicher Möglichkeiten oft an Gewicht; das ist kein geringer Faktor. Allerdings hat die Sowjetunion deutlich gemacht, daß sie für Wallstreet-Versuche, geschäftliche Dinge mit Fragen der Weltpolitik zu verknüpfen, nicht zu haben ist; sie ist zu einem mehr- oder vieljährigen Handelsvertrag nur unter normalen Bedingungen bereit. „Man kann den Fernen Osten oder Berlin nicht kaufen", stellte Mikojan fest. Aber wie dem auch sei, jedenfalls werden die wirtschaftlichen wie die politischen Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten nach dem Besuch Mikojans nicht mehr die gleichen sein wie vor ihm.

Die Einführung des westdeutschen Prohibitivzolls auf amerikanische Kohle hat bei gewichtigen Wirtschaftskräften der Vereinigten Staaten ernste Verstimmungen hervorgerufen. Sich häufende Zeichen eines neuen Antisemitismus in Westdeutschland, wie radikale antisemitische Äußerungen, Friedhofschändungen, Besudelungen von Synagogen, neonazistische Verlage und Veröffentlichungen, Fälle wie die der Eisele, Zind, Nieland und anderer, haben in politisch sehr einflußreichen Kreisen Amerikas den Argwohn und die Befürchtung erweckt, daß sich hier Anfänge einer neuen antisemitischen Massenerscheinung ankündigen. Deutscherseits unternommene Versuche, die Vorgänge in ihrer Bedeutung zu bagatellisieren, verfangen nicht. Dazu kommt die schleppende Behandlung jüdischer Wiedergutmachungsansprüche. Das Klima beginnt frostiger zu werden, alte Ressentiments drohen aufzubrechen, in Grundfragen der westlichen Politik treten Unterschiede zwischen Bonn und Washington deutlicher hervor.

Nach der Blitzreise des US-Außenministers

So ist die Lage. Die europäische Rundreise des US-Außenministers hat nichts an ihr geändert. In der Frage Westberlin wurde Einigkeit und in Übereinstimmung mit jenen scharfmacherischen Ausführungen des Außenministers vom 28. Januar vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses die Entschlossenheit markiert, es darüber gegebenenfalls auch zum Kriege kommen zu lassen. Dulles gab sogar seine früher erklärte Bereitschaft preis, Verkehrsfunktionäre der DDR als Beauftragte der Sowjetunion anzuerkennen und anzunehmen. Gleichzeitig wurde im Widerspruch damit immer wieder beteuert, daß Berlin auf lange Zeit hinaus mit Rohstoffen und Lebensmitteln versorgt sei. Wozu der Lärm? Der Osten hat mehrfach versichert, daß auch der militärische und sonstige dienstliche Verkehr des Westens entgegenkommend behandelt würde. Um das offene Hervortreten von Gegensätzen zu vermeiden, mußte sich Dulles zu der Erklärung verstehen, die Einrichtung einer militärisch entspannten Zone könne wie die Durchführung freier Wahlen erst im Endstadium der Wiedervereinigung ins Auge gefaßt werden, die Regierung der DDR werde nicht anerkannt, eine Neutralisierung des wiedervereinigten Deutschland sei nicht geplant und man stimme „im allgemeinen" hinsichtlich des Verfahrens überein, das anzuwenden sei, wenn die westlichen Rechte in Berlin mit physischen Mitteln angetastet würden. Im übrigen — nur eben nicht bezüglich des Problems Westberlin — gab man sich „flexibel auf Gegenseitigkeit", sprach von der aufrichtigen Bemühung des Westens, mit den Sowjets zu einem Übereinkommen zu gelangen, und möchte auf der kommenden Westostkonferenz auch die Wiedervereinigung und die europäische Sicherheit erörtern. Aber die taktische Fassade trügt. Es besteht keine entscheidende westliche Übereinstimmung, auch nicht zwischen Bonn und Washington. Manchem Partner dürfte seine eigene Courage bängliche Empfindungen bereiten; daher die Beruhigungsformel der „kalkulierten Risiken". Die britische Öffentlichkeit rügte die Bonner Gespräche als zu starr und negativ. Eine Androhung, den Weg nach Berlin, vor allem über die Autobahnen (Clay-Plan) gegebenenfalls mit Gewalt zu öffnen, schließt nur die Gefahr eines blamablen diplomatischen Rückzugs oder des dritten Weltkriegs in sich. Amerika könnte sie militärisch auch gar nicht ohne beträchtliche Verstärkung seiner Streitkräfte in der Bundesrepublik und nicht ohne ununterbrochene Bereitschaftsflüge des größten Teils der SAC-Kommandos wahrzumachen versuchen. Tatsächlich hat man sich bisher weder in London noch in Washington auf ein bestimmtes militärisches Programm für den Berliner Ernstfall festgelegt. London, das lieber eine — heute nicht mehr mögliche — Luft-

brücke sähe, hat in Washington ernste Bedenken gegen eine etwaige militärische Erzwingung des Zugangs nach Westberlin geltend gemacht und den Clay-Plan abgelehnt. Wie seinerzeit Attlee nach Amerika flog, als die Gefahr drohte, daß McArthur Atombomben einsetzt, um über den Yalu in China einzumarschieren, und damit den Weltkrieg auslöst, so geht jetzt Macmillan nach Moskau. Auch Frankreich hätte in der Festlegung eines bestimmten militärischen Planes für Berlin eine Herausforderung der Sowjets und eine Erschwerung seines Standpunktes gesehen, daß bei einer Zuspitzung zuerst und allein der Sicherheitsrat zuständig wäre.

Dulles

Dulles ist wie noch so mancher andere eine anachronistische Figur auf dem Schachbrett der internationalen Politik. Er hält engste Fühlung mit dem Pentagon, dessen Sprache er spricht. Es ist nicht anzunehmen, daß er die Fakten der veränderten Weltlage nicht sieht oder nicht richtig einschätzt. Aber er kann nicht über seinen Schatten zum Neuen. Er ist mit der Mentalität und dem Erbe des Kalten Krieges belastet. Wie ein erratischer Block steht er hemmend und gefährliche Katarakte verursachend im raschen Strom der Entwicklung. Er ist im Wege. Nachdem er noch einmal seinen Zickzackkurs in Westeuropa vorgeführt und letzterem die Gelegenheit gegeben hatte, seine Uneinigkeit und Zerfahrenheit zu offenbaren, ist er angeschlagen und wahrscheinlich ratlos vor der drohenden Auseinandersetzung mit der demokratischen, auf neuen Kurs drängenden Mehrheit des Außenpolitischen Ausschusses des Senats und mit Eisenhower und vor dem Stirnrunzeln Wallstreets in das Krankenhaus enteilt. Das Weiße Haus kann sich jetzt durchsetzen; es sollte seine Chance nützen. Der Freund des Friedens und der Realpolitiker müssen wünschen, daß Dulles nach seiner Gesundung nicht mehr in das State Department zurückkehrt und nicht mehr die Möglichkeit hat, die sich anbahnende Verständigung zwischen Ost und West zu stören. Es ist schwer verständlich, daß ein Mann seiner Art so lange Zeit in der Lage war, die Außenpolitik einer Weltmacht zu führen.

Dr. Helmut Dörr

Der Widersinn „begrenzter Kriege"

Blinzelnd entstieg ein jugendlich wirkender Mann am 15. Januar auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen der aus den Vereinigten Staaten eingetroffenen Maschine. Professor Henry A. Kissinger, einer der bedeutendsten Militärtheoretiker des Atomzeitalters, hatte deutschen Boden betreten.

Seine Ankunft gab den Gesprächen über eine spezielle Art moderner Kriegführung neuen Auftrieb. Kissinger hält nämlich eine Begrenzung des Atomkrieges in Ort, Zeit und Ausdehnung für möglich und befürwortet auch bei einem lokalen Konflikt den Einsatz atomarer Waffen. Sein 1957 erschienenes Buch „Nuclear Weapons and Foreign Policy" trug ihm den Ruf eines „Theoretikers des begrenzten Krieges" ein.

Diese Methode der Kriegführung ist auch von US-Außenminister Dulles befürwortet worden. 1957 entwickelte er in der Zeitschrift „Foreign Affairs" den Gedanken von „Buschfeuerkriegen", in denen der Gegner herkömmliche Waffen verwende. Bei einem solchen „Buschfeuerkrieg" müßten, so meinte Dulles, „an Ort und Stelle taktische Atomwaffen eingesetzt werden". Deshalb sollten die befreundeten Länder rings um den Sowjetblock unverzüglich mit solchen Waffen ausgestattet werden.

Die Ansichten Kissingers und Dulles' führten damals bereits zu einem lebhaften Meinungsstreit, zu dem auch Bundeskanzler Dr. Adenauer seinen Beitrag leistete. Am 5. April 1957 erklärte er: „Die taktischen Atomwaffen sind im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie. Selbstverständlich können wir nicht darauf verzichten".

Als Bundesverteidigungsminister Strauß Mitte März 1958 in den USA über den Ankauf der taktischen Atomrakete „Matador" verhandelte, erhielt die aufgescheuchte deutsche Öffentlichkeit die amtliche Zusicherung, es handle sich bei diesem Raketentyp keineswegs um eine atomare Waffe. Dagegen teilte „Die Welt" am 20. März mit, die offizielle Schrift der 12. US-Luftwaffendivison bezeichne den „Matador" als „atomar und tödlich".

Damit war angedeutet, daß der begrenzte Krieg mit einer taktischen Atomwaffe, beispielsweise vom Typ „Matador", keinesfalls reines Kinderspiel ist. Trotzdem scheint Bundesverteidigungsminister Strauß dieser Art der Kriegsführung zuzuneigen. Fünf Tage nach der Ankunft Kissingers auf dem Frankfurter Flughafen informierte er sich in einem Gespräch mit dem amerikanischen Militärtheoretiker, der von der Bundesregierung zu einer „Studienreise" eingeladen worden war, über dessen Ideen. Die Grundlage für dieses Gespräch bildeten offenbar die kurz vorher mit dem stellvertretenden USA-Verteidigungsminister Quarles geführten Verhandlungen über eine deutsche Raketenproduktion und eine Fühlungnahme mit der Industrie in Form eines Vortrages vor dem Rhein-Ruhr-Club.

Über die Unterhaltung Strauß—Kissinger ging keine Mitteilung an die Presse. Einzelheiten über die Auffassungen des Theoretikers des begrenzten Krieges erfuhr die Öffentlichkeit am 21. Januar aus seinem Vortrag vor der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" in Bonn. Seine Ansichten, die bereits seit längerer Zeit auch vom amerikanischen Gaither-Ausschuß, der Rockefeller-Stiftung, in Abhandlungen der Universitäten Princeton und Chicago sowie im offiziellen US-Heeresorgan „Army Information Digest" erörtert werden, gehen von der Annahme aus, daß ein totaler Krieg nach dem gegenwärtigen Entwicklungsstand der modernen Waffen sinnlos geworden ist. Die Grenze zwischen dem, was wesentlich und was nebensächlich sei, so erklärte Kissinger in Bonn, verschiebe sich, wenn jedes Ziel, das der Westen anvisiere, gegen die Vernichtung von Chicago, New York oder Washington abgewogen werden müsse. Der unbeschränkte Krieg habe sich so in ein paradoxes Verhältnis verwandelt: in einen Kampf, dessen einziges Ergebnis sein könne, daß beide Partner verlieren. Damit habe der unbeschränkte Krieg aufgehört, ein wahres politisches Instrument selbst der Abschreckung zu sein. Die Strategie könne der Staatsführung nur helfen, wenn sie zwischen dem totalen Frieden, der totalen Kapitulation bedeuten könne, und dem totalen Krieg möglichst viele Zwischenstufen entwickle. Nur dann könne sie die Bereitschaft der Staatsführung vergrößern, Risiken einzugehen, wenn sie andere Maßnahmen aufzuweisen habe, um Druck zu verhindern, als die Androhung des Selbstmordes. Angesichts der Schrecknisse eines modernen Krieges liege es ebensosehr im

Interesse der Vereinigten Staaten als in dem ihrer Verbündeten, Europa mit anderen Mitteln als dem unbeschränkten Krieg zu verteidigen. In dem Umfang, so schloß Kissinger, in dem eine Aggression örtlich bekämpft werden könne, würde der sowjetischen Strategie Einhalt geboten.

Noch ehe Kissinger deutschen Boden betrat, hatte der ehemalige Generalstabsoffizier und jetzige militärwissenschaftliche Mitarbeiter der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Adelbert Weinstein, am 14. Januar in einem Leitartikel seines Blattes von den Deutschen die innere Bereitschaft für einen lokalen Krieg gefordert und erklärt, dieser Krieg würde „allerdings für uns total sein, und wir wissen, was das heißt". Als Beispiel lokaler Kriege nannte Weinstein Sues, Libanon und Quemoi.

Was gibt es zu den Ansichten der Theoretiker des begrenzten Krieges zu sagen?

Der Hinweis auf Sues, Libanon und Quemoi kann als Beweis dafür zugelassen werden, daß lokale militärische Auseinandersetzungen auch weiterhin im Bereich des Möglichen liegen. Andererseits ist aber nicht von der Hand zu weisen, daß der Westen in den genannten drei Fällen Niederlagen hinnehmen mußte. Dies ist insofern von Bedeutung, als es sich, vor allem was Sues und den Libanon angeht, um höchst unzureichend bewaffnete Gegner gehandelt hat. Endeten lokale Kriege gegen einen solchen Gegner bereits mit einem Fehlschlag, was verspricht man sich dann von einer militärischen Auseinandersetzung, selbst von einer begrenzten, mit der Sowjetunion oder einem mit ihr verbündeten Staat? Wobei noch die Frage offensteht, ob sich der Gegner mit einem lokalen Konflikt „einverstanden" erklärte.

Bei ihrer Argumentation gehen Kissinger und andere von der Hypothese eines Angriffes der Gegenseite aus. Nur ein solcher Angriff wäre das Signal zu einem begrenzten Krieg. Wann aber tritt ein solcher Angriffsfall ein? Was ist eine sogenannte rote Aggression? Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Armee, Taylor, meint, es habe seit 1945 bereits 17 Fälle einer roten Aggression gegeben. Demnach hätte es bereits zu einer ganzen Reihe lokaler militärischer Konflikte kommen müssen. Wie gefährlich die Hypothese einer roten Aggression ist, ergibt die Überlegung, daß darunter möglicherweise alles verstanden wird, was zur Veränderung des status quo geschieht. Ein Fall indirekter Aggression könnte beispielsweise vorliegen, wenn Marokko sich der Errichtung amerikanischer Luftbasen widersetzt. Oder wird gar Dänemark alsbald einer indirekten Aggression beschuldigt, weil es die Stationierung amerikanischer Atomwaffen auf seinem Territorium ablehnt, die Verteidigungskraft des Westens dadurch schwächt und somit konsequenterweise den sowjetischen Aggressionsabsichten Vorschub leistet?

Wie man sieht, werden die Vorschläge für einen begrenzten Atomkrieg nicht dadurch ungefährlicher, daß man sie in die Sprache des Widerstandes gegen eine Aggression kleidet. Wer ihnen bis auf den Grund nachspürt, kommt zu dem Schluß, daß diese Vorschläge offenbar die öffentliche Meinung irritieren und die ablehnende Haltung der Völker gegenüber Atomwaffen und Kriegen überhaupt unterminieren sollen.

Der Glaube der Theoretiker des begrenzten Krieges, es sei möglich, einen militärischen Konflikt zu lokalisieren, wird durch einen Blick auf die Geschichte der letzten fünfzig Jahre wiederlegt. Beide Weltkriege begannen als lokale Konflikte und wuchsen, wiewohl die damals verwandten Waffen eigentlich eine Begrenzung bedingten, zu totalen Kriegen aus, von denen die ganze Welt in Mitleidenschaft gezogen wurde. Um wieviel mehr zieht ein Konflikt zwischen

zwei Staaten im Zeitalter der Interkontinental-Waffen von vornherein andere Länder in seinen Bannkreis. Obgleich es während der Libanon-Krise nicht zu einem Einsatz dieser Waffen kam, wurden nicht nur die unmittelbar beteiligten Länder von ihr betroffen. Die Bundesrepublik, viele Flugstunden vom Krisenherd entfernt, geriet durch die Benutzung deutschen Bodens als Startplatz für amerikanische Flugzeuge ebenso in das internationale Spannungsfeld wie die Türkei. Nicht einmal das neutrale Österreich blieb verschont! Sein Luftraum wurde durch USA-Nachschubflugzeuge verletzt. So schuf der „lokale" Libanon-Konflikt eine gefährliche Situation für ganz Europa.

Welche Lage ergäbe sich erst, wenn ein lokaler Konflikt, wie er verschiedentlich im Zusammenhang mit Berlin ins Auge gefaßt wird, auf deutschem Boden entstünde!

Die Pläne für einen solchen Konflikt scheinen indessen bereits feste Formen angenommen zu haben. Bei seinem Gespräch mit dem Dortmunder Oberbürgermeister Keuning und Oberstadtdirektor Kliemt wies Verteidigungsminister Strauß den Protest gegen die Errichtung einer Raketenbasis am Stadtrand von Dortmund mit dem Bemerken zurück, die Stationierung der Raketen diene schließlich der Verteidigung Berlins und sei „insbesondere im Hinblick auf die Sicherheitsgarantie der Alliierten für Berlin erforderlich". Die in Dortmund zu stationierenden Raketen vom Typ „Corporal" können Atomsprengköpfe tragen.

Auch USA-Außenminister Dulles scheint Berlin als Lehr- und Probestück für einen lokalen Konflikt zu betrachten. In einer Rede, die er anläßlich einer Geheimsitzung eines Sonderausschusses des USA-Repräsentantenhaus hielt, vertrat er die Auffassung, der Westen müsse es eher auf einen Krieg ankommen lassen, als daß er sich aus den Westsektoren zurückzöge.

Nach Abschluß seiner Europa-Reise und wenige Stunden bevor Dulles wegen eines Leidens, das nach Aussagen der Ärzte eine Behandlung nicht dringend erforderlich mache, für mehrere Wochen ein Krankenhaus aufsuchte, behauptete er in Washington, die Westmächte seien in „allgemeiner Übereinstimmung im Hinblick auf das Verfahren, das wir einschlagen werden, wenn physische Mittel angewandt werden, um unsere Rechte in dieser Hinsicht (gemeint ist die Übertragung sowjetischer Hoheitsrechte an die DDR, d. V.) anzutasten". Nach Mitteilung des Kommentators Josef Alsop vom 8. Februar sollen Dulles und das Pentagon sich darauf geeinigt haben, den Weg nach Berlin mit Gewalt zu erzwingen.

Dieses Spiel mit dem Feuer verdient besonderes Interesse, weil weder die Sowjets noch die Behörden der DDR jemals angedeutet haben, die Übertragung der Berlin betreffenden Hoheitsrechte an die DDR sei gleichbedeutend mit einer Blockade der Reichshauptstadt oder der Abschneidung der Verbindungswege nach Westberlin. Mitte Januar d. Js. erklärte vielmehr der 1. Sekretär der SED, Walter Ulbricht, auf einer Tagung des Zentralkomitees seiner Partei, die Regierung der DDR würde den Status Westberlins als einer freien Stadt respektieren. Eine Blockade stehe überhaupt nicht zur Diskussion. Ulbricht verwies darauf, daß die Behörden der DDR seit langem den Personen- und Güterverkehr, auch den Verkehr der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs kontrollieren. Das habe bisher zu keinerlei Komplikationen geführt. Die Übertragung der Kontrollfunktionen über den Personen- und Güterverkehr der Militärorganisationen der drei Mächte an die DDR könne in keiner Weise die Situation verschärfen, wenn die Vertreter dieser Mächte die Souveränität der DDR in gebührender Weise respektierten. Mitte September 1958 betonte auch Chruschtschow, die Sowjetunion wolle keinen Konflikt um Berlin.

Im Hinblick auf diese Äußerungen lassen die Pläne des Westens für einen „gewaltsamen Durchbruch" nach Berlin die Schlußfolgerung zu, als wolle er einen Konflikt heraufbeschwören. Dazu Kissinger im „Spiegel" (Nummer 7): „Ich würde die Gegenseite zwingen, zuerst zu schießen. Dann würde ich schießen". Die Schuldfrage eines Konfliktes um Berlin scheint demnach ebenfalls bereits „geklärt".

Die Theoretiker des begrenzten Krieges verweisen darauf, daß im Fall eines totalen Krieges die lebenswichtigen Zentren des Gegners angegriffen würden, während man sich in einem lokalen Krieg darauf beschränken könnte, gegnerische Streitkräfte und militärische Objekte zu treffen. Auf diese Weise, so meinen sie, bliebe die Zivilbevölkerung verschont.

Offenbar „vergessen" die Vertreter dieser Auffassung die Wirksamkeit moderner Waffen, auf die sie ja, ihrem eigenen Eingeständnis zur Folge, auch in einem lokalen Konflikt nicht verzichten wollen. Ihre Rechnung: taktische Atomwaffen gegen taktische Ziele — geht nicht auf. Das „Britische Königliche Institut für Internationale Angelegenheiten" hat in der Broschüre „Die Begrenzung des Atomkrieges" zwar erklärt, taktische Waffen seien kleiner als sogenannte Megaton-Bomben, aber ihre Maximalgröße betrage immerhin ein halbes Megaton. Das heißt, die taktische Atombombe besitzt eine 25mal stärkere Vernichtungskraft als die Hiroshima-Bombe. Die am 9. Oktober 1957 auf dem australischen Maralingo-Versuchsgelände erprobte taktische Atomwaffe „Gentleman" entwickelte hohe Hitzegrade. Fünf Meilen vom Explosionsherd entfernt wurden die Haare von Beobachtungspersonen versengt. Die Verbrennungen der Haut glichen einem schweren Sonnenbrand.

Die Wirkung taktischer atomarer Waffen erhöht sich notwendigerweise durch den Umstand, daß die Atombombe, soll der Angriff lokalisiert werden, knapp über dem Boden abgeworfen werden muß. Dadurch werden ungeheure Erdmassen in die Luft geschleudert, die wiederum große Mengen hochgradig radioaktiven Niederschlages zur Folge haben.

Die von den Theoretikern erwogene Möglichkeit, Städte von Angriffen auszunehmen, wird angesichts der enormen Zerstörungskraft und des nahezu unkontrollierbaren Verseuchungsgrades hinfällig. In dicht besiedeltem industriellen Gebiet ließe sich danach ein begrenzter Krieg gar nicht führen. Wohin sollen die Bomben geworfen werden, wenn die Städte verschont bleiben sollen und das bei jedem Abwurf verseuchte Gebiet sich über mehrere hundert Kilometer erstreckt? In Deutschland ist kein „Platz" für einen lokalen Krieg.

Wie sehr die Behauptung, bewohntes Gebiet würde in einem lokalen Krieg aus dem Kampfbereich ausgeklammert, nach Beruhigungspille schmeckt, geht nicht zuletzt daraus hervor, daß bei den Nato-Luftmanövern „Carte Blanche" 335 Atombomben auf Deutschland abgeworfen wurden. „Carte Blanche" lag ein begrenzter Krieg zugrunde.

Die Gefahr von Kurzschlüssen durch menschliches Versagen bei lokalen Konflikten schafft überdies fast automatisch die Gefahr eines totalen Krieges. Diese Gefahr ist angesichts des hohen Entwicklungsstandes der Vernichtungswaffen bereits in Friedenszeiten unvorstellbar groß. Vor einigen Monaten gab ein Radarposten im Norden der Ostküste Amerikas eine Alarmmeldung an die Zentralstelle des Strategischen Bombenkommandos, weil er ein auf seinem Radarschirm auftauchendes Weltallpartikelchen für eine anfliegende feindliche Rakete hielt. Nur der Kaltblütigkeit des Mannes am roten Telefon, der die Meldung überprüfen ließ, war es zu verdanken, daß an jenem Tag nicht der atomare Krieg über die Welt hereinbrach. Wird er diese Kaltblütigkeit auch behalten, wenn irgendwo bereits taktische Atombomben explodieren?

Die Theorie eines begrenzten Krieges mit Atomwaffen verdient auch im Zusammenhang mit den Abrüstungsbemühungen besonderes Interesse. Wer diese Theorie anerkennt, bejaht die Beibehaltung atomarer Waffen und macht damit jedes Abkommen über ein Atomwaffenverbot unmöglich.

Die Erfahrungen der Nachkriegsgeschichte lehren, daß Gewalt als Mittel der Politik effektiv ausgeschieden ist. Wer trotzdem einen begrenzten militärischen Gewaltakt propagiert, gibt zu verstehen, daß er nicht an die Möglichkeit der Verständigung und des Ausgleichs auf dem Verhandlungswege glaubt. Das trifft offenkundig auf den Bundesverteidigungsminister zu, der sich durch die Verbreitung der Kissinger-Ideen Auftrieb für eigene Pläne verspricht. Gegenteilige Versicherungen müssen unglaubwürdig wirken, erklärte doch sogar Dr. Adenauer am 5. Juli 1957 in Kiel: „Wir lehnen eine atomare Aufrüstung der Bundeswehr ganz bewußt ab".

Wer die deutschen Geschicke und mit ihnen die Geschicke der ganzen Welt auf friedliche Weise geregelt sehen will, kann auf die Theorie eines begrenzten Atomkrieges, der für die USA zwar lokal, für die betroffenen Länder indessen total wäre, nur mit einem unmißverständlichen Nein antworten.

Wilhelm von Kleist

Friedensvertrag oder endgültige Spaltung

In der Bundesrepublik Deutschland bestimmt laut Grundgesetz der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik. Für die Außenpolitik können, so denkt man, diese Richtlinien als vornehmstes Ziel nur die Wiedervereinigung Deutschlands haben.

Wie sieht es damit aus?

Betrachtet man die westdeutsche Außenpolitik und ihre Ergebnisse, so verweisen diese unmißverständlich auf den Ausspruch Churchills von 1945: Jetzt ist es ein leichtes, Deutschland aufzuteilen, aber es ist schwer, es geteilt zu halten. Gelingt uns das nur fünfzig Jahre lang, so ist viel gewonnen. Das kann uns aber nur gelingen, wenn wir die Teile so an größere Kombinationen binden, daß sie sich leidlich wohl dabei fühlen.

Es ist leicht, sich klarzumachen, daß dieser Gedankengang wie ein Leitmotiv über dem Ablauf bundesrepublikanischer Geschichte der letzten zehn Jahre steht. Der Bundeskanzler, dessen geistige Heimat so ausschließlich im Wunschtraum eines westlichen Resteuropa entsprechend dem tausend Jahre zurückliegenden Karolingerreich begründet ist, daß er die Aufgaben Deutschlands in Mitteleuropa nicht erfassen oder gar bejahen könnte, schien von vornherein dazu prädestiniert, den Ausspruch Churchills in politische Wirklichkeit umzusetzen. Er hat das bis heute mit meisterhaftem Geschick getan. Nicht nur wirtschaftlich wurde der „freie" Weststaat immer fester an den Westen gekettet; diese Bindung wurde auch militärisch gefestigt. Hierzu wurde das in Potsdam ausgesprochene Verbot einer Wiederaufrüstung für die provisorische Bundesrepublik ausdrücklich aufgehoben, nachdem der Bundeskanzler 1950 — ohne seine Minister, ge-

schweige denn Parlament oder Volk davon in Kenntnis zu setzen — der amerikanischen Besatzungsmacht die Aufstellung einer westdeutschen Armee angeboten hatte. Von Anfang an und Zug um Zug wurde die Bindung dieser Armee an die westlichen Besatzungsmächte angestrebt und schließlich mit der Unterstellung unter den amerikanischen Befehlshaber der Nato voll erreicht.

Die vierte Besatzungsmacht folgte solchen Schritten nur zögernd. Wenn man die russische Haltung dieser Jahre betrachtet, so wird offenbar, daß sie den beiderseitigen Rückzug der Besatzungstruppen aus Deutschland anstrebte. Am 10. März 1952 wurde mit freien Wahlen ein gesamtdeutscher Staat offeriert, wenn zuvor die Gewähr gegeben war, daß dieser Staat kein militärisches Bündnis mit Ost oder West eingehen würde. Es ist bekannt, daß die Bonner Regierung es ablehnte, hierüber auch nur zu verhandeln. Hätten solche Verhandlungen ergeben, daß das russische Angebot nicht ehrlich gemeint war, so hätte der Bundeskanzler damit eine Rechtfertigung seiner Politik erhalten, wie er sie sich dringend wünschen mußte. Im anderen Falle aber wäre Gesamtdeutschland zu denkbar günstigen Bedingungen entstanden. Seit der Ablehnung solcher Verhandlungen konnten darum die Zweifel an der Ehrlichkeit der Bonner Außenpolitik nicht mehr verstummen.

Trotz dieser Ablehnung aber blieb das russische Angebot jahrelang bestehen. Als dann aber der Eintritt Westdeutschlands in die Nato bevorstand, erklärten die Russen deutlich, unter solchen Umständen würden sie über die Wiedervereinigung mit Bonn nicht mehr sprechen können. Daran haben sie bis heute festgehalten.

Auch den Rapackiplan verwarf der Bundeskanzler von vornherein, ohne auch nur eine Diskussion darüber zu gestatten. Statt dessen strebte er mit Irreführung und Erstickung des Volkswillens an, die atomare Aufrüstung Westdeutschlands, die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomkanonen durchzusetzen, mit Waffen also, die nur den anderen Teil Deutschlands erreichen können.

Bis zu diesem Augenblick geschah das alles mit Willen und im Interesse der USA, die rings um Rußland herum ihre militärischen Vorposten aufgestellt haben. Jetzt allerdings, seit dem Vorhandensein der interkontinentalen Raketen, verloren diese Vorposten ihre ursprüngliche Bedeutung. Die ungeheuerlichen atomaren Waffen lassen die beiden Weltmächte vor dem Gebrauch militärischer Machtmittel zurückschrecken. Wenn M i k o j a n jetzt zwei Wochen lang die USA bereisen und Kontakte mit führenden Wirtschaftlern und dem amerikanischen Volk aufnehmen konnte, so geschah das mit Zustimmung der Regierung in Washington. Das heißt: diese Regierung bereitet sich darauf vor, gewisse vertragliche Übereinkommen mit Rußland zu treffen.

Nichts anderes ist auch der Hauptzweck der russischen Berlin- und Friedensvertragsnoten, als die Westmächte und die Bundesrepublik zu den immer wieder verweigerten Verhandlungen zu zwingen. Und es zeigt sich bereits deutlich, daß die angelsächsischen Mächte zu diesen Verhandlungen und offensichtlich auch zu Kompromissen bereit sind. Es kann sie dabei naturgemäß wenig kümmern, daß die Bedingungen für Deutschland sich in den sieben Jahren, in denen der amerikanische Militärstützpunkt Bundesrepublik seine Bedeutung mehr und mehr verlor, verschlechtert haben.

So stehen wir heute in einem schicksalsschweren Augenblick, zwar voller Gefahren, aber auch — noch einmal — voller Möglichkeiten, die die Bonner Regierung auf jeden Fall zu Verhandlungen nach beiden Seiten hin veranlassen müßte. Doch wieder ertönt nur das alte „Nein", ohne daß ein eigener Vorschlag hinzugefügt wird. Aber sollten sich nicht in dieser schicksalhaften, späten

Stunde endlich Kräfte in der Bundesrepublik finden, die eine positive, deutsche Politik in die Hand nehmen, statt des unentwegten Nein in Wort und Tat?

Gewiß, es wird kein „Verschlucken" der DDR möglich sein, keine Wiedervereinigung jetzt und sofort, wie sie am 10. März 1952 noch angeboten wurde. Und Deutschland wird keine Machtpolitik mehr treiben können. Aber angesichts der jetzigen russischen Einstellung — bei deren rigoroser Ablehnung eben die Teilung bleiben und sich immer verhängnisvoller innerhalb und außerhalb Deutschlands auswirken wird — darf unsererseits nichts unversucht bleiben, mit Geduld und Zähigkeit, mit Opferbereitschaft und festem Willen Verträge zu erreichen, die ein allmähliches Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands ermöglichen, in Formen, die uns gemäß sind, frei von der Einmischung der Weltmächte, aber unter Wahrung und Festlegung ihrer berechtigten Interessen.

Noch sind in Amerika Kräfte vorhanden, die deutsche Vorschläge zu vertreten bereit sind. Lange aber kann diese westliche Weltmacht nicht mehr warten. Sie muß — und sei es über unsere Köpfe hinweg, wenn die Bundesrepublik weiter passiv bleibt — ein Abkommen mit Rußland treffen. Sonst könnten sich die Dinge verhängnisvoll entwickeln; sonst könnte die militärische Bedrohung, die uns bisher nur als Schreckgespenst an die Wand gemalt wurde, in der grauenhaften Form eines Atomkrieges Wirklichkeit werden, obgleich beide Partner ihn nicht wollen.

Wir Deutschen aber gehören unabänderlich zusammen und haben mit aller Kraft den Riß zu schließen, der durch das verschiedenartige Schicksal, das wir erleiden, wächst. Gelingt uns das, so dürfen wir zu Gott hoffen, daß sich damit der Abgrund schließt, in den die Menschheit zu versinken droht. Verstehen wir diese Aufgabe nicht oder sind wir zu schwach, unser ganzes Sein in ihren Dienst zu stellen, so werden wir zum Schlachtfeld der Welt und als erstes vernichtet.

Matthias Joseph Mehs

„Kriegsgefahr"

Dem wachen Auge des Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier verdankt die deutsche Öffentlichkeit den sehr deutlichen Hinweis, daß wir bereits hart an die Möglichkeit eines neuen Krieges herangerückt und daß äußerste Anstrengungen erforderlich sind, um am Abgrund vorbeizukommen. Aus allen Ländern des Westens, namentlich England, kommen Stimmen, die diese Befürchtung bestätigen. Die Erkundungsreise Macmillans nach Moskau hat keinen anderen Sinn, als an der maßgeblichen Stelle sich zu vergewissern, wie das drohende Verhängnis noch abzuwehren sei.

Ausgelöst wurde die Befürchtung durch eine Erklärung, die Staatssekretär Dulles am 28. Januar vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses abgab: Die amerikanische Regierung sei fest entschlossen, eher das Risiko eines Krieges einzugehen, als sich durch die Sowjetunion aus Westberlin vertreiben zu lassen. Fürwahr, heitere Aussichten für uns, die

wir in vorderster Frontstellung liegen! Man merkt hoffentlich jetzt allgemein, soweit man es bis jetzt noch nicht gemerkt haben sollte, welcher Zündstoff sich im bisherigen kalten Krieg angesammelt haben muß, wenn Dulles eine solche Erklärung abgeben konnte. Und man darf wohl auch, als nächstliegendes Opfer, wenigstens fragen, ob eine solch gefährliche Zuspitzung der Lage sich nicht hätte vermeiden lassen. Jedenfalls scheinen Künstler der Politik nicht am Werk gewesen zu sein.

Die russische Berlin-Note vom 27. November 1958 bedroht an sich Westberlin nicht, sie enthält lediglich den Vorschlag, Westberlin zur freien Stadt zu machen, ein Ansinnen, das der Westen so lange ablehnen muß, bis das Deutschlandproblem zur allgemeinen Zufriedenheit bereinigt ist. Das wissen die Russen auch, und sie werden sich bestimmt hüten, einen Gewaltstreich gegen Westberlin zu unternehmen. Die Kriegsgefahr wird vielleicht dadurch heraufbeschworen, daß die Russen ihrer Ankündigung entsprechend am 27. Mai ihre bisherigen Funktionen den DDR-Organen übertragen und die Westmächte sich weigern, mit diesen Organen der Ostzone in Verbindung und Verhandlung zu treten, um freien Durchzug nach Westberlin zu erhalten. Sobald dann geschossen wird, was bei der gegenseitigen Gereiztheit geradezu in der Luft liegt, wird auch gegengeschossen werden, und was dann kommt, darüber zu orakeln, erübrigt sich.

Was wollen die Russen eigentlich? Für diejenigen, die die Berlin-Note vom November nicht sofort begriffen haben, haben die Russen kurz darauf den Entwurf eines Friedensvertrages folgen lassen, woraus deutlich hervorgeht, daß es ihnen um eine Entspannung an ihrer Westgrenze, also um die Gesamtbereinigung der deutschen Frage zu tun ist. Das ist auch so ziemlich in der ganzen Welt verstanden worden. Nur dürfte das, was vom Westen bis jetzt unternommen worden und noch beabsichtigt ist, zur Lösung dieses für den Weltfrieden entscheidenden Problems nicht ganz ausreichen. Es genügt eben nicht, einfach zu sagen oder nur anzudeuten, man sei zu Verhandlungen und gegen russische Zugeständnisse sogar zu Konzessionen bereit, sondern man muß den Russen ganz klare, eindeutige Vorschläge machen, man muß endlich mit der eigenen Sprache herausrücken und erklären, das und das ist der Westen, und vor allem Bonn, bereit, für die Einheit, Freiheit und Sicherheit in die Waagschale zu werfen.

Und weil Bonn und der Westen — gewissermaßen aus dem Gefühl einer Art von westlicher Überlegenheit heraus, was die Russen geradezu als Beleidigung empfinden müssen — sich zieren, festumrissene Angebote zu machen, kann und wird es zu gefährlichen Situationen kommen. Es wird dann kein Trost sein, den Russen die Schuld in die Schuhe schieben zu wollen, wenn man selbst im entscheidenden Augenblick einen notwendigen Schritt unterlassen hat. Auch durch Unterlassung kann man Schuld auf sich laden.

Die deutsche Einheit ist wie ein Wertpapier, das auf dem Markt zu haben ist: Es genügt nicht, dafür nur platonisches Interesse zu zeigen, man muß darauf bieten.

Um nun für dieses deutsche Angebot das rechte Augenmaß zu bekommen, muß man bis zur russischen Note vom 10. März 1952 zurückgehen. Darin haben die Russen ein Friedensangebot gemacht, freie Wahlen und die deutsche Einheit vorgeschlagen, die staatliche Unabhängigkeit Deutschlands in Aussicht gestellt, eine eigene Wehrmacht zugestanden und die Unterstützung für die Aufnahme in die UNO zugesagt. Bonn und der Westen haben das Angebot zurückgewiesen, obgleich es nicht an Stimmen fehlte, die dringend zum Zugreifen rieten. Aber in der Bundesrepublik sind im Gegensatz zu England etwa, wo die Opposition

wesentlich zum parlamentarischen Leben gehört und vor allem auch beachtet wird, oppositionelle Stimmen nicht viel mehr als Luft.

Nun, ist es seit März 1952 besser geworden? Sind wir der deutschen Einheit näher gekommen? Diese Fragen aufwerfen, heißt das völlige Versagen der bisherigen Bonner Wiedervereinigungspolitik feststellen.

Wenn man aber in solcher Lage einen guten Rat geben darf, dann wäre es dieser: Das Auswärtige Amt möge einmal eine Denkschrift ausarbeiten, die nachweist, was von seiten der Bonner Regierung alles getan worden ist, wovon man wissen mußte, daß es die Wiedervereinigung erschweren oder gar unmöglich machen würde. (Ja, wissen mußte! Jede Abschwächung des Ausdrucks wäre ein unverzeihlicher Zweifel an den Bonner diplomatischen Fähigkeiten.) Und wenn aus dieser Denkschrift dann die richtigen Konsequenzen gezogen werden, wird die Kriegsgefahr überwunden und der erste Schritt zu einer echten Entspannung getan sein.

Dr. Ruth Tangemann

Die Sowjetunion — mit den Augen einer Frau gesehen

„Wir sind keine Aggressoren, wir haben alle Naturschätze. 28 Jahre lang hat man uns politisch boykottiert. Wir haben viermal soviel Land erschlossen, wie die CSR umfaßt. Wir brauchen nichts weiter. Wir brauchen keinen Krieg. Unsere Erdtrabanten sind von Menschen gemacht, die vor 40 Jahren noch barfuß liefen. Wenn jemand den Krieg will, werden wir uns hart verteidigen." Dies erklärte am 31. Oktober 58 eine schlanke, mittelgroße, hellblonde Frau, eine faszinierende Mischung aus Weiblichkeit, natürlichem Charme und messerscharfer agitatorischer Dialektik, lächelnd und souverän, als ob man über Petit fours oder Sackmoden-Modelle plauderte, den 19 Mitgliedern der ersten westdeutschen Frauendelegation, die auf Einladung der Zeitschrift „Die Sowjetfrau" die Sowjetunion besuchte. Die Sprecherin war Ekaterina Furzewa, Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), Abgeordnete des Obersten Sowjets der UdSSR.

Am gleichen Tage hielt der stellvertretende Chefredakteur der „Prawda", Gorünow, in seiner Eigenschaft als Leiter des Journalistenverbandes (15 000 Mitglieder bei insgesamt ca. 50 000 Berufsjournalisten) den westdeutschen Redakteurinnen, Sozialpolitikerinnen und Pädagoginnen ein Kolleg über die Pressefreiheit und die Zensur in der Sowjetunion. „Ich bin Kommunist. Meine Auffassung ist marxistisch. Die mit dem Kapital verbundene Westpresse ist nicht frei. Wir vertreten die öffentliche Meinung und sind frei. Wir unterstützen offen die Politik unserer Regierung. Wir haben keine Zensur." Als die Schreiberin dieser Zeilen den Moskauer „Kollegen" unter Bezugnahme auf diese Ausführungen um Aufklärung über den Fall Pasternak bat — der Verfasser des Dr. Schiwago war am Vortage vom sowjetischen Schriftstellerverband ausgeschlossen worden —, erklärte Gorünow, während das rosige Weiß seines Ge-

sichts ins Blaurot überspielte: „Pasternak ist ein Feind des Sozialismus, er hat die Oktoberrevolution verleumdet. Er ist ein Staatsfeind." Und dann der Dialog mit einer Hamburger Journalistin: „Haben Sie auch ‚westliche' Zeitungen hier?" — „Aber natürlich, selbst die reaktionärsten. Wir sind über alles genau unterrichtet." — „Aber die ‚Zürcher Zeitung' konnte ich noch an keinem Kiosk kaufen." — „Nein, das kann man nicht."

Diese beiden Äußerungen sind im Hinblick auf die Verhärtung der Berliner Frage von besonderer Aktualität. Sie geben einen sehr typischen Einblick in die Denkmaschinerie und in das Spannungsfeld dieser völlig totalitären, aber ebenso offen als solcher eingestandenen „Geistigkeit", aus der heraus man im Kreml Politik macht. Und sie sind nicht weniger symptomatisch für die ebenso perfektionistische wie fanatische Planung, mit der man 200 Millionen Sowjetmenschen im Laufe von nur vier kurzen Jahrzehnten zu kaum glaubhaften Arbeitsleistungen befähigt hat. 200 Millionen, von denen 155 Millionen bei der Geburt der Sowjetunion im Blutbad der Oktoberrevolution noch Analphabeten waren. Genauer: 68% der Männer und 87% der Frauen.

Wer in die Sowjetunion fährt, wer ein Fazit dieser vier Jahrzehnte Bolschewismus ziehen will, tut gut daran, unsere westlichen Maßstäbe daheim zu lassen. Er wird sich klar darüber sein müssen, daß die historische Entwicklung in diesem Riesenlande, in dem man von Brest-Litowsk bis Wladiwostok die Uhr um 11 Stunden vorstellen muß, völlig anders verlaufen ist als im Westen, daß dort nicht allmählich ein breites Bürgertum in die Aufgabe einer staats- und kulturtragenden Schicht hineingewachsen ist, daß nicht eine langsame Industrialisierung über ein Jahrhundert hinweg dem „Vierten Stand" ermöglichte, aus der anfänglichen Anti-Stellung seine heutige soziologische Form des Industriebürgers zu entwickeln. Das ist das große Versagen des Zarismus, das er mit den gleichen Blutströmen bezahlte wie einst die französische Noblesse das ihre unter den Guillotinen von Paris.

Der Bolschewismus machte 1917 tabula rasa. Er hat weder alt noch jung, Männer noch Frauen geschont, er hat von Millionen Menschen auch nach der Revolution in den Parteikämpfen und bei den Fünfjahresplänen schwere Opfer gefordert. Inzwischen hat man im Kreml umgelernt und in der üblichen, konsequenten Manier, alles hundertprozentig zu tun, das Ruder völlig herumgeworfen. Man hat erkannt, daß der Mensch nicht ersetzlich, zumindest nicht sehr oder so schnell ersetzlich ist wie die Materie, und deshalb nach dem zweiten Weltkrieg eine Reihe von Arbeitsschutzgesetzen, darunter besonders solchen für Jugend, Frauen und Mütter erlassen, eine weitgreifende Gesundheitsprophylaxe und Sozialpolitik ausgebaut, die man im Westen mehr als bisher zur Kenntnis nehmen sollte.

Als Frauen haben wir uns verständlicherweise besonders um diese Probleme bemüht; und es spricht nicht eben für die soviel gerühmte „Weite" (und Weitsichtigkeit!) unseres leider so häufig überstrapazierten oder falsch zitierten „abendländischen Geistes", daß man diese äußerst instruktiven Tatsachen vielerorts einfach nicht zur Kenntnis nehmen will. Nach dem Motto: Es kann nicht sein, was nicht sein soll ... Und gerade hier könnte die Bonner Vogel-Strauß-Politik einst tödliche Folgen haben. Es ist schließlich völlig sekundär, ob die Sowjets ihre Menschenmassen seit dem 2. Weltkrieg aus Altruismus oder Utilitarismus päppeln: Ausschlaggebend ist, daß sie es tun.

Das russische Volk hatte im letzten Krieg zehn Millionen Kriegstote. Es hat inzwischen die materiellen Kriegsschäden beseitigt, die Trümmerstädte größer und rationeller als vorher wieder aufgebaut, die Rüstungsangleichung an den

Westen vollzogen, auf dem Raketensektor den ersten Platz erreicht, die landwirtschaftliche Produktion und die Energieversorgung ihrer 15 Länderrepubliken auf das nötige Maß heraufgeschraubt, nur den Menschen können sie nicht in der Retorte züchten. Und so schreibt man eben auch hier neuerdings Planung groß, vom Embryonalstadium an, buchstäblich:

Keine werdende Mutter, die nicht von den mit Arzt und Hebamme besetzten Mütterberatungsstellen bis zur — schmerzlosen! — Entbindung mit Schwangerschaftsgymnastik, Atemübungen, Bauchmassage usw. betreut wird. Die junge Frau arbeitet bei normalem Verlauf bis acht Wochen vor und dann erst wieder acht Wochen nach der Geburt, bei voller Lohnfortzahlung. 95% aller Städterinnen entbinden in der Klinik, auf dem Lande immerhin schon 68%. Die Mütter- und Säuglingssterblichkeit ist steil abgesunken: Nur noch 5 von 10 000 Müttern und 40 von 1000 Kindern (vor 1917 waren es 275) sterben bei der Geburt. Obwohl die Abtreibung erlaubt ist, weil man einmal argumentiert, daß die Sowjetbürgerin verantwortungsbewußt genug sei, selbst entscheiden zu können, ob und wann sie einem Kind das Leben geben will, und zum anderen, daß, wer eine Schwangerschaftsunterbrechung herbeiführen wolle, so oder so Mittel und Wege dazu finden würde, der von Laien vorgenommene Eingriff immer aber für das Leben und die Gesundheit der Mutter gefährlicher sei als der von Fachärzten, steigen die Geburtenziffern rapide an: Auf 7,5 Sterbefälle pro 1 000 zählt man heute in der UdSSR 25,2 Geburten. Und die Lebenserwartung ist von 32 Jahren im Jahre 1913 auf heute 67 angestiegen.

Wieweit von der Möglichkeit eines künstlich herbeigeführten Abortus Gebrauch gemacht wird, war uns weder im Gesundheitsministerium der UdSSR, übrigens von einer Ärztin M. K o w r i g i n a geleitet, möglich festzustellen, noch im (Forschungs-) Institut für sanitäre Aufklärung. Dieses gibt aber eine Reihe vorzüglicher und unerhört wirksamer Aufklärungsfilme, Plakate, Wandzeitungen usw. heraus, in denen auf die Gefahren des Eingriffes hingewiesen wird und die Freude am Kind geweckt werden soll. Alles in allem: Aktive Bevölkerungspolitik und -propaganda, die auch von der materiellen Seite her planmäßig unterstützt wird. Kinderzulagen von 50 bis 250 Rubel werden an alle Mütter gezahlt, auch mit Babyausstattungen wird, wo nötig, geholfen. Die Frau, die fünf Kinder geboren und großgezogen hat, bekommt diese „Leistung" auf ihre Altersrente insofern angerechnet, als sie fünf Jahre Erwerbstätigkeit ersetzt. (Die Frauen erhalten ihre Altersrente mit 55, Männer mit 60 Jahren, zwischen Militär und Zivil wird kein Unterschied gemacht.)

Die meisten Mütter gehen nach der Entbindung so bald wie möglich in die „Produktion" zurück. Man kann, wenn man will, auch in der UdSSR „Nur-Hausfrau" sein, kein Gesetz verbietet es, zumindest heute nicht mehr. Aber die Sowjetbürgerin ist genau wie der Mann von Kindheit an erzogen, in der „produktiven" Mitarbeit ihr „gesellschaftliches" (lies: politisches) Ziel zu sehen. Außerdem ist der Lebensstandard noch so gering bzw. sind die Preise, abgesehen von den Grundnahrungsmitteln, noch so hoch, daß die Familie in den meisten Fällen ein Monatseinkommen beider Ehepartner nötig hat. Anders als bei uns spielt die Babuschka, die Großmutter, noch eine große Rolle: Sie besorgt den Haushalt, sie erzieht die Enkel, sie ist ja auch mit 55 Jahren Rentnerin.

Wo die Babuschka fehlt, nehmen die Betriebskindergärten den Müttern die Sorge für die Kinder ab. Je nach Größe der Betriebe haben diese mehrere solcher Einrichtungen bestens ausgestattet, mit Fachkräften besetzt, auch auf kleine Nachtgäste eingerichtet. Arzt- und Zahnarztzimmer, Höhensonne, Schlafraum sind ebenso selbstverständlich wie der große Spielraum mit Puppen, Stofftieren,

Holz- und Metallspielzeug. Vier Mahlzeiten gibt es am Tag, wobei auf die geschickte Handhabung des Bestecks großer Wert gelegt wird (die Väter und Onkel dieser Kleinen führten im Speisewagen des „Blauen Expreß" teilweise noch animalischere Tischmanieren vor). Die Kinder machen — ob in Stadt oder Land — einen stabilen, robusten, wachen, disziplinierten, aber keineswegs eingeschüchterten Eindruck. Sie sind längst nicht so feinnervig wie die unseren. In Moskau übrigens beobachtet man jetzt auch, daß die Kinder dort 2 bis 3 cm größer sind als auf dem flachen Lande. Folgen der Zivilisationseinflüsse? Man weiß es dort ebensowenig wie bei uns. Rachitis ist nirgends zu finden. Man hegt und pflegt die junge Brut, — denn nur gesunde, widerstandsfähige Menschen können die Normen der Fünfjahrespläne verwirklichen! 5800 Rubel kostet ein Kind pro Jahr im Kindergarten. 1800 Rubel brauchen die Eltern höchstens davon zu bezahlen, alleinstehende Mütter 800 Rubel.

Auch das Schulkind ist nicht sich selbst überlassen, wenn die Mutter arbeiten geht! Kinderhorte, besondere „Häuser des Schülers" mehrerer Bezirke, die Arbeit in den Zirkeln (d. s. freiwillige Arbeitsgemeinschaften in den Schulen) lassen keine Verwahrlosung auf der Straße aufkommen. Das „Halbstarken"-Problem gibt es so gut wie gar nicht. Man hat so viele Möglichkeiten sinnvoller Beschäftigung und Weiterbildung zur Hand, daß die jungen Menschen auf solche häufig nur aus mangelnder Anteilnahme oder aus Langeweile geborenen Exzesse gar nicht kommen: Da kann man in diesen Zirkeln seinen Führerschein machen, Flugzeug- und Schiffsmodelle bauen, im Treibhaus oder auf einer kleinen Wetterstation arbeiten, Instrumente spielen lernen oder Chorgesang üben, aquarellieren, modellieren, Sprachen lernen, einen Radioapparat basteln, photographieren und entwickeln. Und wo die Schule das nicht gibt, sind die „Kulturpaläste" der Betriebe mit ähnlichen Einrichtungen für ihre Arbeiter, deren Familien und Kinder sowie die Bewohner der Nachbarschaft zur Stelle. Das Fernsehen strahlte, als wir dort waren, drei Tagesprogramme aus, inzwischen, ab Jahresbeginn, sollen fünf daraus geworden sein, wobei sich Television, genau wie der Rundfunk, mit ganzen Sendereihen nur jeweils immer an bestimmte Schulalter wendet.

Die Ehe- und Familienfeindlichkeit des Bolschewismus ist inzwischen Vergangenheit geworden: Eine Ehescheidung ist heute kaum leichter als im Westen, man kennt auch dort Sühnetermine und appelliert an die Verantwortung der Eltern. Und darüberhinaus ist der Russe von Natur aus kinderlieb: Als wir in Brest-Litowsk sonntagsnachmittags vier Stunden „Stadtausgang" hatten, bis unser Zug umgespurt war, hätten wir unaufhörlich Bilder von Vätern mit Kindern an der Hand, auf dem Arm, auf den Schultern, hinter Kinderwagen knipsen können, Väter in Uniform und in Zivil.

Die Stellung der sowjetischen Frau wurde von Anfang an durch den Paragraphen 22 der Verfassung der SU bestimmt, in dem die volle Gleichberechtigung von Mann und Frau ausgesprochen ist. Dieses Geschenk hat sie allerdings mit Zins und Zinseszinsen bezahlt: Wohl blieben ihr die jahrzehntelangen Emanzipationskämpfe der westlichen Schwestern erspart, aber man verstand dort die „Gleichberechtigung" nicht auf der naturgegebenen Basis biologisch verschiedener Aufgaben, sondern rein formal. Man nutzte die angeborenen Fähigkeiten und Begabungen unabhängig vom Geschlecht. Dabei hat man in den ersten Jahrzehnten die Frauen zweifellos überfordert, und viele von ihnen sind es heute noch. Nicht zuletzt, weil die Kriegerwitwen drüben das gleiche schwere Los tragen wie unsere alleinstehenden Mütter. Im Bergbau, unter und über Tage und in Schwerstarbeit dürfen Frauen heute nicht mehr beschäftigt werden. Doch

trifft man sie bei mancherlei Tätigkeiten, die bei uns den Männern vorbehalten sind: So sahen wir sie auf der langen Fahrt von Brest-Litowsk über Minsk nach Moskau immer wieder in ihren gesteppten Wattejacken bei Gleisarbeiten beschäftigt, mit Hacke und Spaten. Als wir in Moskau einfuhren, wo Riesenkräne das Baumaterial für acht- und neunstöckige Wohnblöcke hochhievten, standen sie in Kopftuch und Schürze auf dem Bau und mauerten Ziegelsteine übereinander. Sie schleppten keine Lasten, aber sie hantierten in Wind und Wetter mit der Maurerkelle. Die meisten Stationsbeamten der Eisenbahn waren Frauen in Uniform. Weibliche Taxichauffeure steuern ihre sechssitzigen Wagen genau so sicher durch den Verkehr der breiten Großstadtboulevards wie über die vereiste Autobahn zum Moskauer Flughafen. In der „Prawda" bedienen 38% weibliche Setzer die Setzmaschinen. In den Kolchosen und Sowchosen arbeiten Männer und Frauen ohne Unterschied auf den Äckern, Pflanzungen und Versuchsanlagen.

Doch ist eins nirgends, in keinem Bereich des öffentlichen Lebens und in keiner Berufssparte zu übersehen: Die sowjetische Frau ist, wie gesagt, außer im Bergbau und in industrieller Schwerstarbeit überall anzutreffen, aber nicht nur in unteren und mittleren Stellungen, sondern in geradezu erstaunlichem Maße auch in Führungsstellen. Nicht allein die Statistiken, sondern der Augenschein lehren, daß 76% der Ärzte, 72% der Lehrer, 50% der Richter, 42% der Ingenieure und Agronomen Frauen sind, 234 000 weibliche Geschworene helfen bei der Rechtsfindung. Wir begegneten Frauen, die zu Vorsitzenden der bäuerlichen Kollektivwirtschaften gewählt waren. Schuldirektorinnen, Chefärztinnen sind eine Selbstverständlichkeit. Im Spitzengremium des Lehrkörpers der Moskauer Lomonossow-Universität ist jeder vierte Professor eine Frau. Der stellvertretende Metro-General — die Metro ist die von allen Russen glühend und stolz geliebte, jetzt auf 70 km ausgebaute Untergrundbahn der Hauptstadt — ist eine blonde, blauäugige und vitale Mutter, die eine ihrer beiden Töchter durch einen Bombenangriff verloren hat. Sie war einst Schlosser, dann Lok-Führer, später im Verwaltungsdienst der Bahn. Für die Entwürfe der neu geplanten Moskwa-Brücke zeichnet Wera Kolpakowa verantwortlich, stellvertretender Chefarchitekt für die Stadtbauplanung der Acht-Millionen-Hauptstadt. Bau und Maschinenpark für das neue Offset-Druckhaus der „Prawda" leitet die Ingenieurin Sophia Prosorowa, Mutter dreier Kinder, die 1936 das Polygraphische Institut absolvierte und vorher Maschinensetzerin gewesen war.

Die Parallele im öffentlichen Bereich: In die Kommunalen Selbstverwaltungsorgane der Städte und des flachen Landes wurden zuletzt über eine halbe Million Frauen gewählt (573 164), das sind durchschnittlich 37%, in einigen Republiken sogar 40%. In den Obersten Sowjets der 15 Republiken — diese entsprechen verwaltungstechnisch und staatspolitisch etwa unseren Ländern bzw. Landtagen — sitzen 2009 Frauen, d. s. 30 bis 32% aller Deputierten. Im Obersten Sowjet der UdSSR arbeiten 366 weibliche Abgeordnete, das sind 26,4%. (Unsere westdeutschen Vergleichszahlen lauten für die Kommunalvertretungen rd. 10%, die Landtage ca. 6%, den Bundestag 9,2%.) Im Spitzengremium der Kommunistischen Partei, dem Zentralkomitee, führt Ekaterina Furzewa, zugleich Abgeordnete des Obersten Sowjets der UdSSR, eine scharfe dialektische Klinge. Gesundheitsminister der Gesamt-Union ist Maria Kowrigina. Lang ist die Liste stellvertretender Unions-Ministerinnen und die der weiblichen Länderminister. Alle diese Frauen sind keineswegs nur Funktionärstypen, sondern haben abgeschlossene Universitätsausbildung und oft jahrzehntelange akademische Berufspraxis hinter sich und sind meist zugleich Mutter oder Großmutter.

Die Hebung des Lebensstandards ist das jüngste innenpolitische Nahziel der Sowjets: Das Durchschnittseinkommen von Männern und Frauen liegt bei 700 bis 800 Rubel. (Die Summen muß man lt. Deutscher Botschaft, um zu deutschen Kaufkraftrelationen zu gelangen, halbieren). Die Lohnsteuern betragen höchstens 12%, die Mieten — nach Einkommen gestaffelt — höchstens 10%. Sozialabzüge gibt es nicht. Alter, Krankheit und Invalidität bezahlt der Staat. Da meist beide Eheleute arbeiten und die Preise für die notwendigen Konsumgüter sowie Lebensmittel erschwinglich sind, sieht man weder verhungerte, noch zerlumpte Gestalten. Ebensowenig allerdings auch Komfort, ausgesprochene Eleganz und Reichtum. Die Lebensbedingungen der Funktionäre dürften die der breiten Massen wesentlich überragen. Schwarzbrot kostet 1 Rubel, 32 Kopeken, 1 kg Fett 22,50 R., Butter 28,50, 1 Ltr. Flaschenmilch 4 R., 1 kg Fleisch je nach Sorte 8 bis 20 R., Zucker 9, Äpfel 7, dagegen die 100-Gramm-Tafel Schokolade 14 bis 16,80 R., das Textilangebot ist dürftig und qualitativ für unsere Begriffe meist unzureichend. Akten- und Damenhandtaschen — anscheinend bourgeoise und nicht lebensnotwendige Rudimente — aus billigstem Ersatzmaterial sind ebenso teuer wie andere, nach sowjetischer Ansicht entbehrliche Dinge. Dagegen kostet der Fernsehapparat nur 800 bis 2000 Rubel, und kaum eine der windschiefen, hölzernen, moosgedeckten Datschen war ohne Fernsehantenne. Da es nur Staats- oder Genossenschaftsbetriebe gibt, sind die Preise von Wladiwostok bis ans Schwarze Meer einheitlich. Die Apfelsinen kosten neben den Citruskolchosen am Schwarzmeer genau soviel wie im Gum, dem Riesenkaufhaus am Moskauer Roten Platz. Der Staat produziert, kalkuliert und verkauft, und so gibt es keine Konkurrenz, keine Reklame, keine Werbung. In fünf Jahren sollen die Sowjetfrauen ebenso nylonbestrumpft und elegant bekleidet sein wie die Frauen der westlichen Länder, versicherte Ekaterina Furzewa.

Das Wohnungselend ist noch eines der größten Sozialprobleme für Regierung und Bevölkerung. Hunderttausende von Familien hausen eng zusammengepfercht in Einzimmerwohnungen, oft mit mehreren Kindern. Wer mit drei Kindern eine eigene abgeschlossene Zweizimmerwohnung erhält, ist glücklich. Potemkinsche Dörfer wurden uns auch auf diesem Gebiet nicht vorgezaubert. (Besichtigungen und Interviews wurden erst nach Eintreffen in Moskau nach unseren Wünschen zusammengestellt. Unsere Eindrücke und Informationen konnten wir in mehreren Gesprächen in der Deutschen Botschaft in Moskau, darunter in einem mehrstündigen Empfang bei Botschafter Dr. Kroll abgleichen und bestätigen lassen. Eine Teilnehmerin sprach fließend russisch. „Alleingänge" waren wiederholt möglich. Dies zum gern gemachten Einwand, daß wir nur „Potemkin" gesehen hätten bzw. darauf „hineingefallen" wären. — Auch wir und der sonstige Westen zeigen im übrigen ausländischen Gästen nicht die verknittertste Visitenkarte bzw. die Schattenseiten unseres Wirtschaftswunders!) Man gab offen zu — wie man überhaupt über alle Negativa entwaffnend offen sprach —, daß die Wohnverhältnisse, zum Teil auch bedingt durch die Kriegsschäden, unzureichend sind. Seit zwei Jahren baut der Staat zwei Millionen Wohnungen im Jahr, das entspricht bei 200 Millionen Menschen genau unserem jährlichen Bauprogramm von 500 000 Wohneinheiten für 52 Millionen Menschen. Im wesentlichen werden Ein-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen errichtet. Pro Kopf 11 qm ist die Baunorm, wobei Küche, Bad und Korridor außer Ansatz bleiben. In Moskau nützt man die Grundfläche durch acht- bis neungeschossige Trakte aus, schmale Zigarrenkistenformate wie bei uns, in kleineren Städten baut man vier- bis fünfgeschossig. Beton und Eisen beherrschen die Bauweise. Hunderte von Kränen befördern Fertigteile und Baumaterial auf die

Baustellen, in Moskau nicht anders wie in Leningrad, in der Ukraine, am Schwarzen Meer und im Kaukasus. Überfliegt man die Riesenstädte am Kuban und am Don, Krasnodar, Rostow, Woronesch etwa, so ist die Silhouette ihrer Oberfläche immer wieder durch das eiserne Filigran dieser Kräne unterbrochen. In sieben Jahren hofft man die Wohnungsnot gebannt, jeder Familie und den Alten ihr eigenes Heim geschaffen zu haben, wenn „MIR", wenn Frieden bleibt, heißt es auch hier. In der Deutschen Botschaft bestätigte man uns, was wir mit eigenen Augen vielfach gesehen hatten: Es wird pausenlos mit modernsten Methoden gebaut.

Die Hausfrau in diesen Neubauwohnungen verfügt über den gleichen Komfort wie ihre Schwestern in den westlichen Breiten: Zentralheizung, fließend warm und kalt Wasser in Bad und Küche, Doppelfenster im Verbundsystem, Linoleum oder fugenloser Kunstplattenbelag auf den Böden, tapezierte Wände, Kacheln in Bad und hinter der Küchenspüle, dreiflammiger Gasherd mit Backröhre, eingebaute Wandschränke im Schlafzimmer, Hängeschränke mit Schiebetüren über und Schiebeschränke unter der Doppelspüle in der Küche. Möbel kommen aus dem holzreichen Norden. Man liebt noch das kleinbürgerliche Plüschsofa, Spitzendeckchen, gehäkelte Gardinen.

Wie in Amerika, wie in Westeuropa sucht man die Wohnbaukästen durch eine großzügige Auflockerung zu entkasernieren. Rasenflächen, Büsche, schattenspendende Bäume trennen sie voneinander, Kindergärten, Gemeinschaftswaschanlagen, Bänke, Kinderspielplätze, Planschbecken sollen ein persönliches Wohnklima schaffen. Läden werden grundsätzlich miteingeplant, ebenso Kino, Apotheke, Schule, Sportplatz. 1 qm Wohnraum in diesen vom Staat errichteten Neubauten kostet höchstens 1,32 Rubel, nach Einkommen gestaffelt. Auf dem Lande helfen die Kolchosen, bäuerliche Genossenschaften, oder Sowchosen, staatliche Domänen, ihren Landarbeitern zu Einfamilienhäusern, die sie mit Eigenkapital zu eigen bauen und vererben können. Das Land bleibt Staatseigentum.

Nach dem Wohnungsbauprogramm wird jetzt das Konsumgüterprogramm groß anlaufen. Wer bezweifelt, daß dieses System auch dies schaffen wird? Wenn MIR, wenn Frieden bleibt, wie man uns allerorten sorgenvoll sagte. Daß nicht nur das Volk, sondern auch die politische Führung keinen „Heißen" Krieg will, weil sie ihn weder brauchen können, noch nötig haben, ist gern einzusehen. Neben den 1000 MIR-Plakaten aber findet sich überall die von Hammer und Sichel beherrschte Weltkugel, nicht nur über den Sarkophagen L e n i n s und S t a l i n s, vor den Mauern des Kreml. Daß der „Kalte" Krieg desto systematischer geführt wird unter Einspannung auch der weiblichen Bevölkerung — inwieweit bewußt oder unbewußt, bleibe dahingestellt —, ist gewiß. Nicht nur Berlin beweist es.

Soweit man auf Grund einer 14tägigen Informationsreise überhaupt urteilen darf, steht die sowjetische Frau nicht anders wie der Mann dort zu ihrem System, die breite Masse wenigstens. Und da die meisten Menschen dieses Landes vor 40 Jahren noch eine amorphe Masse vegetierender Analphabeten waren, ohne Recht und Möglichkeiten auf Arbeit und Bildung, ohne ausreichende ärztliche Betreuung, soziale und Rentenfürsorge, ist es nicht verwunderlich, daß der Fall Pasternak nicht typisch ist. Das sollte man nie übersehen, es könnte tödlich für uns, den Westen, werden, auch wenn manches liebe Gewohnheits- oder Wunsch-Bild dabei zerstört werden sollte!

Und noch eine Überlegung läßt diese Reise immer erneut aufkommen: Wenn dieser kollektivistische Materialismus des Ostens in fünf, sieben oder zehn

Jahren etwa die äußere Angleichung an unseren Lebensstandard geschafft haben wird, wird die ideologische Auseinandersetzung noch brennender, noch unausweichlicher werden. Wie werden wir ihr begegnen, wie mit ihr fertig werden, wenn wir weiter in den alle Geisteskräfte und alles Kulturerbe nivellierenden Konsum-Materialismus hineinschliddern, wenn wir (mit Wilhelm Röpke) weiter vom homo sapiens zum homo consumens degenerieren? Es ist gewiß ein erhebendes und erhabenes Gefühl, auf dem Podest einer 2000-jährigen abendländischen Kultur zu sitzen. Aber auch Podeste können stürzen, wenn man nichts gegen Fäulniserscheinungen ihrer Fundamente tut.

Tian Olff

Nordische Nato-Partner denken anders

Das norwegische Parlament zur Deutschlandfrage

In der ersten großen außenpolitischen Aussprache im norwegischen Storting befaßten sich die Abgeordneten der Regierung und Opposition nahezu zwei Tage hindurch mit den Aspekten der Deutschlandfrage und des Berlinproblems.

Politische Beobachter konnten in Oslo einen deutlichen Stimmungsumschwung feststellen. So lehnte es die norwegische Regierung strikt ab, eventuelle Gewaltmaßnahmen der Westmächte in Berlin gutzuheißen. Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses, Finn Moe, empfahl abermals: „Wenn wir es als Hauptaufgabe unserer Politik betrachten, den unterentwickelten Ländern zu helfen, so müssen wir eine ganz andere Politik als die westlichen Kolonialmächte führen." Verteidigungsminister Nils Handal erklärte, daß Norwegen seine Politik betreffend der Stationierung von ausländischen Truppen auf eigenem Territorium nicht ändern werde. Das gelte auch für die Pläne der Bundesrepublik, nach denen in Norwegen Basen für die westdeutsche Marine erstellt werden sollen. Eine atomare Bewaffnung der Streitkräfte käme zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in Frage.

Zur Deutschlandfrage äußerten sich u. a. folgende Politiker: Helga Seip (Liberale Vänstrepartei): „Es ist an der Zeit, daß der Westen eine dynamischere Politik in Fragen Deutschlands verfolgt. Das Schützengrabensystem ist überholt, es muß ersetzt werden durch eine kompromißbereite Verhandlungstaktik." Bei verschiedenen Regierungspolitikern klang eine deutliche Verstimmung über Bonn an. Mit einer gewissen Erbitterung wies man darauf hin, daß die westdeutsche Regierung an der jetzigen Lage große Schuld habe, da man in Bonn nicht bereit war, über die Entspannungslösungen des polnischen Außenministers Rapacki zu diskutieren. Der der Regierung nahestehende Politiker Trygve Bull (Sozialdemokrat) sagte: „Es ist nicht erwiesen, daß sich die Dinge in Westdeutschland so entwickeln, wie wir es hier alle hoffen. Es gibt Kräfte in der Bundesrepublik, die, wenn sie von der DDR sprechen, die Vokabel ‚Mitteldeutschland' gebrauchen. Demnach bestehen in der Bundesrepublik immer noch Ansprüche auf die Gebiete jenseits der Oder-Neisse-Grenze. Es ist unbedingt erforderlich, daß die Westdeutsche Regierung in dieser Frage eine eindeutige

Stellungnahme abgibt." Der Abgeordnete der Regierungspartei Sverre Löberg (Sozialdemokrat) ergänzte: „Es muß heute bereits Zweifel erhoben werden, ob Deutschland überhaupt den zweiten Weltkrieg verloren hat. Als einziges europäisches Land erhebt Westdeutschland auch heute noch Territorialforderungen im Sudetenland und an der polnischen Westgrenze." Olav Meisdalshagen (Sozialdemokrat), der ebenfalls die Meinung der Regierung Gerhardsen vertritt: „Wer garantiert uns, daß Westdeutschland nicht eines Tages aus der Nato ausbricht, um seine Ziele im Osten auf eigene Faust zu verwirklichen? Deswegen befürworten wir eine entmilitarisierte Zone in Mitteleuropa, auch wir würden uns unter diesen Umständen in Norwegen sicherer fühlen. Ich persönlich kann nicht unbedingt glauben, daß man in Westdeutschland innerhalb von wenigen Jahren friedlicher geworden ist! Wer kann garantieren, daß westdeutsche Regierungskreise ihre Atomwaffen eines Tages nicht gebrauchen werden?"

Das Parlament sprach sich erneut für den Rapacki-Plan aus und betonte, daß ein Abrüsten in Mitteleuropa heute aktueller denn je sei.

In einer Pressekonferenz in Oslo gab Ministerpräsident Gerhardsen bekannt, daß eine offizielle Einladung der skandinavischen Staaten an Chruschtschow noch in diesem Jahre verwirklicht werden soll. Man möchte damit den Ländern ein gutes Beispiel geben und beweisen, daß durch Verhandlungen mehr zu erreichen ist als durch unsinniges Drohen. In Kopenhagen und Stockholm wurden die Äußerungen Gerhardsens bestätigt. Mit einem Besuch Chruschtschows in Stockholm, Kopenhagen und Oslo wird für Mitte des Jahres gerechnet.

Dänemark lehnt USA-Waffen-Angebot ab

Das seit längerer Zeit in Kopenhagen vorliegende amerikanische Angebot, nach dem die Marine des Nato-Mitgliedsstaates Dänemark mit Hilfe amerikanischer Gelder reorganisiert werden sollte, wurde am 16. Januar von Dänemark abgelehnt. Diese Entscheidung wurde unmittelbar nach dem Besuch des amerikanischen Vizeverteidigungsministers, Staatssekretär Quarles, in der dänischen Hauptstadt bekannt. Staatssekretär Quarles, der sich auf einer Reise durch die europäischen Mitgliedsländer der Nato befand, äußerte sich in Kopenhagen sehr ungehalten über die Einstellung der dänischen Regierung. Dänemark, das als schwächtes Glied in der Kette der Nato-Staaten gilt, erwägt überdies eine allgemeine Verkürzung der Dienstzeit für Wehrpflichtige. Staatssekretär Quarles äußerte, daß dem dänischen Volk scheinbar das Verständnis für die Nato fehlt.

Das nunmehr abgelehnte amerikanische Flottenangebot sollte die Marinestreitkräfte der Ostsee verstärken. Als ersten Schritt plante Washington, daß die USA und Dänemark je 200 Millionen dänischer Kronen bereitstellten. Im Rahmen des Abkommens sollten 6 Torpedoboote, etwa 6 moderne U-Boote, einige Zerstörer und Minensuchboote über 2000 Bruttoregistertonnen in Auftrag gegeben werden. Der amerikanische Botschafter in Kopenhagen, Peterson, mußte jedoch am 16. Januar bekanntgeben, daß dieses Hilfsprogramm von dänischer Seite abgelehnt worden ist.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß Dänemark in den letzten Jahren seine Anschaffungskosten für die Streitkräfte wesentlich gesenkt hat. Einer amtlichen Veröffentlichung nach wurden für die Ausrüstung des Militärs in den vergangenen Jahren folgende Summen veranschlagt, bzw. ausgegeben:

Haushaltsvoranschlag 1955/56: 144 Millionen D. Kr., tatsächlich ausgegeben 133 Millionen; Haushaltsvoranschlag 1956/57: 124 Millionen D. Kr., tatsächlich

ausgegeben 97 Mill.; Haushaltsvoranschlag 1957/58: 83 Millionen D. Kr., tatsächlich ausgegeben 49 Mill.; Haushaltsvoranschlag 1958/59: 45 Millionen D. Kr., tatsächlich ausgegeben —. Überdies lehnt Dänemark wie Norwegen die Lagerung von atomarem Material auf skandinavischem Territorium ab.

Außenminister Jens Otto Krag hat eine Einladung des polnischen Außenministers Rapacki angenommen. Er wird voraussichtlich im Herbst des Jahres in Warschau weilen. Zum gleichen Zeitpunkt wird auch der norwegische Außenminister Halvard Lange in der polnischen Hauptstadt erwartet. Er erwidert den Besuch Rapackis vom Vorjahr in Oslo. Es gilt als sicher, daß die nordischen Außenminister erneut über den Rapacki-Plan sprechen werden. Bekanntlich findet der Plan des polnischen Außenministers in Oslo und Kopenhagen starke Zustimmung.

Pastor Herbert Mochalski

Ausbildung zum Verbrecher?

Die folgenden Ausführungen des bekannten Darmstädter Studentenpfarrers wurden der „Stimme der Gemeinde" gleichzeitig zur Verfügung gestellt. Wir sehen in diesem Beitrag eine klassische Rechtfertigung der Kasseler Rede des Kirchenpräsidenten D. Martin Niemöller, die im Wortlaut soeben im Stimme-Verlag, Darmstadt, erschienen ist. D. Red.

Nato-Planspiel. Angenommene Lage: Der aus dem Osten kommende Feind ist bis Kassel und nach Bayern vorgedrungen. Aufgabe: Das weitere Vordringen des Feindes ist zu stoppen. —

Die Städte Kassel, Fulda, Bayreuth sind in der Hand des Feindes. Durch sein rasches Vordringen sind Verluste unter der Zivilbevölkerung nicht eingetreten; sie konnte auch nicht evakuiert werden. Von der Kommandostelle ergeht Befehl an eine Raketeneinheit der Bundeswehr, Geschosse mit atomaren Sprenkköpfen auf Kassel, Fulda und Bayreuth zu setzen. —

Der Kommandeur der Raketeneinheit verweigert die Ausführung des Befehls. Er verweist auf die Zehntausende von Frauen, Kindern, Jugendlichen, Männern und Greisen in diesen Städten. Wegen Befehlsverweigerung „vor dem Feind" wird er von der Militärpolizei verhaftet. Der Militärpfarrer tritt für den Verhafteten ein. Er bittet, die Gewissensentscheidung des Kommandeurs zu respektieren. Es gelingt ihm, die sofortige Erschießung des „Befehlsverweigerers aus Gewissensgründen" zu verhindern. —

Der stellvertretende Kommandeur wird zwischen seiner Einsicht in die militärische Notwendigkeit, den Vormarsch des Feindes wirkungsvoll aufzuhalten, und der Erkenntnis, Kassel, Fulda, Bayreuth mit ihrer gesamten Zivilbevölkerung das Schicksal Hiroshimas zu bereiten, hin und her gerissen. Er läßt den Militärpfarrer aus der Baracke des Verhafteten holen und bittet ihn, ihm zu helfen. Er sei entschlossen, den Schießbefehl zu geben; nur so könne der weitere Vormarsch des Feindes gestoppt werden; er könne aber nur mit Grauen daran denken, was

das für die Zehntausende unschuldiger Menschen in diesen Städten bedeute: ihre totale Auslöschung, und für die am Rande der Todeszone von den radioaktiven Strahlungen Betroffenen ein Siechtum, das sich noch auf Generationen ihrer Nachkommen fortpflanze. Er könne aber nicht anders handeln. — Wenn er diese gewissensmäßige Entscheidung getroffen habe, dann dürfe er mit getröstetem Gewissen den Befehl geben. „Keiner von uns", so sagt ihm der Militärpfarrer, „verschließt sich dem schweren Ernst und der harten Verantwortung für die Erhaltung des Friedens, die sich durch die Erfindung der atomaren Waffen auf die Völker, ihre Staatsmänner und besonders die Soldaten gelegt haben. Wenn aber Menschen in solcher Situation nach sorgfältiger Gewissensprüfung bereit sind, ihrem Volk als Soldat zu dienen, muß ihnen auch der Beistand der Kirche gehören. Es gehört zur Bürde, aber auch zur Würde des Soldaten, daß er die schwere Spannung, in der sein Dienst heute steht, aushält. Er hat einen Anspruch darauf, daß seine Gewissensentscheidung respektiert wird."

Drei Minuten später werden mit dem Trost der Kirche und ihrer Respektierung der Gewissensentscheidung zum Massenmord 250 000 Menschen in Kassel, Fulda und Bayreuth zerfetzt.

Eine nur erdachte Geschichte? Die Nato-Planspiele und -Manöver haben bisher immer den Einsatz von Atomgeschossen vom Kaliber Hiroshima gegen unsere Städte vorgesehen. Das ist allgemein bekannt. — Der Militärseelsorgevertrag ist nach den Ausführungen des Militärbischofs Kunst im Blick auf die Möglichkeit der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen abgeschlossen worden (vgl. St. d. G. 3/96). Daß die jungen Soldaten in einer atomar ausgerüsteten Bundeswehr mit „getröstetem Gewissen" ihren Dienst tun können, ist ebenfalls die Meinung des Militärbischofs und seiner Militärpfarrer. Und die oben als direkte Rede des Militärpfarrers gekennzeichneten Sätze stammen aus dem Artikel „Niemöller sprach nicht im Namen der Kirche" des Militärbischofs K u n s t in der „Jungen Stimme" vom 7. Februar. — Das sind alles Tatsachen. Nichts ist erdacht.

Der Ernstfall werde aber nicht eintreten? Die Militärs üben nicht den Einsatz von Atomwaffen und die Militärpfarrer reden nicht vom „getrösteten Gewissen" für diesen Einsatz, um im Ernstfall das Gegenteil zu tun und zu sagen. — Und wenn Bundesverteidigungsminister Strauß erklärt, der erste Gewehrschuß wird mit einer nuklearen Explosion beantwortet werden — und bei anderer Gelegenheit, die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen reicht aus, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können, dann sollte jedem Bürger klar sein, von welchem Geist der für das Militär verantwortliche Minister besessen ist. — Es ist nur der Kontrapunkt zu diesen Auslassungen eines Gewaltdenkens, wenn Herr Strauß vor kurzem jeden als „potentiellen Kriegsverbrecher" bezeichnete, der auf Kompromißlösungen wie etwa den Rapacki-Plan oder ähnliche Ideen eingehe.

Krieg heißt heute Atomkrieg. Schon 1957 erklärte Herr Strauß auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll, er sei der festen Auffassung, daß die atomare Bewaffnung in allen europäischen Heeren kommen werde, gleichgültig, ob die Amerikaner dafür oder dagegen seien. „Ein Krieg in Europa wird ein Atomkrieg sein." Das gilt auch für „kleine" oder „begrenzte" Kriege, wie erneut die dpa-Meldung vom 4. Februar aus Washington bestätigt: „Die Vereinigten Staaten sind nach Mitteilung von Verteidigungsminister M c E l r o y darauf vorbereitet, in einem künftigen begrenzten Krieg nach Art des koreanischen Krieges Atomwaffen einzusetzen. Vor dem Militärausschuß des Repräsentantenhauses beantwortete McElroy damit Fragen nach Zusicherungen, daß Amerika darauf vorbereitet sei, begrenzte wie auch allgemeine Kriege zu führen."

Für einen solchen Krieg werden unsere Söhne ausgebildet. Auf einen solchen Krieg bereiten sich die Generale und Kommandostellen vor. Zu einem solchen Krieg müssen der Militärbischof und die Militärpfarrer den Generalen und Soldaten das getröstete Gewissen geben.

Jeder General und Offizier, der Militärbischof und jeder Militärpfarrer wissen, für welchen Krieg sie unsre Söhne und Konfirmanden ausbilden und vorbereiten. Wer von ihnen hat den Mut, zu behaupten, in einem solchen Kriege könnte der Soldat seine Mutter, seine Geschwister, seine Heimat schützen und verteidigen?

Sie wissen, daß sie unsere Söhne auf einen Krieg vorbereiten, der kein Krieg mehr ist, weil er niemanden schützt und verteidigt, sondern alle wie Ungeziefer ausrottet. Will man das noch Krieg nennen oder ist das ein Verbrechen? Mit staatlicher Legalisierung und kirchlicher Rechtfertigung? Aber selbst die staatliche Legalisierung und kirchliche Rechtfertigung eines Verbrechens entbindet niemanden von der Verantwortlichkeit für die Teilnahme daran. Auch die Massenmorde des „Dritten Reiches" waren staatlich legalisiert. —

Im Ernstfalle wird keine Zeit sein zu jenen Überlegungen zwischen Kommandeuren und Militärpfarrern, wie wir sie oben geschildert haben. Bis dahin sind sie alle „fit" gemacht und brauchen nicht mehr zu überlegen: die Offiziere, die einfachen Soldaten, die Militärpfarrer. Der Prozeß der totalen Umerziehung des sittlichen und christlichen Bewußtseins unsrer Söhne und Konfirmanden, einschließlich der Offiziere und Militärpfarrer, findet vorher, findet jetzt statt. Sie müssen lernen, im Gegner einen vernichtenswerten „Untermenschen" zu sehen. Sie müssen in ihrem Gewissen so umgeformt und umerzogen werden, daß sie die Massenvernichtungsmittel nicht nur gutheißen, sondern auch anzuwenden bereit sind. Es genügt bei der Ausbildung des heutigen Sodaten nicht mehr die technische Ausbildung. Es bedarf — in einem ganz anderen Ausmaße als bisher — vor allem der totalen seelischen Umerziehung, so daß z. B. ein junger Mensch im Ernstfalle sittlich und christlich nicht mehr „gehemmt" ist, auf die Stadt, in der seine eigene Mutter wohnt, eine Atombombe zu setzen. Diese Umerziehung müssen die Generale, Minister und Abgeordneten, die den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln in Rechnung stellen, zum Ziel haben und an unseren Söhnen durchführen lassen. Denn ohne diese Umerziehung ist ein wirksamer Einsatz unserer Söhne bei der vorgesehenen atomaren Kriegführung nicht möglich. Die Generale und Politiker, die das planen — und sie haben es in ihrem Plan! —, begehen kein geringeres Verbrechen als Hitler, der junge Menschen in der SS dazu erziehen ließ, auf Befehl zu morden.

Kennzeichen und Ehre des Soldaten sind, daß er mit seinem Leben das Leben anderer schützen will. Heute wird dem Soldaten seine Ehre genommen. Wird er heute nicht angeleitet, sein eigenes Leben zu erhalten, um möglichst lange an einem technisierten Massenvernichtungsverfahren mitwirken zu können, das Freund und Feind nicht kennt? Wird er damit nicht zum Verbrecher ausgebildet? Dieser Sachverhalt steht zur Debatte. N i e m ö l l e r hat ihn in Kassel beim Namen genannt. Jeder Bürger, jeder Soldat, sollte ihm dafür dankbar sein.

Prof. Dr. Emil Fuchs

Christentum und Sozialismus

Der nachstehende Beitrag enthält manche Gesichtspunkte, die im westlichen Teil Deutschlands auf Widerspruch stoßen werden. Jeder wird aber den Ernst würdigen, mit dem der Leipziger Theologe Probleme des Christen im sozialistischen Staat behandelt. Wir geben den Ausführungen Raum, da die Kenntnis der hier vertretenen Überzeugungen uns für die notwendige Auseinandersetzung nützlich erscheint. Der Verfasser ist der Vater des Atomphysikers Klaus Fuchs. D. Red.

I.

Im Jahre 1843 erschien das Buch „Die heilige Familie", eine Streitschrift von Karl Marx und Friedrich Engels gegen Bruno Bauer. In ihm schreiben sie: „Die besitzende Klasse und die Klasse des Proletariats stellen dieselbe menschliche Selbstentfremdung dar. Aber die erste Klasse fühlt sich in dieser Selbstentfremdung wohl und bestätigt, weiß die Entfremdung als ihre eigene Macht und besitzt in ihr den Schein einer menschlichen Existenz; die zweite fühlt sich in der Entfremdung vernichtet, erblickt in ihr ihre Ohnmacht und die Wirklichkeit einer unmenschlichen Existenz. Sie ist, um einen Ausdruck von Hegel zu gebrauchen, in der Verworfenheit die Empörung über diese Verworfenheit, eine Empörung, zu der sie notwendig durch den Widerspruch ihrer menschlichen Natur mit ihrer Lebenssituation, welche die offenherzige, entschiedene, umfassende Verneinung dieser Natur ist, getrieben wird."

Johann Hinrich Wichern hat um dieselbe Zeit diese Not gesehen und rief die Kirchen auf, zu helfen. Zweierlei ist bei ihm anders geschaut: Er sieht die furchtbare Zerbrochenheit der Massen und das fortschreitende Zerbrechen. Aber er sieht es als Einzelschicksal der Vielen, und er ruft auf, durch Erfassen dieses Einzelnen, Stärkung seiner persönlichen und materiellen Kräfte Hilfe zu schaffen. Ganz ohne Zweifel hat die Innere Mission vielen persönlich geholfen. Aber Karl Marx fand die Antwort der Massen der Unterdrückten. Er deutete ihnen ihr Schicksal als Massenschicksal in der werdenden industriellen Welt. Da fühlten sie sich verstanden. Die Denkenden dieser Masse lauschten auf und hörten die Stimme, die ihnen nun das kündete, was er selbst in den Thesen zu Feuerbach sich gesagt hatte: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern".

Wichern und die Seinen wollten in schwerem Arbeiten die proletarischen Massen zurückführen zu echtem kirchlichem Gemeindeleben und zu einem Staatsbewußtsein, in dem sie einer königlichen Obrigkeit das Vertrauen schenkten, daß diese den Weg der Hilfe, der Einschränkung der Ausbeutung und eines frohen Familienlebens und Schaffens für sie finden werde.

Karl Marx rief diese Massen auf, sich dessen bewußt zu sein, daß sie als die einzige Klasse, die das ganze Elend wirklich erkenne, berufen seien, die Veränderung der Gesellschaft zu schaffen. Er gab diesen Denkenden der Arbeiterschaft das Bewußtsein einer Aufgabe, einer Aufgabe nicht nur für sich, sondern für die Menschheit. Er trug in die Massen das hinein, was allein einen zerbrochenen Menschen aufrichten kann, die sittliche Aufgabe.

Und da die Massen — wie er selbst — nun dieser Aufgabe gegenüber den Staat als Feind fanden und mit dem Staat die organisierte Kirche — eingeschlossen einen Wichern, der ja dafür kein Verstehen haben konnte —, so erfaßte die Masse ihre Aufgabe immer leidenschaftlicher. Sie sang: „Es rettet uns kein höhres Wesen, kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun. Und wollen wir die Welt erlösen, so müssen wir es selber tun!" Es selber tun: Hier klang es erschreckend

den Kirchen und Christen in die Ohren, das Wollen des für sich selbst verantwortlichen, mündigen Menschen. Aber es klang im Tone der bittern Feindschaft und Ablehnung aller Religion und Kirche — der große Gegensatz zwischen den beiden Mächten war da, der bis heute nicht überwunden ist.

II.

Das ist die geschichtliche Realität — und doch müssen wir als Christen es immer wieder als tiefe Schuld empfinden und durchleben. Karl Marx sah, daß die Obern und die Untern um ihr Menschsein gebracht wurden. Die Kirche und ihre Christen sahen es nicht. Das, was im Laufe des 19. Jahrhunderts immer deutlicher wurde, daß der wilde Konkurrenzkampf die Menschen um ihr Gewissen brachte, daß eine Welt sich bildete, in der man überall als Zweck der Arbeit nur den Erwerb, das Gewinnen, den Lohn, den Profit sah, sehen mußte, erkannte man nicht. Man weist heute oft in kirchlichen Kreisen darauf hin, daß auch in kapitalistisch arbeitenden Ländern die Arbeitermassen finanziell viel besser gestellt sind als früher, daß es ihnen teilweise erstaunlich wohl geht. Man sieht nicht, daß sie deshalb doch immer weiter von allem geistigen Leben abgetrieben werden, dem religiösen sich entfremden, geistig nur das suchen, was leicht, oberflächlich, die Bequemlichkeit nicht stört — daß alles weitergeht, wie bisher, die Arbeit weiter auf die Unselbständigkeit der Massen gebaut ist, auf eine Herrschaft, die ihnen das Selbstdenken und die eigene Verantwortung abnimmt und die ihnen und den Herrschenden das als unwesentlich erscheinen läßt, was uns Christen das Wesen des Menschen ist. „Panem et circensis" — in allen diesen Ländern ist das die Methode. Und die Kirchen sehen bis heute noch nicht, wie unendlich wahr das Wort Jesu ist: „Es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe denn ein Reicher ins Reich Gottes" (Matth. 19, 24). Er sah, wie alles Menschsein und alle gestaltende Menschenkraft dem verloren geht, der nur noch an sich denkt und keinen Bruder kennt.

Müssen die Christen und ihre Kirchen nicht endlich zu der Erkenntnis erwachen, daß wir nicht Christen, nicht Jünger Jesu sein können, wenn nicht über unserem Leben eine Aufgabe der Liebe steht, die uns ruft, für die andern, für das, was größer ist als wir, für Ihn und seine Brüder und Schwestern? — Und kann dies über uns stehen, wenn wir vom Tage der Geburt an verurteilt sind, all unsere Kräfte aufzubieten, daß wir leben können, und dazu verurteilt sind, nur leben können, wenn wir es dem andern abkämpfen? — Es ist keine Utopie, die uns ruft, und keine Schwärmerei; es ist die einfache Aufgabe des Menschen, der für seine Mitmenschen verantwortlich ist: eine Gesellschaft zu schaffen, in der wir füreinander, miteinander arbeiten. Der junge Marx hat dies Ziel so formuliert: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist".

III.

Ein sehr gehässiges und sehr wenig in die Tiefe gehendes Ringen vollzog sich zwischen der sozialistischen Bewegung und den Kirchen. Die Kirchen hatten gegen den „Unglauben" zu kämpfen und vergaßen, die Verantwortung zu bilden für das Schicksal der Massen; die Sozialisten vertraten die These, daß die Massen durch Kirchenaustritt frei würden, und bewältigten nicht die Aufgabe der Neugestaltung der Gesellschaft. Und der Machtwahn der Herrschenden konnte H i t l e r und die Gegenrevolution und das ganze Elend wirken.

Inzwischen vollzog sich in Sowjet-Rußland die gewaltige Umwälzung. Nun stehen sich die beiden Lager gegenüber. Ungeheuerlich verschärften sich die

Gegensätze durch alles, was im bitteren Kampf von beiden Seiten geschehen ist, durch das Mißtrauen, das die Kämpfe um die Gestaltung der Gesellschaft zugleich als Kampf zwischen Glaube und Unglaube sieht.

Soll das so weitergehen? Hier haben wir Christen zuerst dies zu beweisen, daß unser Herr Jesus Christus eine Kraft der Freiheit ist. — Ja, wir alle sind beherrscht von unserer Klassenzugehörigkeit und unseren Klasseninteressen. Wir alle sind leicht hingerissen von dem, was um uns herrschend klingt und singt und ruft. Jesus Christus aber weckt jene echte und tiefe Liebe, die Verantwortung ist für den Bruder und sein Schicksal und sein Wollen, ob es Irren sei oder Klarheit. Ist nicht das ein Entscheidendes für alle Verkündigung des Evangeliums, daß es sich bewährt als diese Macht der Freiheit? Bei uns hier im Osten muß es uns die Kraft geben zu schauen, daß diese „Kommunisten", die sich als Atheisten bekennen und unsern Glauben ablehnen, zum Teil ihm feindselig gegenüberstehen, eine Zielsetzung in sich tragen, in der sie etwas Großes, Gutes, Friedenbringendes für ihr Volk, für die Menschheit zu schaffen glauben. Wir müssen der Vielen echte, tiefe, opferbereite Verantwortung für diese ihre Schau und Sache erkennen, sehen, daß ihre sozialistische Zukunftsschau durchaus nicht einfach identisch ist mit ihrer atheistischen Weltanschauung. Gewiß, sie selbst glauben das. Sie meinen, daß Christsein unbedingt bedeute eins sein mit der überlieferten Gesellschaftsgestaltung und ihren Herrschaftsverhältnissen, daß nur die Lösung vom christlichen Glauben fähig mache, dem Werdenden zu dienen. Wir aber sehen — wenn wir die Augen offen halten —, daß sie an einer Sozialfürsorge arbeiten und weiter planen — in unserm armen Staat —, die alle umfaßt, daß hier auch eine Gesinnung arbeitet, die den Menschen — jeden Menschen als Menschen nimmt, dem geholfen werden muß. Wir erleben, wie diese Fürsorge das eben geborene Kind umfaßt und sein Leben begleiten möchte, daß kein Heranwachsender ohne die ihm geeignete Ausbildung bleibe, daß unsere Jugend bewahrt werde vor zerrüttender Lektüre, Schaustellung und Lebensweise. Wir erleben eine Jugend- und eine Ehegesetzgebung, getragen von echter Verantwortung für die Bedeutung dieser Lebenswirklichkeiten für das ganze Volk. Wir erleben eine Sorge für die Ausbildung der jungen Menschen für die Aufgaben, die die rasende Entwicklung der Technik stellt. Das alles sehen wir getragen von einem Eifer, die Menschen zu wecken für ihre Mitverantwortung an dem allem. Der Arbeiter wird aufgerufen, in seiner Fabrik, des Volkes Eigentum, mitzuwirken, daß die Arbeit so sorgfältig, so sparsam, so gut als möglich für die Gesamtheit getan wird.

Indem wir uns mit hineinstellen in dieses Gerufensein zur Mitverantwortung, erleben wir, wie intensiv, wie echt es von denen getragen ist, die es einmal begriffen haben. Und nun! — Gewiß! Das alles ist durchzogen von der Weltanschauung des dialektischen Materialismus, bezogen auf seine Erkenntnisse und getragen von seinen Zukunftsschauungen. Mit ihm stößt der Christ in seiner Mitarbeit dauernd zusammen. Mehr! — Der Eifer ist zum Teil getragen von Menchen, die für den, der die Zielsetzungen noch nicht begriffen hat, kein Verstehen aufbringen können, und nun hetzen und jagen, wo sie Verständnis wecken und erziehen müßten. Hier ergeben sich jene Erscheinungen, die von Menschen hier und von der westlichen Welt als Erscheinungen des Zwanges, der Versklavung und Mißachtung im Menschen gesehen werden. Je mehr aber die neue Gestaltung sich durchsetzt und je mehr die Menschen sich einander und die Sache verstehen lernen, desto deutlicher tritt das zurück.

Da nun christlicher Glaube am stärksten in den Schichten festgehalten wird, die am langsamsten in das Neue hineinwachsen, eint sich dies Erfahren oft mit dem Erfahren des Christen, daß er um seines Christseins willen benachteiligt

sei! Wir aber, die wir uns hineingestellt haben, erfahren es anders. Wir werden herausgehoben aus unserer individualistischen Einstellung sowohl der Arbeit wie den Menschen gegenüber. Die neue Kameradschaft und die neue Kollektivverantwortung, die da wächst, wo jene einfache individualistische Haltung überwunden ist, erscheint uns nicht als Verlust, sondern als ein Fortschreiten zu einer werdenden höheren sittlichen Einstellung. Es wird uns deutlich, daß hier den Arbeitenden der Massenproduktion zum ersten Male überhaupt das gegeben und gezeigt wird, was persönliche Verantwortung ist.

Mir altem Mann der Volksbildungsbewegung wird deutlich, warum wir früher froh sein mußten, wenn wir unter unseren Freunden einen unter Fünfzig dazu brachten, selbständig Goethe oder Schiller oder Wilhelm Raabe usw. zu lesen, während heute die vielen, besonders die jungen Menschen in einer Weise gute Literatur lesen, Theater besuchen, Konzerte hören, wie es früher undenkbar war. Sie erleben nun Entscheidung, Verantwortung im eigenen Leben. Sie sind nicht mehr einfach Kommandierte, die nur irgendwie Vergnügen, Zerstreuung und Stillung von Lebenshunger suchen. Sie suchen Führung, Hilfe fürs Nachdenken, für eigene Lebensführung und Verantwortung in der Lektüre.

Sind das nicht aber alles Zielsetzungen, die der Christ bejahen muß? — Die östlichen Völker — einschließlich Rußlands — bringen diesem Aufgerufensein zu eigener Verantwortung und eigener Kraftentwicklung ihr unzerstörtes naturhaftes Verbundensein entgegen. Das gibt ihnen eine mächtige Schöpferkraft verantwortungsvoller Arbeit für das Ganze, eine Opferbereitschaft und eine Kultur tragende Energie. Sie sollte den alten müden Völkern deutlich machen, daß ein Erwachen für sie sehr nötig ist, damit sie die menschliche Zerstörung überwinden, die der Kapitalismus ihnen schuf und schafft.

Die Orthodoxe Kirche der östlichen Länder hat an dieser Kraft der Ursprünglichkeit und Kindlichkeit teil. Sie ist weithin ihr Träger. Wo wir das sehen, müssen wir erkennen, daß unser deutscher, so sehr vom rationalen Denken gestalteter Protestantismus sich besinnen muß auf das Evangelium, das ihn lösen könnte von seinem Verschlungensein in die überlieferte Gestaltung des Gesellschaftslebens und seiner theologischen Verkrampftheit. Uns kann das nicht geschehen durch ein künstliches Zurückversetzen in das, was wir geschichtlich nicht mehr haben und haben können. Es kann uns aber geschehen durch eine wahrhafte Hingabe an den, der im Evangelium vor uns steht und uns zu jener Freiheit ruft, zu jenem Wagnis: „Laß die Toten ihre Toten begraben, du aber gehe hin und verkündige das Reich Gottes" (Luk. 9, 60).

Rings um uns geschieht ein Werk. Da sind Zielsetzungen verbunden mit einer Gesamtschau, die uns fremd ist — aber aus ihr geschehen Gestaltungen, die Verantwortung wirken von Mensch zu Mensch. Wenn wir wagen, uns hineinzustellen, geschieht uns etwas Merkwürdiges: Immer klarer finden wir unsern Weg!

Jesus Christus rief uns nicht wie Karl Marx zur Änderung der Gesellschaftsordnung. Nicht zeigte er uns einen Plan, wie wir sie erneuern sollten. Aber sehr deutlich zeigte er den Seinen, daß die Art, wie wir miteinander leben, falsch ist. „Es war ein reicher Mann, der lebte herrlich und in Freuden . . . Es war aber ein Armer, der lag vor seiner Tür voller Schwären . . ." heißt es und dann so selbstverständlich: „Als er nun in der Hölle und in der Qual war" (Lukas 16, 19 ff.). Daß diese Hölle und Qual im Werden war, sah Karl Marx. Wir selbst schufen sie uns. Nun begannen Menschen das zu überwinden, was die Menschen gegeneinander hetzt und in dem einer dem andern sein Menschsein zerstört. Dürfen wir als Christen ein Hindernis sein oder auch nur gleichgültig? Es erheben sich Zielsetzungen praktischer Art, die wir bejahen müssen. Das Merk-

würdige geschieht, daß der Christ, der sich hineinstellt, immer klarer seinen Weg in diesen Zielsetzungen findet, der Gegensatz verschwindet. Der Marxist sieht, daß hier seine Ziele — unter Umständen besser, als er es glaubte — gefördert werden. Und der Christ selbst erlebt, daß seine Hingabe an Jesus Christus klarer und stärker wird, weil er Schritt für Schritt seine Kraft und Klarheit suchen muß.

Das alles ist ja nicht fertig. Das alles ist ja nicht etwas, was nun auf der Hand liegt, daß jeder Christ oder Marxist es sehen kann. Das Ganze ist ja ein schweres, hartes Arbeiten und Werden, wie es sich unter Menschen und in menschlichen Verhältnissen vollzieht. Bitterkeiten prallen aufeinander, Vorurteile reagieren sich ab, Menschen tappen im Dunkeln und können sich nicht zurechtfinden — besonders da ja so viele kirchlich führende Menschen sich nicht bereitfanden, die Dinge klar zu durchdenken. Wie viele Menschen sprechen noch vom „atheistischen" Staat, den sie ablehnen trotz der großen Zahl der mitarbeitenden Christen, die alle wie ich dieselbe Erfahrung machen. So können sie auch die Freiheit und Demokratie unseres Staates und seiner Wahlen nicht begreifen, die aus der Verantwortung der gemeinsamen Arbeit wachsen, in der jeder seinen Einfluß hat schon bei der Aufstellung der Kandidaten durch die Massenorganisationen, in denen er mitarbeitet, und dann wieder bei der Vorstellung und Prüfung der Kandidaten in öffentlicher Versammlung bis zum letzten Akt, der ein Aufruf und Weckruf für die ist, die immer noch nicht mit in die Verantwortung getreten sind.

Immer stärker verlegt unser Staat die gestaltende Verantwortung in die untern Organe der Städte und Bezirke und damit auf die Schultern der vielen, die in ihnen in enger Verbindung mit der Bevölkerung arbeiten. Diese wieder sind dann die, aus deren Reihen sich das Parlament zusammensetzt. Je mehr die erwachende Verantwortung der arbeitenden Menschen dies trägt und versteht, desto mehr wächst die neue Demokratie aus der Arbeit. Bis jetzt ist das bewußt von Christen weniger erfaßt. Je mehr christliche Männer und Frauen sich hier einsetzen, desto mehr werden sie mithelfen, die geistige Wirklichkeit zu gestalten, die einmal die neue Welt Menschen verbindend durchdringen wird.

Warum aber die Flucht nach dem Westen? Es ist Aberteuerlust dabei. Es ist die Verlockung der Fremde, die dem jungen Menschen immer als herrlich erscheint. Es ist viel sehr geschickte Abwerbung und Verlockung dabei. Es sind die „Schaufenster", es ist das Mehr an Warenfülle. Die Hauptursache aber, besonders bei älteren Menschen und bei jungen Menschen aus den konservativen Familien, ist die Haltung, die ich einige Male gezeichnet habe. Man steht so selbstverständlich in der überkommenen Welt. Man identifiziert sie mit dem Christsein. Man denkt gar nicht daran, sich diese neue Welt einmal anzusehen und über sie nachzudenken. Aber diese ist da, umringt einen. So kommt es, daß je mehr der Sozialismus sich festigt, desto mehr Menschen plötzlich erkennen, daß sie das bisher nicht begriffen haben, in einer Fremde stehen, die sie fürchten, und die sie sich mit Schrecknissen ausmalen. Ein wenig standhalten, ein wenig überdenken, ein wenig von der innern Freiheit Jesu Christi würde genügen, um ihnen zu helfen. Wo es gelingt, einen innerlich unklaren Menschen dazu zu führen, ist er auch gesichert gegen die „Verlokkung" des Westens. Er erkennt, daß wir zwar eine andere Form der Freiheit haben, aber eine wachsende, starke Freiheit — in tiefer Verantwortung für uns selbst, die Mitmenschen, das Ganze.

Am schwierigsten vollzieht sich das alles in der Erziehung. Marxisten und Christen müssen lernen, wie man unterrichtet und erzieht und wie man die

neuen Erkenntnisse behandelt, die heute jedem Kinde zugänglich gemacht werden müssen. Es rächt sich an der Kirche, daß sie vor hundert Jahren wohl Wege fand, die gebildete Welt mit dem Bewußtsein zu rüsten, daß der Glaube nicht einfach an die alten Formen gebunden ist. Der Marxist aber muß lernen — und umgekehrt der christliche Lehrer muß es lernen —, mit dem andern im selben Schulsystem Kinder zu unterrichten, die man nicht dadurch kränken und bitter machen darf, daß man die Haltung ihrer Eltern beleidigt. In der einen Schule haben Lehrer das gelernt, in der andern nicht, und Härten entstehen. Die Aufgabe der pädagogischen Verantwortung im harten Übergang ist gestellt und muß von beiden Seiten her gelöst werden.

Nun ziehen neue Aufgaben und Nöte in das Dorf ein mit den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Der Bauer muß lernen, aus dem Individualismus heraus zur Verantwortung für den andern und das Ganze zu kommen. Nicht der Sozialismus erzwingt das, sondern die Maschine, die das Wirtschaften auf kleinem Grundtück unrentabel macht, und ebenso der Schwund der Arbeitskräfte auf dem Lande.

Überall ist die Frage gestellt: Wer wird diese Umbildung vollziehen? Werden sich dazu nur unter den Marxisten Menschen finden? Werden unter den jungen Menschen, die das alles jetzt zu leisten haben, genügend wahrhaft christlich denkende Menschen sein, die sich zugleich über diese Aufgaben Klarheit und für ihre Lösung die nötigen Kenntnisse (natürlich auch des dialektischen Materialismus) schaffen? Nicht in den Kämpfen zwischen Kirche und Regierung oder denen um Jugendweihe und Konfirmation wird entschieden, wie weit das Christentum eine starke Kraft der Zukunft ist. Diese Frage wird entschieden durch die Kraft und Klarheit und Überzeugungstreue derer, die in der Gestaltung der Arbeit das Neue schaffen — aus der Liebe, der Klarheit, der Verantwortung des Geistes Jesu Christi.

IV.

Und die Menschen drüben — in der westlichen Welt? Ist ihnen nicht auch die Aufgabe gestellt, sich durch Jesu Geist frei machen zu lassen von all den Suggestionen und Verleumdungen unserer östlichen Welt und der Kommunisten? Schieben wir es beiseite, wenn uns immer wieder die alten bittern Dinge vorgeführt werden, die im Kampfe hüben und drüben geschahen und hüben und drüben zum Teil noch geschehen. Schieben wir auch die Bitterkeiten beiseite, wie sie im Ringen geistiger und wirtschaftlicher Mächte unter Menschen da sind und da sein werden. Lernen wir den Kommunisten sehen als einen Menschen, der etwas Gutes will, und lernen wir es verstehen. Das bedeutet nicht, daß wir alles gut heißen, was er tut und wie er es tut. Es bedeutet keineswegs die Bereitschaft, es zu übernehmen, zu übertragen, zur eigenen Ideologie auszurufen. Es bedeutet aber, daß wir ihn achten können und wollen als einen Menschen, der in leidenschaftlicher Verantwortung der Menschheit aus einer sie zerstörenden Lage helfen will. Sobald wir das sehen und sehen können, wird sich das Tor zur Verständigung öffnen.

Dann steht die Frage vor Euch drüben, was Ihr aus Euren Vorraussetzungen und Eurer Lage heraus tun könnt und müßt, ehe es den zerstörenden Mächten gelungen ist, den Menschen zufrieden zu machen mit einem Los, bei dem er Geld verdient und sich amüsiert und kein Mensch mehr ist. „Das Reich Gottes stehet nicht in Worten, sondern in Kraft" (1. Kor. 4, 20). Dies scheint mir der Christenheit heute deutlicher als je gesagt: Im Osten steht sie vor der großen Frage, welche Geistesmacht die innere Mächtigkeit haben wird, das Neuwerden in seinen Sitten, Wirklichkeiten, sittlichen Überzeugungen und Haltungen zu

formen und zu bilden. Die westliche Welt hingegen steht vor der Frage, welche Geistesmacht die Neugestaltung tragen wird und unter den vom Kolonialismus sich befreienden Völkern die Freiheit formen wird.

Es scheint uns heute, als ob wenig Hoffnung wäre, daß die müde gewordene Christenheit es tut. Daß Jesus Christus die entscheidende Macht in dem allem sein wird, ist mir gewiß — die Christenheit wird es sein, wenn sie zu ihm erwacht.

Götz Gruber, stud. phil.

Für Algerier keine Hilfe

Eine farblose Vierzimmerwohnung in einer kleinen Nebenstraße in Lausanne ist heute — nach dem Verbot in Frankreich im Januar 1958 — das europäische Büro der Union Générale des Etudiants Musulmans Algériens, des algerischen studentischen Nationalverbandes. Eine alte, klapprige Schreibmaschine, ein Schrank mit Aktenordnern gefüllt, einige große Tische mit langaufgerollten Stammrollen bedeckt, in die in langen Kolonnen und in vielen Handschriften die Namen und die Studienwünsche der algerischen Flüchtlingsstudenten aus Frankreich und Algerien eingetragen sind — eine Chronik der Angst und der Hoffnungen.

In zwei Räumen sind die Fußböden mit Matratzen bedeckt — das erste Durchgangslager der jungen algerischen Intelligenz. In der Küche Konserven mit Etiketten aus aller Herren Länder — die Mehrzahl aber verrät ihre Herkunft aus Ländern hinter dem Eisernen Vorhang. Wie in der Küche die Nahrungsmittel, so stammen auch die Stipendienangebote in den Akten des Büros im Übermaß aus den Ostblockländern. In diesem Büro wird der Studienweg der Flüchlinge festgelegt und damit vielleicht auch die politische Zukunft Algeriens. Einhundertfünfzig Algerier studieren heute schon in den Ostblockländern mit großzügigen Stipendien, die für ihr ganzes Studium gelten. Achtzig studieren in der DDR; 250 Studenten haben Studienplätze in Marokko, Tunesien und in der Arabischen Republik gefunden. Die Mittel hierfür bringen die Gastländer auf, wie auch für die 45 Studenten, die in Lausanne ihr Studium fortsetzen.

Und der freiheitliche Westen? Nur 39 Stipendien sind bisher zur Verfügung gestellt worden, aus mühsam zusammengetragenen Einzelbeträgen gespendet von Studenten und Privatpersonen (Bundesrepublik 2, Ghana 2, USA 5, Neuseeland 1, Pakistan 5, Schweiz 3, Schweden 1, Italien 3, Jugoslawien 10, Australien 5, Guatemala 1, Norwegen 1 — 23 weitere Stipendien sind versprochen worden).

Zwei Stipendien aus der Bundesrepublik! Dabei studieren über 1500 ausländische Studenten mit Stipendien in Westdeutschland. Auf der Stammrolle im Lausanner Büro ist fast hinter jedem Namen der Wunsch verzeichnet, in Deutschland weiterzustudieren! Aus der DDR liegt noch ein Angebot von 150 Stipendien vor, aus Rotchina erwartet man große finanzielle Hilfe. Diese Angebote bedeuten viel für die Studentenvertreter in Lausanne, denn das Weiter-

studium für die 350 noch in Frankreich verbliebenen Studentinnen und Studenten wird immer mehr gefährdet. Wer weiß, wer von ihnen bald das Schicksal seiner 30 Kommilitoninnen und Kommilitonen teilt, die am 13. Dezember 1958 an den Universitäten verhaftet wurden und in die Gefängnisse der Fallschirmjäger verschunden sind. Sie hatten angeblich versucht — so schreibt Le Monde —, ihren im Januar 1958 von der Regierung aufgelösten Nationalverband wiederzugründen.

Wohin mit 350 potentiellen Flüchtlingen? Sicher werden sie nicht von westeuropäischen Ländern aufgenommen, die sich sogar im Sozialausschuß der Vereinten Nationen Anfang November mit seltener Einmütigkeit der Stimme enthielten, als der Hohe Kommissar für Flüchtlingsfragen der UN die Unterstützung der algerischen Flüchtlinge in Tunis und Marokko empfahl. Gewiß wird auch nicht einmal ein Bruchteil von ihnen in der Bundesrepublik studieren. Die Besuche französischer Interessenvertreter bei der Industrie und privaten Organisationen sind nicht erfolglos gewesen. Und seit in Bonn die Schüsse auf den Algerier Ait Ahcene abgegeben wurden, ist das schmale Rinnsal der Hilfeleistungen ganz versiegt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat die drei von ihm in Aussicht gestellten Stipendien noch immer nicht bereitgestellt. Die vierzig angekündigten Stipendien deutscher Indusrievereinigungen sind nie ausgezahlt worden. Man hatte ohnehin schon vorsichtig taktiert und sich über telefonische Versprechungen hinaus nie festgelegt.

Die deutschen Studentenvertretungen sind gegen diesen Wall vorsichtiger Ablehnung vergeblich angerannt. Das Auswärtige Amt hatte vor Monaten versprochen, zu prüfen, ob man den algerischen Studenten mit Regierungsstipendien helfen könnte. Man prüft noch immer — vielleicht, weil das gute Verhältnis zu Frankreich auf dem Spiel steht.

Ein junger Algerier, der schon mehrere Jahre in Deutschland lebt und offenbar gut beobachten kann, sagte uns verbittert: „Als Flüchtling wird anerkannt und unterstützt, wer dem Staate nützt — denken Sie nur an Ungarn. Der Staat bestimmt auch, wer sich seine Freiheit erkämpfen darf und welchen Freiheitskampf er unterstützt, weil er in seine Politik paßt. Wir werden unsere Freiheit erkämpfen, aber Ihr Staat und der ganze Westen wird den Krieg um Nordafrika verlieren!"

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut des Antrages von 40 Abgeordneten der Labour-Party betreffend die Anerkennung der DDR

„In Anerkennung dessen, daß die gegenwärtige internationale Spannung nicht ohne eine Lösung des Deutschlandproblems und ohne den Abschluß eines Friedensvertrages, der die Nachbarn Deutschlands vor einem Wiederaufleben der deutschen militärischen Aggression bewahrt, gemildert werden kann, würde dieses Haus die De-facto-Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch die Regierung ihrer Majestät sowie ein Abkommen zwischen dieser Republik und der Deutschen Bundesrepublik über die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates, mit dem ein Friedensvertrag verhandelt werden könnte, begrüßen. Der Friedensvertrag sollte, im Sinne einer Politik des Disengagement, die Zulassung eines vereinigten Deutschlands zu den Vereinten Nationen und seinen Ausschluß aus Militärbündnissen vorsehen."

Die Unterzeichner: Sydney Silverman, Konni Zilliacus, Ian Mikardo, Stephen Swingler, William Warbey, Ben Parkin, McCann, Owen, Orbach, Weitzman, Monslow, Hector Hughes, Grey, Kenneth Robinson, Frank Allaun, Emrys Hughes, Fenner Brockway, Watkins, Snow, Fernyhough, Oram, William Reid, Sydney Irving, Woof, Arthur Lewis, J. P. W. Mallalieu, William Griffiths, Mrs. Lena Jeger, Julius Silverman, Pargiter, Royle, Will Paling, Sir Leslie Plummer, Ellis Smith, George Craddock, Timmons, Robert Edwards, John Baird, Harold Davies und John Rankin.

Wortlaut der Rede von George F. Kennan vor dem Unterausschuß für Abrüstung des US-Senats für Auswärtige Beziehungen (4. Februar 1959)

A. Fragen der Rüstungskontrolle

1. „Es gibt gewichtige und zwingende Gründe, die allgemein dem Erfolg jeder Bemühung widerstreiten, eine Herabsetzung und Kontrolle der Rüstungen durch formelle internationale Abkommen, besonders multilaterale Abkommen, herbeizuführen und warum die Geschichte — obwohl sie zahlreiche Beispiele von Bemühungen in dieser Richtung bietet — nur wenige erfolgreiche registriert, ausgenommen wenn die in Frage stehenden Waffen im Veralten oder besonders unmenschlich waren, oder wo der politische Anreiz zu militärischer Konkurrenz bereits beseitigt war. Aber über diese allgemeinen Schwierigkeiten hinaus gibt es gewisse besondere Besorgnisse und Befürchtungen, die jetzt die Aussichten auf irgendwelche Fortschritte zur Rüstungskontrolle durch Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion beeinträchtigen.

In Rußland liegt die Hauptschwierigkeit in zwei Erscheinungen, die beide tief in der russischen Staatskunst der zaristischen ebenso wie in der sowjetischen Zeit wurzeln. Erstens eine Passion für Geheimhaltung und eine extreme, oft unbegründete Furcht vor jeder ausländischen Beobachtung des Lebens und der Zustände innerhalb des Landes; zweitens die Gewohnheit, Landstreitkräfte in massivem Umfang zu unterhalten, der jede sichtbare Notwendigkeit der äußeren Verteidigung überschreitet. Die erste dieser Erscheinungen erschwert jedes Mal Fragen der Inspektion und Vollstreckung jedes denkbaren Abkommens über Rüstungskontrolle; die zweite trägt dazu bei, einen so großen Unterschied in der Größe der sowjetischen und der westlichen Landstreitkräfte zu schaffen, daß es schwierig wird, irgendein funktionsfähiges Mittel zur beiderseitigen Herabsetzung solcher Streitkräfte zu finden. In diesem Zeitpunkt gibt es wenig, was wir mit diesen Zuständen anfangen können.

2. Es gibt jedoch gewisse, ähnlich abnormale Starrheiten in unserer eigenen Haltung, die ebenfalls Aufmerksamkeit verdienen.

Erstens haben wir zugelassen, daß militärische Kosten und Verwaltungs-Verfahren sich in einer Weise entwickelt haben, daß es für uns schwierig ist, in Friedenszeiten mehr als verhältnismäßig kleine Bodenstreitkräfte zu unterhalten. Das bedeutet, daß wir wenig als Tauschmittel in irgendwelchen Verhandlungen hinsichtlich der Herabsetzung oder Begrenzung der Landstreitkräfte anzubieten haben. Durch die Aufrechterhaltung einer zu kleinen herkömmlichen Streitmacht tragen wir — mit anderen Worten — zu der Verschiedenheit bei, die ein Abkommen erschwert, gerade wie die Russen dazu beitragen, indem sie eine zu große unterhalten.

Zweitens — genau weil wir uns davon überzeugt haben, daß wir in der Entwicklung herkömmlicher Streitkräfte nicht konkurrieren können — haben wir uns erlaubt, in unserer Planung und unseren Berechnungen von Atomwaffen abhängig zu werden und haben uns auf die erste Anwendung solcher Waffen in jedem ernsten militärischen Zusammenstoß festgelegt, ob sie nun gegen uns angewandt werden oder nicht. Neben der Tatsache, daß diese Waffen jetzt geradezu selbstmörderische Wirkungen haben, so daß ein Krieg, in welchem beide Seiten sie benutzen, eine Katastrophe an sich sein würde, hat uns die Abhängigmachung unserer Verteidigungspolitik von Atom-Waffen in eine Lage gebracht, wo wir die Abschaffung der Waffe selbst dann nicht akzeptieren könnten, wenn unsere wichtigsten Gegenspieler, die uns wiederholt eingeladen haben, sie allgemein abzuschaffen, uns die idealsten Inspektions-Einrichtungen als ein Mittel anbieten würden, um uns bei einem solchen Schritt von ihrem guten Glauben zu überzeugen.

Wir sind somit vom Fortschritt in der Kontrolle der herkömmlichen Rüstungen durch die außerordentliche Verschiedenheit in der Größe unserer konventionellen Streitkräfte und der ihrigen ausgeschlossen. Und wir sind davon ausgeschlossen, sehr weit in Richtung auf eine Herabsetzung oder Begrenzung atomarer Rüstungen voranzukommen, durch die Tatsache, daß wir — wie die Dinge heute stehen — uns von der fortgesetzten Pflege solcher Rüstungen und ihrer Anwendung im Kriegsfall abhängig fühlen, selbst wenn unsere Widersacher sich ihrer vollständig entledigt hätten.

3. Diese Beobachtungen führen mich zu der Folgerung, daß das Element in unserer eigenen Haltung zu Abrüstungsangelegenheiten, das die sorgfältigste Überprüfung erfordert, die Frage unserer eigenen Militärausgaben und der Gründe dafür ist, warum wir nicht in der Lage sind, für den ausgegebenen Betrag eine größere Kampfkraft zu unterhalten, abgesehen von den Verwaltungs-Unkosten und den Nachschubdiensten.

Ohne die Schaffung einer viel stärkeren herkömmlichen Streitmacht durch dieses Land sehe ich wenig Aussicht auf Fortschritte bei Verhandlungen für die Rüstungskontrolle über die Erprobung von Atomwaffen hinaus.

B. Die Beziehung der Rüstungskontrolle zur europäischen Sicherheit

Während es ein ausgedehntes Wechselspiel zwischen Rüstungen und politischen Angelegenheiten bei der Entwicklung internationaler Konflikte gibt, ist es meine Ansicht, daß die politischen Streitfragen grundlegend sind; daß Rüstungen mehr dazu neigen, eine Funktion politischer Meinungsverschiedenheiten zu sein, als umgekehrt; und daß demzufolge Bemühungen zur Verminderung der Spannungen durch das Anstreben einer Übereinkunft über die Herabsetzung und Kontrolle der Rüstungen unter Beibehaltung der ungelösten politischen Probleme nicht hoffnungsvoll sind.

Nichtsdestoweniger muß ich darauf hinweisen, daß im gegenwärtigen Augenblick gewisse Entwicklungen, besonders die Entscheidung, atomare Geschosse und taktische Waffen in der Nato-Verteidigung auf dem europäischen Kontinent einzuführen, der Trend auf die Erweiterung der atomaren Fähigkeiten der anderen westlichen Mächte außer den USA und dem Vereinigten Königreich und ganz besonders die Organisierung und Ausbildung der westdeutschen Streitkräfte in einer Weise, die praktisch den Gebrauch und den Besitz von Atomwaffen zu einem späteren Zeitpunkt bedeutet, alle dazu beitragen, die große sowjetische Nervosität über das ungelöste deutsche Problem zu erhöhen und die Lösung dieses Problems zu erschweren. Wenn daher Mittel gefunden werden könnten, um diesen Trend der westlichen Politik zu ändern oder zumindest die Möglichkeit einer solchen Änderung als Teil einer geeigneten Beilegung der deutschen Frage und des Problems der europäischen Sicherheit offenzuhalten, so würde dies nach meiner Meinung eine nützliche politische Wirkung haben.

C. Sowjetische Absichten

1. Die Konzeption der sowjetischen Absichten, die in diesem Lande so allgemein ist und die vielen unserer öffentlichen Erörterungen zugrunde liegt, scheint anzunehmen, daß wir uns in Moskau nicht nur einem einzigen Gehirn, sondern auch einem Gehirn gegenübersehen, das bereits festgelegt und entschlossen ist und nicht erheblich von dem beeinflußt werden kann, was wir tun oder nicht tun. Ich stimme mit dieser Ansicht nicht überein. Ich glaube, daß die sowjetische Politik nicht das Produkt eines einzigen Gehirns, sondern von vielen ist; daß diese nicht immer in Übereinstimmung sind und daß die sowjetische Politik oft einen Kompromiß zwischen ihnen darstellt; daß die sowjetischen Absichten sich ändern, so wie die Weltlage sich entwickelt; und daß unsere eigenen Maßnahmen und Stellungnahmen einen wichtigen Bestimmungsfaktor für sie darstellen.

2. Mit diesen Vorbehalten kann ich sagen, daß ich nicht glaube, die Sowjetführer wollen einen weiteren großen Krieg, oder daß sie mit Wahrscheinlichkeit einen anfangen würden, indem sie einen Überraschungsangriff starten, weil sie etwa meinten, daß sie einen zeitweiligen Vorteil an Langstrecken-Schlagkraft hätten. Es gibt nur eine Möglichkeit, bei welcher ich glaube, daß sie einen solchen Angriff in Erwägung ziehen würden; und das ist, wenn sich eine Situation ergeben würde, die sie zu der Annahme veranlassen würde, daß ein großer Krieg zwischen ihnen und den Vereinigten Staaten sowohl unvermeindlich wie bevorstehend sei. In diesem Falle sollten wir erwarten, daß sie alle und jede Maßnahme ergreifen, die ihnen geeignet erscheint, einschließlich der Ausnutzung des Überraschungs-Moments, um die Gefahr, die ein solcher Krieg für sie mit sich bringen könnte, auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Ich glaube daher, daß es ein ständiges Ziel unserer Staatsführung sein sollte, dafür zu sorgen, daß keine solche Situation entsteht.

3. Es ist meine Überzeugung, daß die Sowjetregierung die Einführung atomarer Rüstungen in das Mächtegleichgewicht der Welt bedauert hat und zumindest bis vor kurzem in dem Wunsche aufrichtig war, sie abgeschafft und aus nationalen Rüstungen entfernt zu sehen, obgleich sie unwillig war, ausreichende Inspektionsmöglichkeiten einzuräumen. So wie die sowjetischen Militärpläne und Dispositionen unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich zunehmend um die Atomwaffen drehen, werden auch Starrheiten auf sowjetischer Seite geschaffen werden, die sich jeder Beseitigung dieser Waffen aus den nationalen Arsenalen entgegenstemmen; und dies ist zweifellos bis zu einem gewissen Umfang bereits geschehen.

Nichtsdestoweniger ist es meine Überzeugung, daß die Sowjetregierung es — auf gleicher Basis — noch immer vorziehen würde, diese Waffen von der Bildfläche verschwinden zu sehen. Die Kosten ihrer Pflege stellen eine schwerere Belastung der sowjetischen Wirtschaft dar, als gemeinhin in diesem Land angenommen wird; und die sowjetischen Führer würden keinen Grund darin sehen, in ihren Aussichten auf erfolgreichen Wettbewerb auf politischem und militärischem Gebiet außergewöhnlich entmutigt zu sein, selbst in einer Welt, die keine atomaren Rüstungen enthalten würde.

4. Bei allen Verhandlungen hinsichtlich der Abschaffung von Atomwaffen würden die Sowjetführer wahrscheinlich nicht Inspektionsmöglichkeiten einräumen, die uns vollkommenen Schutz gegen heimliche Verletzungen des Abkommens auf ihrer Seite geben würden. Andererseits glaube ich nicht, daß dies bedeutet, daß es keine Abkommen über dieses Thema geben könnte, die für beide Teile vorteilhaft und annehmbar wären. Auf lange Sicht wird die Verläßlichkeit von Abkommen über die Rüstungskontrolle immer primär von dem politischen und psychologischen Klima abhängen, in dem sie funktionieren; und die beste Sicherheit gegen Verletzungen, die wir haben können, wird nicht in den Inspektionsbestimmungen selbst bestehen, die niemals völlig narrensicher sein können, sondern in dem Fehlen eines Anreizes zur Verletzung.

5. Die erste und unmittelbarste Sorge der Sowjetregierung im Hinblick auf Deutschland ist es, eine Änderung der Lage Berlins zu ihren Gunsten herbeizuführen. Die Sowjetführer glauben, daß die gegenwärtige dortige Lage zu einem ernsten Hindernis für die Konsolidierung ihrer politischen Stellung in Ost-Europa geworden ist und in mancher Hinsicht eine Drohung für ihre politische Sicherheit. Sie glauben, daß sie es in ihrer Macht haben, die westliche Stellung in dieser Stadt zu einer unangenehmen zu machen, wenn die Westmächte es ablehnen, einem neuen Status Berlins zuzustimmen, der die Stadt weniger zu einem Stachel in der kommunistischen Seite machen würde.

Ich glaube nicht, daß die Sowjetführer wegen Berlin einen Krieg wollen; aber sie sind in diesem Falle aus nicht ganz ersichtlichen Gründen bereit, besonders nahe an den Rand heranzugehen; sie haben sich ausgiebig festgelegt; und es wäre von den westlichen Regierungen nicht klug, die Sache allzu leicht zu nehmen.

6. Im Hinblick auf das langfristigere Problem Deutschlands im allgemeinen besteht die sowjetische Sorge hauptsächlich darin, sicherzustellen:

a) daß die Ostzone nicht von der deutschen Bundesrepublik in so drastischer und heftiger Form verschluckt wird, daß es einen großen Schlag gegen das kommunistische und das sowjetische Prestige darstellen würde; daß in jeder möglichen deutschen Regelung die ostdeutschen Kommunistenführer eine Stimme haben, und daß — wenn möglich — manche der sozialen und wirtschaftlichen Änderungen, die von den Kommunisten in Ostberlin eingeführt wurden, bei jeder solchen Regelung beibehalten werden;

b) daß atomare Rüstungen nicht in die Verteidigung Westdeutschlands eingeführt werden und

c) daß die Streitkräfte Westdeutschlands oder eines möglichen vereinigten Deutschlands nicht mit den Streitkräften der Vereinigten Staaten verbündet und keine Erweiterung für sie darstellen dürfen."

Vorschläge an den Senat

Nach der Verlesung seiner Erklärung unterbreitete Botschafter Kennan dem Senatskomitee folgende Vorschläge:

1. Gesamtdeutschland soll es verboten sein, Kernwaffen zu haben.

2. Einen graduellen Rückzug der alliierten und sowjetischen Truppen aus Mittel- und Ost-Europa.

3. Möglicher Austritt Deutschlands aus der Nord-Atlantik-Paktorganisation und deutsche Neutralisierung.

4. US-Mitgliedschaft in einem europäischen Sicherheitspakt zur Sicherung Rußlands und anderer Staaten gegen eine Wiederbelebung des deutschen Militarismus.

Auf die Frage des demokratischen Senators Hubert H. Humphrey, was passieren würde, wenn die Vereinigten Staaten Atomwaffen an Westdeutschland gäbe und ob Rußland dann die deutsche Sowjetzone und China ebenfalls mit Atomwaffen ausrüsten würde, antwortete Kennan: „Die sich entwickelnde Lage ist geladen mit schrecklichen Gefahren. Wir sollten daher äußerst vorsichtig damit sein, Atomwaffen in Nato-Ländern einzusetzen."

James Warburg zur Deutschlandfrage

Der New Yorker Bankier James Warbug vertrat vor den VN-Korrespondenten in New York die Auffassung, der erste Schritt zur Lösung der deutschen Frage müsse im Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland bestehen. Gleichzeitig setzte er sich dafür ein, daß der Westen auf freien gesamtdeutschen Wahlen bestehen müsse, diese jedoch der letzte Schritt zur Wiedervereinigung und nicht der erste sein sollten.

Des weiteren äußerte Warburg folgende Auffassungen:

1. Die Berlinfrage darf nur im Zusammenhang mit den breiteren Fragen der Spaltung Deutschlands und des geteilten Europa erörtert werden.

2. Der Rapacki-Plan stellt einen guten Ausgangspunkt für die Schaffung jener Sicherheit dar, die zur Ermöglichung der deutschen Wiedervereinigung benötigt wird.

Dieser Plan des rotpolnischen Außenministers sieht einen sofortigen Stop der atomaren Aufrüstung der Streitkräfte in der Bundesrepublik, in der Zone, Polen und Tschechoslowakei vor sowie Unterhandlungen um den Abzug aller ausländischen Truppen aus dem mitteleuropäischen Raum.

„Die Realisierung dieses Themas", so meinte Warburg, „würde Verhältnisse schaffen, unter denen man vernünftigerweise eine allmähliche Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten erwarten könnte."

Was will Adenauer?

Vera M. Dean, Herausgeberin der „Headline Series" der Foreign Policy Assn., vertrat anschließend die Auffassung, sie stimme mit Warburgs Ansichten generell überein, insbesondere jedoch mit dem, was er über den Rapacki-Plan gesagt habe.

Sie äußerte starke Zweifel daran, ob Bundeskanzler Adenauer tatsächlich die Wiedervereinigung wolle. „Es sieht keineswegs so aus", sagte sie wörtlich.

Sie machte ferner darauf aufmerksam, daß die westdeutschen Behörden sehr enge Kontakte zum Zonenregime unterhielten, insbesondere auf dem Gebiet des Handels, obwohl Bonn laut gegen jede Aktion der Westmächte protestiere, die als eine diplomatische Anerkennung des Zonenregimes gedeutet werden könne.

Frau Dean meinte schließlich, es sei eine völlig unrealistische Vorstellung, daß die Armee eines wiedervereinigten Deutschlands mit Atomwaffen ausgerüstet sein könne. Vor einer Wiedervereinigung müsse der Westen der Schaffung einer Situation zustimmen, in der Osteuropa nicht mehr ausschließlich auf den Schutz der Sowjetunion vor einem aufgerüsteten vereinten Deutschland angewiesen sei.

(New Yorker Staatszeitung und Herold, New York, 7. Februar 1959)

Japan verzichtet endgültig auf Kernwaffen

Vor dem Haushaltsausschuß des japanischen Parlaments erklärte am 9. 2. 1959 Ministerpräsident Nobusuke Kishi, Japan werde auf Kernwaffen, selbst zu Verteidigungszwecken, vollkommen verzichten. Es werde aber auch jegliche Einführung und Stationierung von Kernwaffen ablehnen.

Vorschläge des Senators Mike Mansfield vor dem US-Senat

Zwischen führenden west- und ostdeutschen Persönlichkeiten sollen Besprechungen angebahnt werden, die sich über das ganze Problem der Wiedervereinigung und alle Fragen der Anpassung des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Systems der beiden Zonen erstrecken sollen.

Es sollen einige Vorkehrungen, nicht notwendigerweise auf dem Wege über gesamtdeutsche Wahlen, getroffen werden, um der ostdeutschen Bevölkerung zu ermöglichen, hinsichtlich der Kontrolle, die über sie ausgeübt werden soll, eine echte Wahl zu treffen. Die Rechte aller friedlichen politischen Kräfte in ganz Deutschland müssen geschützt werden.

Die Westmächte und die Sowjetunion müssen bereit sein, für eine bestimmte Zeit den Status eines wiedervereinigten Deutschlands zu garantieren. Die früheren Besetzungsmächte hätten darauf zu achten, daß ein wiedervereinigtes Deutschland weder einem militärischen Druck von seinen Nachbarn ausgesetzt würde noch auf seine Nachbarn einen militärischen Druck ausüben könnte.

Die amerikanische Politik müsse nach dem Abschluß von Vereinbarungen trachten, die nicht zwangsweise zu einer Aufgabe der zahlreichen Bande Westdeutschlands mit Westeuropa führen, jedoch Rüstungseinschränkungen in ganz Deutschland und Zentraleuropa mit sich bringen könnten. Es müsse ferner dafür gesorgt werden, daß die Truppen des Westens und des Ostens in Deutschland und Zentraleuropa von den Punkten des unmittelbaren Kontakts zurückgenommen würden.

(Neue Zürcher Zeitung, 12. 2. 1959.)

Auszug aus der Rede des Kirchenpräsidenten D. Martin Niemöller in Kassel am 25. Januar 1959

„... Wissen wir wahrhaftig, was wir tun? Wir tun ja gar nichts. Wir geben alle paar Jahre einmal unseren Stimmzettel ab, und vielleicht gehen wir auch noch mal das eine oder andere Mal in eine Versammlung wie die, die am heutigen Abend stattfindet. Und was machen wir dann weiter, und was machen unsere Kinder, unsere heranwachsenden Söhne? Wie geht eigentlich das alles weiter? Oder sind wir wahrhaftig Leute, die gar nichts tun? Schafe, die zur Schlachtbank geführt werden, weil sie sich zur Schlachtbank führen lassen, obgleich sie nicht den Strick um den Hals zu haben brauchten? Der Christ und der Krieg — das ist doch das geheime Thema, das hinter dem allen steht. Wie stehen wir als Christ zu dem Krieg, ja, von dem wir jetzt endlich wissen, wie er im Endeffekt aussieht? Ich brauche nicht noch einmal zurückzukommen auf das, was Professor Hagemann gesagt hat, denn die theologische Theorie sieht ja in der evangelischen Christenheit ganz genau so aus wie in der katholischen Kirche. Um die Frage der Rechtfertigung aus dem Glauben, um die Frage nach der Bedeutung der Werke im Leben für das Leben des Christen, jawohl, da gibt's die tiefen Unterschiede. Aber in den Dingen, die uns ans Leben greifen, unmittelbar ans Leben greifen, und damit an unsere Verantwortung für die, deren Leben mehr oder weniger in unsere Hände gelegt wird, da gehen wir den alten Trott; da ist Martin Luther der gelehrige Schüler des heiligen Augustin und der mittelalterlichen Scholastik und des Scholastizismus; da ist die Rede vom gerechten Krieg und vom ungerechten Krieg; aber den ungerechten Krieg, wer will den heutzutage noch feststellen, wenn jede Obrigkeit behauptet: Der Krieg, den wir führen, ist gerecht? Und da gibt es dann kein Ausweichen mehr, denn das hat sich alles gegenüber dem 16. Jahrhundert derartig gewandelt und geändert, daß heute schon die Kirche ganz offiziell den Rat gibt: Zerbrich dir den Kopf nicht! Wenn dein Vaterland und dein Volk und deine Obrigkeit einen Krieg führen, und du kannst es nicht herauskriegen, weshalb und weswegen, dann bist du am sichersten, wenn du dem Ruf und dem Befehl der Obrigkeit folgst! — Man weiß es heute wirklich nicht mehr, nicht wahr, denn inzwischen hat sich die Diplomatie ja dazwischengehängt. Professor Hagemann sprach von der Propaganda. Wer weiß denn noch, was wirklich geschieht? Wer weiß denn in Kassel, was vorgestern nacht tatsächlich in der Justizdebatte im Bundestag vorgegangen ist? Es ist leider nicht mit Radio verbreitet worden, sonst würden wir heute abend hier sitzen mit dicken und roten Köpfen, daß eine Regierung kein Wort mehr antworten kann, wenn der leitende Minister der auswärtigen Angelegenheiten angeklagt wird vor den gewählten Volksvertretern, daß er eine berechtigte Klage eines seiner Untergebenen, die er jahrelang hingehalten hat, so abzudrehen versucht, daß er diesem Untergebenen nicht nur einen, sondern drei Botschafterposten zur Auswahl anbietet, wenn er bloß seine Klage zurückzieht! Freunde, wo sind wir eigentlich hingeraten? Das sage ich nicht als Politiker, ich bin keiner, sondern das sage ich als Mensch, der als Christenmensch gewisse Begriffe von Anstand und Sitte und Sittlichkeit mitbekommen hat. Ich habe mal einen Kameraden gehabt, das ist nun allerdings in der ‚verfluchten' alten Zeit gewesen vor 1914, dessen Vater hatte Militärlieferungen gehabt, und irgendetwas war anscheinend nicht ganz klar. Der Sohn war Offizier, der Sohn mußte verschwinden, denn das ging nicht, daß auch nur der Schein eines Verdachtes auf jemandem ruhte, der im Namen des Volkes ein Amt zu verwalten hatte. Und wenn man schon um solche Dinge solche Sachen macht, was wird man dann erst machen, um einen Krieg, den man führen will, als gerechten Krieg zu deklarieren?

Keine Regierung hat seit 300 Jahren einen ungerechten Krieg geführt. Erst nach dem Kriege wurde festgestellt, daß der Besiegte natürlich im Unrecht gewesen war. — Vor 300 Jahren, da gab es auch noch keinen Wehrzwang. Wir reden von der Wehrpflicht. Über die Wehrpflicht läßt sich streiten, denn das ist ein Problem, wie weit ein Staat das Recht hat, seine Bürger dazu zu zwingen, andere Leute zu töten. Ein echtes Problem! Aber jedenfalls, wir haben nun seit 150 Jahren den Zwang, daß jeder, der dazu nicht bereit ist, nun, wenn's gnädig abgeht, im Frieden ins Gefängnis oder im 3. Reich ins Konzentrationslager

oder im Krieg aber an die Wand geschickt und gestellt wird. Und das ist auch eine Frage, die mitspricht bei der Frage, ob wir wissen, was wir tun, und ob wir's wohl wissen wollen, was wir eigentlich tun. Wenn ich Unrecht tue unter Zwang, dann will ich ja gar nicht wissen, daß ich Unrecht tue, sonst wär's ja nicht auszuhalten. — Hier war die Rede von den gerechten Mitteln, die im Kriege angewandt werden müssen. Nun, wir haben dieser Theorie längst den Abschied gegeben, seitdem der General Ludendorff uns im ersten Weltkrieg den totalen Krieg vordemonstriert und dann aufgenötigt hat; und da sind eben die Mittel total, d. h. jedes Mittel ist recht, catch as catch can. Jedes Mittel, womit man seinen Gegner kleinkriegen kann, kann angewandt werden. Und darum ist heute die Ausbildung zum Soldaten, die Ausbildung der Kommandos im zweiten Weltkrieg, die Hohe Schule für Berufsverbrecher. Mütter und Väter sollen wissen, was sie tun, wenn sie ihren Sohn Soldat werden lassen. Sie lassen ihn zum Verbrecher ausbilden. — Und die Kriegführung als solche hat sich geändert. Es bedeutete mal der Krieg: Wir wissen nicht, wer in dieser Streitfrage nachgeben müßte, und damit wir das feststellen, stellen wir mal fest, wer der Schwächere ist. Und wenn man festgestellt hatte in einem Feldzug, wer der Schwächere war, dann wurde der Feldzug mit Friedensverhandlungen beendet, und der Schwächere, der Unterlegene, mußte nachgeben. Wie weit, nun darüber sprach man mit ihm, und wenn er nicht ganz so weit nachgeben wollte wie der Sieger, es ist mehrfach passiert, es ist uns 1870 so passiert, dann wurde der Kampf noch einmal wieder aufgenommen, um endgültig festzustellen, wer der Schwächere ist. Davon ist heutzutage keine Rede mehr. Der Krieg selber ist ja total geworden in seiner Zielsetzung. Man will ja gar nicht feststellen, wer der Schwächere ist, sondern man will den, der sich als der Schwächere erweist, umbringen und ausrotten. Es soll ja um die Existenzfrage gehen. Wenn Amerika und Rußland miteinander Krieg führen würden — sie werden's nicht tun, Gott sei es gedankt —, dann hat der Krieg ja bloß einen Sinn, wenn nach dem Kriege bloß noch die Amerikaner oder bloß noch die Russen da sind, sonst hat der Krieg ja seinen Zweck verfehlt und hat die Koexistenzfrage nicht gelöst, und dann ist nach dem Kriege gar nichts besser, als es vorher war. — Wissen wir, was wir tun, wir Christen, wenn wir uns an der Vorbereitung, an der Rüstung zum Kriege beteiligen, wenn wir heutzutage noch Soldat spielen oder mit uns Soldat spielen lassen?"

Der volle Wortlaut der Rede ist im Stimme-Verlag, Darmstadt, erschienen (Preis 0,30 DM).

Der aktuelle politische Diskussionsbeitrag
unseres Verlages:

Hermann Etzel

ES IST HALBZEIT

Die internationale Lage
Berlin und das deutsche Problem

64 Seiten 2,50 DM

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen, Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.